

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 2 Pf. (Postgebühren 1 Pf. 10 H.).
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Regulierungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Spalten-
 zeile ober deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlaf-
 stätten-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Brüssel.

Am 8. August trat in Brüssel im Volkshaus (Maison du Peuple) der 21. internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Die Verhandlungen des Kongresses haben im Gegensatz zu manchen anderen Jahren einen lebhaften Widerhall und eine gründliche Beachtung in der Presse gefunden. Was gewiß darauf schließen läßt, daß die Internationale der Bergarbeiter marschiert: Die Bedeutung dieser Internationale wird von den Außenstehenden immer mehr und mehr anerkannt und beachtet.

Noch offener würde die Bedeutung der internationalen Bergarbeiterkongresse hervortreten, könnten sich die einzelnen Sektionen einigen über die Fristen der Einberufung der internationalen Bergarbeiterkongresse. Die deutschen und die österreichischen Bergarbeiterorganisationen und neuerdings auch der holländische und der bulgarische Verband treten dafür ein, daß die Kongresse alle zwei Jahre abgehalten werden sollen; die Engländer, Franzosen und Belgier für alljährliche Kongresse. Die letzteren sind die Mehrheit und so kommt es, daß die internationalen Bergarbeiterkongresse bis auf weiteres noch alle Jahre stattfinden werden. Die Folge ist eine lückenhafte Vertretung der einzelnen Nationen. So hatte in diesem Jahre Oesterreich von einer Delegation vollständig abgesehen und auch aus Deutschland waren nur 4 Delegierte in Brüssel anwesend, wovon 3 dem Bergarbeiterverband und einer der polnischen Berufsvereinigungen angehörten. Der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Bergarbeiter beglückwünschte in seinem Organ den Kongress zu seinen Arbeiten, hielt aber mit einer Delegation gleichfalls zurück. Auch die früher vertretenen Amerikaner waren nicht erschienen.

Man kann nicht sagen, daß die Gründe, die die Engländer und Franzosen für alljährliche Kongresse anführen, besonders stichhaltig sind. Die Engländer und Franzosen folgen mehr der Tradition, die ihren Ländern eigen ist: Viele Zusammenkünfte, viele Aussprachen! Gewiß schaden solche Aussprachen nicht, aber Deutschland ganz besonders zeigt, daß es auch ohne jährliche Kongresse der einzelnen Organisationen geht. Fast alle Verbände sind hier dazu übergegangen, die Kongresse und Generalversammlungen alle zwei oder drei Jahre stattfinden zu lassen. Wir weisen ferner auf die dreijährigen Perioden der deutschen allgemeinen Gewerkschaftskongresse und der internationalen Sozialistenkongresse hin. Sie beweisen, daß langjährige Perioden möglich sind. Und erst recht könnten die Perioden für die Abhaltung der Kongresse der Bergarbeiter verlängert werden, da auf ihnen fast durchweg alle Fragen der vorhergegangenen Kongresse immer wieder zur Erörterung gelangen. Die Gegenstände der Beratung sind fast stets dieselben. Die internationalen Bergarbeiterkongresse sind mit ihnen recht stark und allzustark belastet. Eine Folge dieser starken Belastung ist, daß die einzelnen Fragen nur kurz und oberflächlich besprochen werden können, wodurch die Kongresse an innerem Wert nichts gewinnen, wohl verlieren können. Nach letzterer Richtung hin soll eine Verbesserung eintreten, was sehr zu wünschen ist.

Finden wir uns mit der Tatsache der alljährlich wiederkehrenden Kongresse ab, so ist ein Fortschreiten der Arbeiten dieser Kongresse unvermeidbar. Die Vertreter der einzelnen Nationen haben sich immer näher und näher zusammengefunden, sie lernen sich und die Verhältnisse ihrer Nationen besser verstehen. Die Engländer, Franzosen, Belgier usw. haben längst aufgehört, den Deutschen fremd zu sein und umgekehrt ist das gleiche festzustellen. Höchst interessant sind z. B. die Darstellungen über die Entwicklung der Gesetzgebung, der Durchführung der einzelnen Bergarbeiterforderungen in den einzelnen Ländern. Manches, was hierüber gesagt wird, wirkt erfreulich, aufmunternd und anregend für die einzelnen Sektionen. Nur hieraus könnte ein gewichtiges Argument für die jährliche Wiederkehr der internationalen Bergarbeiterkongresse hergeleitet werden. Darum halten wir eine völlige Abstinenz in der Besichtigung der Kongresse, wie sie diesmal durch die österreichische Bergarbeiterunion geübt wurde, für verfehlt.

Als Verhandlungsgegenstände des Brüsseler Kongresses finden wir die Fragen der Arbeiterinspektoren, der Verstaatlichung der Bergwerke, der Regelung der Löhne, der Vergesetzgebung, der Frauen- und Kinderarbeit, der Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerken, der Altersrenten, der Unfallentschädigung, der Regelung der Produktion und andere bergmännische Fragen.

Seit einer Reihe von Jahren wird auch die Frage des Weltfriedens angeschnitten. Als die letztere zum erstenmal zur Tagesordnung gestellt wurde, war man darüber im Zweifel, ob diese Frage auf einem Bergarbeiterkongress angeschnitten werden dürfe. Der Charakter der Internationalität der Kongresse sowie die fürchtbar einschneidenden Wirkungen des Militarismus und des Krieges auf das ganze Volksleben der Nationen haben diesen Zweifel behoben. Durch den gestörten Frieden,

mehr noch durch den Krieg wird das ganze wirtschaftliche Leben einer Nation aufs tiefste erschüttert und darum ist die Kriegsfrage und was da drum und dran hängt mit einer wirtschaftlichen Lebensfrage, an die auch die Bergarbeiter nicht stillschweigend vorübergehen können.

Dem Besucher der Internationalen Bergarbeiterkongresse ist es schon bekannt, daß mit der Erörterung der Kriegs- und Friedensfrage der Höhepunkt der Kongresse erreicht wird. Die Delegierten stellen sich vollzählig ein und atemlos lauscht man den Worten der einzelnen Sprecher, die dahin ausfallen, alles zu tun, um den Frieden der Völker zu erhalten. Es fehlt darin auch nicht an heftigen Angriffen gegen die Kongresse und die einzelnen Redner. Diese Angriffe haben sich auch nach Brüssel wieder eingestellt. Die Organe der Erbswürstelhändler und Panzerplattenfabrikanten schreiben laut auf über die Friedenskundgebung des Bergarbeiterkongresses in Brüssel. Einige der literarischen Krabanten der Kriegsheer schreiben gar nach dem Staatsanwalt. Lächerliches Beginnen! Der deutsche Redner soll zum bewaffneten Widerstand im Falle einer Mobilmachung aufgefordert haben, weil er ausführte, daß man „den letzten Blutstropfen gebrauchen werde, um dem Völkermord entgegen zu wirken!“ Die Schreiber der Scharfmacherpresse sehen die Varrisaden erstehen, den Bürgeraufbruch, den Weltstreik und was sonst noch! Und doch waren die Ausführungen des deutschen Redners nichts anderes, als die Beteuerung, daß die deutsche aufgeklärte Arbeiterklasse alles daran setzen will, um den Kriegsheerern, wie sie sich in diesen Wochen ganz besonders bemerkbar gemacht haben, das Handwerk des Mordens zu legen. Jawohl, mit aller Kraft und mit dem letzten Blutstropfen, der die Persönlichkeit und die Masse des Volkes erfüllt, soll dem Kriegsgeschrei der Wille des Volkes, den Frieden zu erhalten, entgegen gestellt werden. Die Kriegsschreier sind nicht das Volk, das sollen sie selbst und das sollen alle diejenigen, denen es angeht, wissen und empfinden. Wenn die Staatsregierung und der Staatsanwalt Aufgaben zu erfüllen hat, dann doch nur diese, die Kriegsheer im Zaume zu halten. Das ist eine edle Aufgabe, des Schweiges und des Dankes wert.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle die Fragen der Bergarbeiter hier berühren, die der Kongress in Brüssel angeschnitten hat. Die „Vorwärts“-Leser sind durch die Wiedergabe der Verhandlungen durch den „Vorwärts“-Bericht orientiert. Nur zwei Fragen seien hier näher erwähnt, die ihre Erörterung und vorläufige Erledigung auf dem Kongress fanden. Die eine Frage betrifft den Arbeitstarif und den Minimallohn in Bergwerken.

Seit Jahren bemühen sich die Verkschreiber — Bergassessor Hilgenstock, Dr. Herbig u. a., um nachzuweisen, daß es besonders für den Steinkohlenbergbau unmöglich sei, einen Lohntarif mit den Bergarbeitern abzuschließen! Die Flözverhältnisse liegen das nicht zu. Im übrigen wird von diesen Herren betont, daß selbst in England der Tarif mit dem Minimallohn nicht allen Bergleuten, für die Tarif und Minimallohn gelten, zugute komme. Die Engländer erklärten beides für falsch. Der Minimallohn werde allen in Frage kommenden Bergleuten gezahlt, die Flözverhältnisse, die in England oft genug komplizierter seien als in anderen Ländern, hindern die Abschließung der Tarife keineswegs! Mit dieser Erklärung der englischen Bergarbeiterdelegierten sind die hauptsächlichsten Waffen der deutschen Grubenbesitzer gegen die Abschließung von Lohntarifen völlig stumpf geworden. Die viele Linte, die sie gegen die Tarife verschreiben ließen, hätte man sich also sparen können.

Die zweite Frage betrifft die Frauen- und Kinderarbeit. Der englische Delegierte, der für sein Land die Angelegenheit behandelte, verwars mit scharfen Worten die Frauenarbeit auf den Bergwerken, aber über die Kinderarbeit schwieg er sich aus! Die Kinderarbeit existiert aber in England in nicht geringem Umfange, keiner kann es verstehen, warum die großen britischen Bergarbeiterorganisationen nicht schon längst die Beseitigung dieser Kinderarbeit herbeigeführt haben. Ja, warum man sich scheut, an die Erörterung dieser Frage auf den Bergarbeiterkongressen heranzugehen. Nicht, daß es in England keine Leute gibt, die die Kinderarbeit im Bergbau nicht verurteilen. Sie sind zahlreich und waren auch auf dem Kongress vertreten. Aber sie haben in ihrer Heimat nicht die Macht, die konservativen Anschauungen der Bergarbeiter in dieser Frage zu brechen. Lafonisch antworten uns noch in Arbeit stehende Delegierte, die Bergarbeiter in England müßten ihre Kinder (bis zum 12 Jahre herab) mit in die Grube nehmen, da der Lohn von 6 und 7 Schilling oft nicht ausreicht, die Familie zu erhalten! Diese Antwort ist sehr bedauerlich, um so mehr, als in Deutschland bei viel geringeren Löhnen und höheren Lebensmittelpreisen die aufgeklärten Arbeiter niemals ihren Kindern die Lebenssonne stehlen würden, um sie mit der Nacht und dem Elend des Bergbaues zu erkaufen. Es war darum eine herbe Kritik, die sich die englischen Bergleute auch in Brüssel gefallen lassen mußten.

Offentlich wird diese Kritik später nicht mehr nötig sein. Die englischen Bergarbeiterorganisationen müssen alles tun, um diesen Schandfleck von sich zu entfernen. Sie müssen eine sorgfältige, energische und großzügige Agitation gegen die Kinderarbeit entfalten. Geschieht das, dann wird dieser dunkle Punkt in den Debatten der Internationalen Bergarbeiterkongresse schon verschwinden. Was wir aus vollem Herzen wünschen.

Hanfabund und Sozialdemokratie.

Wie wir bereits gestern berichteten, hat zwischen dem Präsidenten des Hanfabundes, dem Geheimrat Dr. Niefer, und einem Münchener Mitglied des Bundes, dem Freiherrn W. v. Pechmann, ein brieflicher Meinungsaustausch über das Verhältnis des Hanfabundes zur Sozialdemokratie stattgefunden, der interessante Streiflichter auf die Ziele wirft, welche die Leitung des Hanfabundes verfolgt, und zugleich an dem Beispiele des halbagrarischen, die linksliberale Strömung auf äußerste hassenden Freiherrn v. Pechmann zeigt, welche reaktionären Elemente der Hanfabund in seinen Reihen birgt.

Nach den Münchener „Neuest. Nachr.“ hat am 28. Juni Herr v. Pechmann aus Bad Gastein an Geheimrat Niefer geschrieben:

Ich spreche an dieser Stelle nicht davon, was für das Vaterland, auch nicht davon, was für den Liberalismus selbst auf dem Spiele steht, von dem nichts gewisser ist, als daß er sich selbst vernichtet, wenn dem vielbesprochenen „Juge nach links“ nicht bald und mit aller Entschiedenheit Einhalt getan wird.

Ich komme heute und hier nur auf die Frage zurück, ob denn für das „erwerbstätige Bürgertum“, das der Hanfabund vertreten will, etwa nichts auf dem Spiele steht, wenn man forsührt, unter dem Namen des Kampfes gegen die Reaktion das Deutsche Reich an die Sozialdemokratie zu verketten.

Angewiesenhait gibt es doch auch für das „in Industrie, Handel und Gewerbe tätige Bürgertum“, und gerade für dieses, seinen gefährlicheren, was sage ich, seinen auch nur annähernd gleich gefährlichen Feind wie die Sozialdemokratie; und wenn der Hanfabund die bürgerlichen Interessen wahrnehmen will, muß er das ganze Schwergewicht seines Einflusses aufbieten, um alle für diesen erreichbaren Kräfte unseres öffentlichen Lebens zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzurufen und zu sammeln.

Wenn der Hanfabund hier versagt; wenn er nur eine Kampfstellung nach rechts kennt und keine nach links, so heißt das nichts anderes, als daß er das Bürgertum, als dessen Kämpfer im öffentlichen Leben er sich aufgeworfen hat, einer Partei preisgibt, von der alle, aber auch alle Existenzbedingungen eben dieses Bürgertums theoretisch verneint und praktisch auf Leben und Tod bekämpft werden.

Ich würde es mit meinem politischen Gewissen nicht vereinbaren können, dem Hanfabunde länger anzugehören, wenn er länger unterlassen sollte, sich zum offenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie offen und rückhaltlos zu bekennen.

Darauf antwortete am 5. Juli Herr Dr. Niefer: Ihre geschätzten Zeilen vom 28. vorigen Monats bringen Bedenken zum Ausdruck, die gewiß von mancher Seite geteilt werden. Sie beziehen sich insofern in so hohem Maße ausschließlich auf das Gebiet unserer Parteipolitik, daß der Hanfabund sich mit seinen Satzungen und sonstigen programmatischen Erklärungen in Widerspruch setzen müßte, wenn er dieses Gebiet betreten wollte.

Der Hanfabund ist eine zum Schutz und zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie begründete wirtschaftliche Vereinigung, welche politische Ziele nur insoweit verfolgen kann, als sie durch sein Wirtschaftsprogramm bedingt sind, sich demgemäß weder in einen direkten Parteikampf einlassen, noch auf eine bestimmte Parteizugehörigkeit festlegen kann.

Wenn mir nicht die von Ihnen in Aussicht gestellte Veröffentlichung unseres Briefwechsels im Interesse unserer gemeinsamen Sache Refus ausgesetzt wäre, würde ich die vorerwähnten Gründe, die ich für ausschlaggebend halte, gerne noch durch weitere Ausführungen ergänzen. Ich möchte aber betonen, daß Ihr Vorschlag, der Hanfabund möge „alle ihm erreichbaren Kräfte unseres öffentlichen Lebens zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufrufen und sammeln“, nach meiner Ueberzeugung überdies ein Versuch mit untauglichen Mitteln wäre.

Das nicht zu leugnende, insbesondere bei den letzten Reichstagswahlen zutage getretene Ueberlaufen zahlloser Elemente aus dem bürgerlichen Lager zur Sozialdemokratie hat ohne jeden Zweifel seine wesentlichste Ursache in der bis zur Erbitterung gesteigerten Unzufriedenheit dieser Elemente mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Es kommt lediglich darauf an, diese Ursache zu beseitigen. Diese Antwort befriedigte Herrn v. Pechmann nicht. Er entgegnete am 9. Juli:

Ich kann nichts anderes, ich muß mir noch einmal die Frage erlauben, ob es mit dieser Verantwortung in Einklang zu bringen ist, wenn der Hanfabund in einer politischen Konstellation wie der heutigen unterläßt, seinen Einfluß auch im Sinne der Solidarität aller bürgerlichen Interessen geltend zu machen.

Es kann doch unmöglich Ihre Meinung sein, daß sich der Hanfabund innerhalb seines satzungsmäßigen Wirkungsbereiches bewegt, so lange er die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie im Kampfe gegen die agrarischen Interessen unterstütze, daß er sich aber mit seinen Satzungen in Widerspruch setzen würde, wenn er sich den Interessen des in Gewerbe, Handel und Industrie tätigen Bürgertums auch im Gegensatz gegen die Interessen der Sozialdemokratie annehmen wollte.

Wäre der Hanfabund wirklich mit einer solchen linksseitigen Lähmung auf die Welt gekommen, so wäre es die dringendste Aufgabe, ihn davon zu befreien; man müßte sonst ernstlich zweifeln, ob er nicht in einer Zeit wie der heutigen mehr Schaden als Nutzen stiftet.

Geheimrat Nieher antwortet auf diese Epistel nochmals am 16. Juni. Er schreibt:

Der Hansabund ist nun einmal keine politische Partei; er ist als eine wirtschaftliche Vereinigung weber links- noch rechtsliberal und gehört als solche weder der konservativen Partei noch dem Zentrum an. Er hat vielmehr dafür zu sorgen, daß seine Grundgedanken nach und nach Gemeingut aller politischen Parteien werden.

Der Hansabund ist begründet, nicht, wie Sie schreiben, zum Kampf „gegen die agrarischen“, also nicht gegen die landwirtschaftlichen Interessen, sondern gegen jede einseitige Wirtschaftspolitik, von welcher Partei sie auch betrieben werde.

Er hat in seinen Richtlinien vom 4. Oktober 1900 die Grundgedanken einer — den sozialdemokratischen Ausgangspunkten und Zielen grundsätzlich fernliegenden — Finanz- und Wirtschaftspolitik festgelegt, welche bestimmt und geeignet ist, die Zukunft des Vaterlandes und des Bürgertums nach innen und nach außen zu sichern.

Zudem er so das leider stark verbreitete Uebel der Verdrossenheit und der Unzufriedenheit mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Wurzel angreift, ist er vor allem geeignet, allmählich diejenigen aus dem bürgerlichen Lager stammenden Uebelthäter zur Sozialdemokratie unter seinen Fahnen zu sammeln, welche in kurzfristiger Schwäche an der aus eigener Kraft des Bürgertums zu erreichenden Besserung unserer Verhältnisse verzweifeln.

Diese geduldige, aber zähe Sammlungs- und Aufklärungsarbeit, welche der Hansabund mit der Front nach außen und seinen Zielen feindlichen Parteien und Personen betreiben muß und betreiben hat, ist dabei nicht lediglich eine — meist zweifelhafte — Politik der Worte, sondern eine ihres Weges und ihrer Ziele klar bewusste Tat.

Herr Dr. Nieher weiß, daß Freiherr v. Pechmann die empfangenen Briefe zu veröffentlichen beabsichtigt — danach sind seine von entschiedener diplomatischer Begabung zeugenden zurückhaltenden Ausführungen zu beurteilen. Hätte Herr Dr. Nieher offen geäußert, was er denkt, er würde dem allzu naiven Herrn v. Pechmann geantwortet haben: „Warten Sie nur, erst nehmen wir die Front gegen die Agrarier, später gegen die Sozialdemokratie, immer hübsch folgerichtig nach den jeweiligen Umständen!“

Die Offiziersehre hinter verschlossenen Türen!

In der peinlichen Prozesssäle der Frau Oberleutnant Wersmann gegen den Generalmajor a. D. Freiherrn v. Gagern, über die wir jüngst berichteten, stand am Donnerstag vor dem Landgericht I in der Brunnenstraße Termin an. Frau Oberleutnant Wersmann klagt, wie man weiß, auf Erfüllung eines Pfllegschaftsvertrages in Höhe von 120 000 Mark.

Vor dem Eintritt in die Verhandlung wurde vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Wünschbruch die

Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Anwalt des Beklagten beantragte gleichfalls Ausschluß der Öffentlichkeit, weil eine öffentliche Verhandlung die Interessen des Freiherrn v. Gagern schädigen könnte. Rechtsanwältin Linnarz widersprach der Ausschließung der Öffentlichkeit, da eine Gefährdung der Sittlichkeit in keinem Punkte des Prozesses zu befürchten sei. In der geheimen Sitzung beantragte Rechtsanwältin Linnarz, wie wir erfahren, als Rechtsbeistand der Frau Oberleutnant Wersmann, den Beklagten zur Zahlung von 120 000 Mark zu verurteilen; es liege ein Pfllegschaftsvertrag, abgeschlossen zwischen dem Beklagten und der Mutter der Kindes vor, nach dem v. Gagern die Kosten für die Erziehung der Kinder bezahlen will. Der gegnerische Rechtsanwalt führte im Namen des Freiherrn v. Gagern aus, daß nur eine Schenkung vorliege, die aber mangels notarieller oder gerichtlicher Beurkundung rechtlich ungültig sei. In einstündiger Verhandlung, die sich in der Hauptsache um juristische Fragen drehte, wurde ein Beschluß nicht gefaßt; er sollte erst nach den heutigen übrigen Terminen verhandelt werden.

Aus dem Laufe des Prozesses erfahren wir weiter, daß Generalmajor v. Gagern infolge Heirat mit seiner 1888 verstorbenen ersten Frau der Schwiegerohn des mehrfachen Millionärs Rütgers ist und gegenwärtig in Bonn a. Rh. wohnt. Freiherr v. Gagern besitzt ein großes nach Millionen zählendes Vermögen und bezieht auch als Aufsichtsrat der Rütgerswerke bedeutende Einnahmen. v. Gagern erkennt auch die Kinder als die feingeborenen, weigert sich aber hartnäckig, für den Unterhalt der Kinder und seiner Kinder etwas zu zahlen, weil er, wie er durch seinen Rechtsanwalt an Gerichtsstelle mitteilen ließ, juristisch nicht dazu verpflichtet sei. Frau Oberleutnant Wersmann ist vollständig mittellos geworden und nur durch die Menschenfreundlichkeit ihres Rechtsanwalts, der den Prozeß unentgeltlich führt, ist sie in der Lage zu prozessieren.

Ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die Pension des Generalmajors zu sperren, wurde, wie bereits gemeldet, in einem früheren Prozesse, der neben dem Hauptprozeß läuft, abgewiesen.

In den Nachmittagsstunden wurde das Urteil verkündet. Frau Oberleutnant Wersmann wurde mit ihren Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht war nicht der Ansicht, daß die Privatklägerin Anspruch auf Erfüllung eines Pfllegschaftsvertrages durch Freiherrn v. Gagern habe.

Die Angelegenheit wird auch nach die höheren gerichtlichen Instanzen beschäftigen.

Die „Deutsche Journalpost“ weiß noch folgendes zu berichten:

Die Privatklägerin in vorstehendem Prozeß Frau Oberleutnant Wersmann ist übrigens nicht die einzige, die sich bei Herrn v. Gagern für die Fortsetzung ihres Lebensglückes zu bedanken hat. Den Verschönerungskünsten des früher hübschen Offiziers sind verschiedene Frauen, auch solche von Kameraden zum Opfer gefallen. Herr v. Gagern hat als Avantagere den Krieg von 1870/71 mitgemacht und wurde während dieses zum Offizier befördert. Er erhielt das Eisener Kreuz 2. Klasse und besitzt noch eine große Anzahl von anderen Ordensauszeichnungen. An den verschiedenen Orten, in denen er garnisonierte, war er als glänzender, lebenswürdiger Gesellschaftsallgemein geschätzt, wenn seine militärischen Qualifikationen auch das Mittelmaß nicht überstiegen. Im Jahre 1888 starb seine erste Frau, eine geborene Rütgers, die ihm vier Kinder geboren hatte. Drei Söhne sind Offiziere bezw. Regierungsbeamte, die Tochter entzweite sich mit dem Vater und ging in das Kloster am Colvariensberge Arweiler. Beim Tode seiner ersten Frau stand Herr v. Gagern beim 14. Pionierbataillon in Regl. Sein Kommandeur war ein Major L., der eine 17jährige Tochter besaß, eine auffallende Schönheit. Freiherr v. Gagern verführte das junge Mädchen, das sich Hoffnung auf die Heirat mit ihm gemacht hatte, ließ es dann aber sitzen. Die Verführte kam mit ihrer Familie auseinander, heiratete dann einen Sänger und ist

schließlich verkommen. Seine Stellung in Regl. war daraufhin unhaltbar geworden. Er wurde nach Karlsruhe versetzt und hier bald zum Flügeladjutanten des verstorbenen Großherzogs von Baden ernannt. Bald darauf knüpfte er ein Liebesverhältnis, wie schon mitgeteilt, mit der Frau des Malers v. Medel an. Das Verhältnis soll so skandalös gewesen sein, daß v. Gagern von seiner Stellung als Flügeladjutant entbunden wurde. Er wurde wieder versetzt und zwar — nach Berlin in den Großen Generalstab. Der Maler v. Medel siedelte mit seiner Familie ebenfalls nach Berlin über und erschloß sich hier aus Gram über sein zerstörtes Eheglück. Das nächste Opfer des militärischen Don Juans war die Frau eines seiner besten Freunde, eines späteren Regimentskommandeurs G. Dann kam das Verhältnis mit Frau Wersmann. In diese Zeit fielen die Enthüllungen des ehemaligen Leutnants Wisse in dessen Buch „Aus einer kleinen Garnison“. Herr v. Gagern soll schon damals Verurteilungen geahndet haben, daß einmal ähnliche Schilderungen mit Bezugnahme auf seine Person von einem seiner Untergebenen veröffentlicht werden könnten. Er soll auch ein dahingehendes Verbot gegen einen Leutnant Ehr. zum Ausdruck gebracht haben. Dieser erhielt aber eines Tages unaufgefordert ein Kommando nach Uebersee. Auf der Ueberfahrt fiel er über Bord und ertrank.

Von dem glänzenden Kavaliere ist gegenwärtig bei Herrn v. Gagern nicht mehr viel übrig geblieben. Er ist jetzt 82 Jahre alt und steht seit seiner zweiten Ehe mit seiner Haushälterin im Jahre 1900 zur Disposition.

Wo war das Ehrengericht?

Die sensationellen Enthüllungen dieses Prozesses, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, obwohl schmerzlich sexuelle Intimitäten zur Sprache kamen, dafür freilich unglaubliche Beiträge zur Beleuchtung der besonderen Offiziersehre, entlocken der „Germania“ den Stoffseufzer: „Wo war das Ehrengericht?“ Das Blatt fragt:

Aus den Allensteiner Gerichtsverhandlungen gegen die frühere Frau von Schönebeck hat das profane Publikum mit wachsendem Erstaunen gesehen, daß die Frau eines Offiziers mit so und so vielen Kameraden ihres Mannes Ehebruch treiben, und der Mann, der ohne Zweifel etwas „ahnte“, dem ruhig zusehen konnte, ohne daß sich irgend jemand veranlaßt sah, solche Dinge als mit der Ehre eines Offiziers nicht vereinbar anzusehen und irgend etwas zu tun, um dem Skandal ein Ende zu machen. Man kann sagen, daß dieser Skandal notorisch war, aber kein Ehrengericht kümmerte sich darum, während doch sonst so peinlich und streng auf die Wahrung der Ehre gesehen wird. Für „gewöhnliche Zivilisten“ ist so etwas einfach unverständlich. In Berlin hat sich soeben ein Prozeß abgepielt, der abermals ein eigentümliches Licht auf die Ehrengänge in gewissen Kreisen wirft. Ein Hauptmann v. G. in Berlin hat mit der Frau seines Untergebenen, eines Oberleutnants, dauernd im Ehebruche gelebt. Der Oberleutnant hat um die Sache gewußt, aber geschwiegen, um seine Karriere nicht aufs Spiel zu setzen und das Vermögen seiner Frau weiter mitzugenießen. Als er später erkannte, daß seine militärische Karriere ihren Abschluß fand, verließ er Frau und Kinder, nahm seinen Abschied und begab sich ins Ausland.

Nachdem dann das Blatt die weiteren unglaublichen Einzelheiten des eigenartigen Verhältnisses des General zu dem inzwischen zum Major avancierten Gatten seiner Wätresse wiedergegeben, schließt es:

„Wie ist, so fragt der erlauchte „Lese“ auch hier, so etwas möglich, ohne daß das Ehrengericht einschreitet? Diese Dinge sind doch bei Kameraden und Vorgesetzten der Beteiligten kein Geheimnis gewesen. Wurde etwa nach ihrer Ansicht die Ehre davon nicht berührt? Der „Lese“ wäre da allerdings ganz anderer Ansicht.“

Die „Germania“ vergißt nur, zur Vervollständigung des tödlichen Sittenbildes hinzuzufügen, daß der General zwar mit der Gattin eines ihm untergebenen Offiziers Ehebruch treiben und diesem eine Geldentschädigung anbieten durfte, ohne daß er in seinem Avancement irgend ein Hindernis erfuhr, daß er aber in dem Augenblick den „börnenhusten Rod“ ausziehen mußte, als er seine Haushälterin heiratete! Das duldet die Offiziersehre nicht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August 1910.

Fleischsteuerung.

Ueber die Ursachen der steigenden Fleischsteuerung und die Mittel zu ihrer Veseitigung hat sich einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gegenüber ziemlich ausführlich der Berliner Schlachthofdirektor Goltz geäußert. Er sagte:

Ich hege nicht viel Zuvorsicht, daß die hohen Preise in absehbarer Zeit wieder auf eine normale Stufe zurückgehen werden. Denn die hauptsächlichste Ursache der bestehenden Kalamität liegt meiner Ansicht nach nicht in einem Mangel an Vieh in Deutschland überhaupt, sondern sei darin zu suchen, daß die Landwirte ihr Vieh in ihren Ställen zurückhalten. Bekanntlich war die Heuernte im vorigen Jahre sehr schlecht ausgefallen. Die Folge davon war, daß die Landwirte schon im Winter anfangen, ihren Viehbestand, für den sie wegen des ungenügenden Getreidebestandes nicht ausreichendes Futter beschaffen konnten, zu verringern. Dieses Jahr aber ist die Futterernte gut und die Landwirte suchen nun wieder ihre Ställe so bald wie möglich zu ergänzen. Darum halten sie mit dem Verkauf von Vieh zurück und beschäden die Viehmärkte entweder gar nicht oder nicht in dem Maße wie sonst. So sei die irrtümliche Ansicht entstanden, daß in Deutschland ein Mangel an Vieh herrsche, und die Panik war da, die begreiflicherweise auch das laufende Publikum ergriffen hat.

Daß unsere Agrarier irgend etwas tun werden, um die jetzige Not zu beseitigen, sei nicht zu erwarten. Aber es müsse ein für allemal Abhilfe gegen die Fleischnot geschaffen werden, indem man endlich die Einfuhr erleichtere. Deutschland sei auf den Import von Oesterreich-Ungarn und Dänemark angewiesen. Das angeforderte österreichische Viehhandelsverbot dürfe kaum erlassen werden, weil es gegen die Konventionen des Handelsvertrages verstoße, und weil die österreichischen Agrarier gerade in diesem Export, der sich hauptsächlich auf Kinder bezieht, das geeignete Mittel sehen, ihre Preise hochzuhalten. Das dänische Rindfleisch sei auch nicht so beschaffen, daß es die deutsche Volksgesundheit gefährden könnte. Es soll der deutschen Staatsregierung wohl bekannt sein, daß mit der Tuberkuloseimpfung der dänischen Kinder seine guten Erfahrungen gemacht worden seien, ja, daß dieser Impfung von der Wissenschaft ein wirksamer Erfolg abgesprochen werde. Es komme dazu, daß die Tuberkulose fast nie-

mals sich über den ganzen Tierkörper ausbreitet, sondern nur einzelne Organe ergreift, durch deren Vernichtung jede Gefahr beseitigt werden kann. Es sei nun beobachtet worden, daß gerade diejenigen Tiere, die am wenigsten erkrankt sind, am stärksten auf die Impfung reagieren; natürlich werden diese Tiere vom Import zurückgewiesen.

Das schlimmste Uebel sei die Quarantäne. Diese trage wesentlich dazu bei, daß wir das Fleisch so teuer bezahlen müssen. Gewiß müssen geeignete Maßnahmen getroffen sein, um die Einschleppung einer Seuche zu verhindern; aber eine wesentliche Erleichterung wäre es immerhin, wenn man das eingeführte Vieh schon an den Grenzstationen schlachtete und Kanee Stücke gleich von dort aus zurücksenden würde. Auch eine Herabsetzung der Zolltarife würde ein Sinken der Fleischpreise ermöglichen.

Lebensmittelsteuerung und christliche Arbeiter.

Die fortschreitende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse zwingt auch die christlich organisierten Arbeiter, dagegen Stellung zu nehmen. Im Hinblick auf die neuerlich erfolgte Erhöhung der Fleischpreise und die angeklagte Erhöhung des Milchpreises in der Stadt Kempten hat das dortige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften eine Resolution gefaßt, in welcher u. a. folgende interessanten Konstatierungen gemacht werden:

„Die Lebensmittelsteuerung hat in der letzten Zeit Formen angenommen, die für weite Kreise, besonders für die Arbeiter, unerträglich geworden sind. Fast kein Bedarfsartikel ist in den letzten Jahren von Aufschlägen frei geblieben. . . . Wohnungs-, Gemüse- und ganz besonders die geplante Milchverteuerung beweisen, daß der Gegenwart die Tendenz inne-wohnt, alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise hinauf-zulegen. Am meisten haben die Arbeiter darunter zu leiden. Sie sehen sich um die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit der letzten und kommenden Jahre gebracht. . . .“

Zum Schluß wird den Arbeitern dann als Mittel empfohlen, durch das für die Arbeiter eine Besserung erzielt werden könne — der Beitritt zur christlichen Gewerkschaft! Und dies, obwohl das Zentrum mit den christlichen Arbeitervertretern im Verein mit den Junkern die Hauptschuld der unerhörten Verteuerung der Lebensmittel tragen.

Unfall- und Arbeitslosenstatistik.

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, Dr. Kort, ist, wie unsern Lesern bekannt, ein Gegner der Arbeitslosenstatistik, weil diese nie ganz lückenlos ist. Eine solche Statistik kann aber doch so vollkommen sein wie überhaupt eine Statistik. Man kann sehr wohl zählen, wieviel Arbeitsstellen jeder Art in einer Stadt vorhanden sind. Ebenfalls läßt sich die Zahl der vorhandenen Arbeiter jeden Berufs ermitteln. Was schwierig zu ermitteln ist, das sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit in dem einzelnen Fall. Es wird wohl vorkommen, daß es in einem Beruf unbesetzte Stellen gibt und doch Arbeiter des Berufs arbeitslos sind, weil sich die Arbeitslosen nicht zur Befetzung der freien Stellen eignen, oder die freien Stellen können dem Arbeitslosen nicht das bieten, was er zu seiner Ernährung haben muß.

Der Zweck der Arbeitslosenstatistik kann doch nur sein, eine Basis zu gewinnen, ob durch Verkürzung der Arbeitszeit und andere Einteilung der Arbeit die Arbeitslosigkeit zu vermindern ist und welche Mittel eventuell zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung erforderlich wären. Haben wir eine allgemeine Arbeitslosenversicherung, dann werden die Geschäftsergebnisse dieser Versicherung die beste Unterlage für die Arbeitslosenstatistik. Damit ist nicht gesagt, daß dann keine Fehler unterlaufen. Welch grobe Fehler auch in den Ämtern, wo zünftigste Statistiker das Material bearbeiten, vorkommen, dafür liefert unsere Statistik der Berufsgenossenschaften den besten Beweis. Wir wollen einmal den am meisten in die Augen fallenden Fehler herandrehen. Als im November 1891 die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften veröffentlicht wurden, mußte es auffallen, daß bei der hannoverschen Baugewerkschaft nur 47 725 durchschnittlich beschäftigte Betriebsbeamte und Arbeiter versichert waren. Im Jahre vorher waren es 119 304 gewesen. Nun war offenbar beim Abschreiben des Manuskripts ein Fehler unterlaufen. Wahrscheinlich sollte es 117 725 heißen, und der Kopist hatte aus der 11 eine 4 gemacht. Dieser plötzliche Rückgang fiel aber den zünftigen Statistikern des Reichsversicherungsamtes gar nicht auf! Sie machten alle Berechnungen auf der Grundlage von 47 725 Versicherten. Stellt man die Ziffern für die hannoversche Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft für die drei Jahre nebeneinander, dann ergibt sich folgendes Bild:

1899	1890	1891
18 080	18 878	18 071
119 304	47 725	119 771
37 240 283	40 208 288	43 537 428
1392	1580	1788
11,67	82,48	15,29
265	898	823
2,22	7,08	2,77
0,55	1,46	0,59

Also die absoluten Zahlen der versicherten Betriebe, aber anrechnungsfähige Löhne, gemeldete Unfälle und entschädigte Unfälle zeigen eine gleichmäßig steigende Tendenz. Nur die Ziffer über versicherte Personen macht einen so auffälligen Sturz, wie er bei keiner anderen Berufsgenossenschaft je vorgekommen ist. Der Statistiker nimmt daran keinen Anstoß, er dividiert die Zahl der Unfälle mit den auffallend niedrigen Ziffern der Versicherten und erhält nun unglaublich hohe Relativziffern! Der Fehler kommt aber nicht allein in der Reichstagsdruckerei und damit auch in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes vor, er geht auch über ins Kaiserliche Statistische Amt! Im Statistischen Jahrbuch druckt man nicht nur die Zahlen aus den Rechnungsergebnissen ab, sondern setzt auch noch die Relativziffern über die Unfälle aus dem Vorjahr daneben. Der Sprung von 11,7 auf 82,5 für gemeldete Unfälle, und von 2,2 auf 7,1 für entschädigte Unfälle auf 1000 Versicherte fällt dem zünftigen Statistiker gar nicht auf. So wird der Fehler eine „amtliche Wahrheit“. 70 000 Bauarbeiter sind für ein Jahr aus einer Provinz verschwunden! Obwohl durch solche Fehler die ganze Unfallstatistik stark beeinträchtigt wird, wird Herr Dr. Otto Kort doch wohl nicht behaupten, daß die ganze Unfallstatistik überflüssig ist! Und doch wird man bei genauer Prüfung der Einzelheiten nachweisen können, daß auch die Unfallstatistik ebenso große Lücken haben wie die Arbeitslosenstatistik der einzelnen Gemeinden!

Zerstörte Legendenbildung.

Freisinnige und Rationalisten arbeiten im Lande eifrig mit der Tatsache, daß sie gegen die neueste Finanzreform gestimmt haben, ohne natürlich auch nur mit einer Waibe anzudeuten, weshalb sie diese ablehnende Haltung eingenommen haben. Der freikonservative Abg. Krenndt unterzieht sich nun im „Tag“ der in diesem Falle einmal anerkenntswürdigen Aufgabe, die auf den Kopf gestellten Tatsachen wieder auf die Füße zu stellen. Der in Frage kommende Passus in dem Artikel lautet:

Tatsächlich waren alle Blockparteien einschließlich des Freisinnigen darüber einig, daß dem Reich 500 Millionen Mark neue Einnahmen erschlossen werden müßten. Die freisinnige Partei hat die Höhe dieses Bedarfs ebenso wenig bemängelt wie irgendeine andere bürgerliche Partei. Ebenso bestand eine volle Uebereinstimmung aller bürgerlichen Parteien einschließlich des Freisinnigen, daß 100 Millionen Mark durch Besitzsteuern, 400 Millionen Mark durch indirekte Steuern aufzubringen seien. Nur unter dieser Voraussetzung konnten die Freisinnigen dem Blockkompromiß zustimmen. Denn dieses setzte die Summe der Steuern aus Einkommen, Vermögen und Erbschaft auf 100 Millionen Mark fest, welche die Einzelstaaten für das Reich erheben sollten. Durch die Zustimmung zum Blockkompromiß haben demnach die Freisinnigen die Tatsache — die bei den damaligen Verhandlungen übrigens gar nicht strittig war — zweifellos festgelegt, daß ihnen 100 Millionen Besitzsteuern genügen, und daß sie mit 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen bereit waren.

Wir können nur bestätigen, daß diese Darstellung vollkommen den Tatsachen entspricht.

Der Dortmunder Bankrott

wird unter anderem auch Folgen zeitigen, die tief in das Dortmunder kommunale Gebiet einschneiden. Der erste, der purzelte, war Stadtrat Ratweg, der nationalliberale Dortmunder Parteiführer. Er war Aufsichtsrat und mit seinem ganzen Vermögen persönlich haftbar. Man glaubte an ein Vermögen, das gar nicht mehr vorhanden war. Ratweg ist futsch, er hat, wie schon bekannt, seine sämtlichen öffentlichen Ämter niedergelegt.

Der Sturz Ratwegs hat aber weitere Folgen. Kurz nach dem Knoch der Bank hatte Dortmund seine zweite Sensation: Oberbürgermeister Schmieding, der seine Ferien in Süddeutschland verlebte, war plötzlich von einem Schlaganfall betroffen worden. Schon damals wurde lebhaft über seinen Nachfolger debattiert. Nun hört man mehr über die Ursache der plötzlichen Erkrankung. Die Nachricht von der Pleite der Niederdeutschen und seines Freundes Ratweg hat ihn anscheinend schwer getroffen, denn er verlor an Ratweg 200 000 M., die er diesem gepumpt hatte. Schmieding hatte ein Kieferninkommen; allein als Aufsichtsrat der Hespener Bergbaugesellschaft bezog er jährlich so nebenbei an 30 000 M.

Schlimmer als dieser Fall ist die Affäre eines höheren Dortmunder Polizeibeamten gelagert. Nach Anweisung der Richter schuldete dieser Herr der Niederdeutschen Bank annähernd 200 000 Mark, denen keinerlei Werte gegenüberstehen. Der Herr lebte auf großem Fuße, liebte Sekt und gute Diners und war völlig vermögenslos. Sein Sohn gehörte als Student dem feinsten KorpS an und bezog einen Monatswechsel von 400 Mark.

Wie war es nun möglich, daß dieser vermögenslose — aber „schneidige“ Polizeibeamte einen solch ungewöhnlich hohen Kredit genoh? Es wird gesagt, das sei geschähen auf Veranlassung des einflussreichen mehrfach genannten Aufsichtsrats und Stadtrats Ratweg. In der Stadt wird der Name des Beamten öffentlich genannt, er hat schon einen Uelsoh angetreten. Er war be-„rühmt“ als Vernichter der Sozialdemokratie. Bei den berüchtigten Politgeschlachten spielte er eine Rolle. — So sinken die ragenden Säulen dahin!

Ueber schamlose Kinderausbeutung in Deutsch-Ostafrika

berichtet Missionar Müller in Ost-Nabshame in dem soeben erschienenen 91. Jahresbericht der evangelisch-lutherischen Mission zu Leipzig (S. 96ff.) allerlei Unerfreuliches, von dem man — und zwar nicht nur im Interesse der Mission — dringend wünscht, daß bald etwas Ernstliches dagegen geschähe. Es heißt in dem Bericht u. a.:

„Am schlimmsten ist es dem ganzen Nabshame und Arusha die letzten Jahre gegangen. Nabshame hat als Ganzes genommen von seinen 1600 Schülern seit 1905 fast die Hälfte verloren. Es gibt Farmen, die völlig auf der Kinderarbeit basieren, und was nicht von der Arbeit dort ausgeht, das wird der Mission entnommen durch Ausherrungen gegen sie vor den Eingeborenen. Die besseren und gemäßigten Elemente, die den Kindern auch Schule gönnen, werden zurzeit von den Zielbewußten übermocht. Die Regierung sieht sich zu einer faktischen Neutralität durch die Verhältnisse gezwungen. Zwar braucht das Gefährliche, Gesunde und Sittliche Verderbende der Kinderarbeit nicht erst bewiesen zu werden, und die Eingeborenen merken es heute an ihrem eigenen Leibe, was ihre Kinder jetzt wert sind — aber es rührt sich niemand, hier einzugreifen, und die Mission gilt als gefangen. Ein Versuch der Regierung, durch eine Art Nachtrag zur Arbeiterverordnung wenigstens den schlimmsten Auswüchsen der Kinderbeschäftigung zu wehren, ist fehlergeschlagen und hat nur Vorwürfe, der Mission aber, die man dahinter suchte, vermehrt. Das ist eingetragener. — Es wird unumgänglich nötig sein, noch auf andere Weise und mit allen Kräften mobil zu machen, damit der dürftige Sozialismus einer Aktiengesellschaft oder einiger Leute, die nach dem Grundsatze handeln: Nach uns die Sintflut! nicht eine ganze Generation verdirbt. — Ebenso müßte das Besorgen von Bananenrinden durch die Kinder nach der Regierungsfiktion aufgehoben. Bisher ist die Kinder in diesem Falle nur von den Eltern vorgeschoben — jedenfalls wird jetzt alles, was früher von den Erwachsenen nach Nochi geliefert wurde, durch Kinder besorgt. Halberwachsene Mädchen, kleine Jungen, die auf dem Rücken von den Genossen Juckpad getragen werden müßten, sind da unterwegs. Sie haben an einem Tage ihre Weggehrung zu suchen und an zwei Tagen je sechs Stunden nach Nochi hin und zurück zu laufen. Dafür erhalten sie als Lohn einen Heller, d. h. 1/2 Pf. Mehr sind die Kinder ja wohl auch nicht wert. Am letzten Tage wird natürlich ausgeführt. — Was unter solchen Umständen aus einer freiwilligen Missionsschule in einem Heide n Lande wird, können sich die Missionsfreunde leicht denken.“

Wekanntlich herrschen ähnliche Zustände auch in Deutsch-Südwestafrika!

Das ist die Kultur, die unsere Kolonialpolitik den „Wilden“ und „Heiden“ bringt!

Zimmer wieder der Aufreizungsparagraf.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Am Donnerstag früh folgte Genosse Mehlisch, der Verantwortliche der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, einer Einladung des Untersuchungsrichters, der ihm eröffnete, daß gegen ihn ein Verfahren eingeleitet sei wegen Aufreizung zum Klassenhoh. Und zwar hat man wieder eine poetische Aufreizung entbedt, bezugnehmend durch zwei Gedichte in der Unterhaltungsbeilage der Arbeiterzeitung. Die Gedichte tragen die Ueberschrift:

1. Wie lange noch?

2. Wenn des Glendes Dämon erwachen?

Das ist nun die dritte Aufreizungsklage in diesem Jahre; zweimal ist der Staatsanwalt heringefallen, aber er denkt, alle guten Dinge sind drei. Es ist sehr interessant, daß die Akten den Kerntrug tragen: Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten von Berlin! Der Herr Polizeipräsident wünscht über den weiteren Verlauf der Sache unterrichtet zu werden. Auch die Aktion gegen das Dortmund-Liederbuch war bekanntlich von Berlin aus eingeleitet worden.

Regierungsrat Martin als Reichstagskandidat?

Der fassam bekannte Regierungsrat a. D. Martin, der eigentlich nirgends ernst genommen wird, scheint Wert darauf zu legen, fortgesetzt die Öffentlichkeit zu beschäftigen. Dieser Tage wurde er vom Amtsgericht Charlottenburg mit einer Klage wegen Beleidigung abgewiesen, die er gegen eine Zeitschrift angestrengt hatte, in der ihm Genossenschaftsfälschung vorgeworfen worden war. Herr Martin verkennt nun der Öffentlichkeit, daß er gegen diesen Beschluß Beschwerde eingelegt habe.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß er als Reichstagskandidat für den 2. sächsischen Reichstagswahlkreis ausersuchen sei. — Doch Herr Martin eine politische Rolle spielen möchte, mag schon richtig sein, daß er aber in einem sächsischen Kreis ein Mandat bekommen könnte, das erscheint jedoch völlig ausgeschlossen.

Zur Lage im Ruhrbergbau.

Berichtigung. In Nr. 175 des „Vorwärts“ vom 20. Juli dieses Jahres ist unter der Ueberschrift „Zur Lage im Ruhrbergbau“ eine Zuschrift aus dem Ruhrrevier veröffentlicht, in der die von uns in unserer Berichtigung vom 22. Juli als unwahr bezeichnete Behauptung, daß der Arbeitsnachweis sogenannte „schwarze Listen“ führe, wiederholt wird. In dem Bureau einer Arbeitsnachweisstelle habe sich eine in Maschinenschrift angefertigte Liste befunden, auf der etwa 20 Namen von Arbeitern gefanden hätten. Dem Schreiber des Artikels habe man auf dem Bureau gesagt, daß die betreffenden Arbeiter dauernd ausgesperrt seien. Wir erklären nochmals, daß diese Behauptungen unwahr sind. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß von irgend einer Arbeitsnachweisstelle eine derartige Liste geführt worden ist oder geführt wird, und daß ein Beamter erklärt hat, die auf der Liste bezeichneten Arbeiter seien dauernd ausgesperrt.

Die Hauptstelle des Arbeitsnachweises für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau.
J. A.: Dr. Bus.

Der Berichtiger scheint mit einem Medium in Verbindung zu stehen. Anders bleibt uns sonst unerfindlich, wie er etwas Bestimmtes kann, wovon er nicht Zeuge war. Er kennt nicht Ort und Personen, auf die unser Gewährsmann sich beruft, aber er kann — berichtigen. Wir nehmen an: Dank der vierten Dimension! Danach mag man den Wert der „Berichtigung“ einschätzen.

Spanien.

Die hierale Agitation.

San Sebastian, 18. August. (P. Z.) Die Junten gehen bereits daran, die in ihrer Versammlung zu Zamarraga getroffenen Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Der alte Plan einer Rasendemonstration wurde wieder aufgegriffen und vier Protestversammlungen sind für ein und denselben Tag angesetzt worden. Sie sollen in Bilbao, Pamploña, San Sebastian und Vitoria, den Hauptstädten der nördlichen Provinzen stattfinden. Aus jedem Provinzort sollen Delegierte zu den Protestversammlungen entsendet werden.

England.

Eine Radführung.

Man schreibt uns aus London: Die englische Arbeiterpartei fordert natürlich die Einführung von Diäten für die Abgeordneten. Diese Forderung ist umso dringlicher, da die Finanzen der Partei durch das Osborne-Urteil, das die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern zu politischen Zwecken unmöglich macht, sehr schwächt sind. Die Regierung schien auch der Einführung von Diäten geneigt. Der Abgeordnete Schaleton hat nun namens der Arbeiterpartei die Anfrage an die Regierung gerichtet, welche Schritte sie zu der Verwirklichung der besprochenen Reform zu tun gedente. Die Antwort, die der liberale Einseitiger im Auftrag der Regierung auf diese Anfrage jetzt erteilt hat, zeigt in der deutlichsten Weise, daß die damalige Erklärung der Regierung purer Schwindel war. Jene Erklärung, schreibt jetzt der Regierungsvorteiler, sei bloß ganz allgemein gehalten gewesen und hätte nichts Bestimmtes versprochen, und sich jedenfalls nicht auf das gegenwärtige Parlament bezogen. Das Versprechen von Diäten war also gut genug als Ausrede, um einer anderen Forderung zu entkommen, aber nicht als ehrlich gemeinte Reform. Nach dem Zusammentritt der Herbstsession wird wohl darüber ein ernstes Wort mit der Regierung gesprochen werden.

Dänemark.

Vorbereitung zum Hochverrat.

Im Folkethingwahlkampf im Juni dieses Jahres arbeitete die Reaktion in starkem Maße mit militärischer Verhegung. Man redete den Leuten vor, daß die radikale Regierung im Grunde mit den Sozialdemokraten das Land wehrlos machen wolle, das dann der Fremdherrschaft verfallen müße. Die leitenden Militärspersonen unterführten natürlich diese Art Agitation, und das ging soweit, daß ein Premierleutnant, der damals Lehrer an der Unteroffizierschule in Aarhus war, seine Lieben darüber unterrichtete, wie sie bei einem Aufbruch oder Staatsstreich auftreten sollten. Mit einigen wenigen Offizieren und Unteroffizieren und 300 bis 400 Gemeinen konnte man dabei auskommen, meinte der Leutnant. Es scheint, sagte er weiter, daß die radikale Regierung die bestehenden Gesetze nicht respektieren wolle, und unter diesen Umständen sei es möglich, daß es zum Aufbruch oder Staatsstreich komme. Diese Ausherrungen, die ja nichts weniger als eine Aufforderung zum Hochverrat gegen die damalige Regierung in sich schliessen, sind schon seinerzeit bekannt geworden, haben aber in der Hitze des Wahlkampfes nicht die Beachtung gefunden, die ihnen zukommen müßte. Derselbe Premierleutnant, Bennide mit Namen, hat sich übrigens auch als Soldatenschilder ausgezeichnet und die Mannschäft während einer Uebung im Winter eine gute Stunde auf dem bloßen Erdboden liegen lassen. Ein Soldat, der sich nicht niederlegen wollte, weil er krank war, kam statt ins Krankenhaus auf 15 Tage in Dunkelzelle. Diese Dinge sind kürzlich wieder in einem Verfproh zur Sprache gekommen, der mit der Freisprechung des angeklagten Medakteurs endete. Durch den Proh wurde die Aufmerksamkeit auch wiederum auf die oben erwähnten Redensarten Bennides gelenkt, und „Socialdemokraten“ wandte sich an den Kriegsminister um nähere Aufklärung. Der Minister versprach, daß die Sache näher untersucht werden solle. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt.

Der Militarismus, der sich immer unversämter breit macht, beginnt nun auch in sonst militärfernen und konservativen Kreisen Anstoß zu erregen. In letzter Zeit haben sich unter anderen einige Pastoren und selbst ein Bischof sehr scharf gegen die Zustände im Heere, gegen Verrohung, Niederlichkeit und Verschwendung, die sich in den Offizierskreisen geltend machen, gegen die ganzen demoralisierenden Verhältnisse im Heere gewandt, und im übrigen sind es leitende Personen der von der Bauernschaft gegründeten Hochschulen, die gegen diese Dinge auftraten. Biel ist ja von dieser Opposition nicht zu erwarten, zumal sie von Leuten ausgeht, die in politischer Hinsicht schließlich doch zur Förderung und Stärkung des Militarismus bereit sind, aber sie bildet ein Zeichen dafür, daß der Militarismus, mit dem ja Verrohung und Verschwendung unlöslich verbunden sind, für ein Kulturvolk mehr und mehr unerträglich wird.

Australien.

Von der Arbeiterpartei.

Sydney, Anfang August. (Eig. Ber.) Der glänzende Sieg, welchen die Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen über die Libe-

ralen und Konservativen errang, hat bereits Früchte getragen. Heute schon ist es sicher, daß der Staat Victoria alle seine losenhaltigen Ländereien der privaten Ausbeutung entzieht und die Kohlenbergwerke bei täglich acht stündiger Arbeitszeit durchaus unter Genossenschaftsbedingungen in staatlicher Regie betreibt. Die Förderung wird ebensowohl an die Eisenbahnen wie auch an Privatleute verkauft.

Berzweifelte Anstrengungen machen die Liberalen wie die Konservativen, um ihren gemeinsamen verhassten Gegner, die Arbeiterpartei, zurückzudrängen. Bis jetzt freilich ohne Erfolg, wie sich schon aus dem Verhalten der beruhsmäßigen bürgerlichen Politiker ergibt, die in hellen Scharen sich der Arbeiterpartei anschließen wollen. Diese sieht sich aber ihre Leute genau an. So schreibt der „Brisbane Worker“: „Alle möglichen Menschen drängen sich gegenwärtig an die Arbeiterpartei heran, um Aufnahme in derselben zu finden. Ein Teil dieser Leute ist und willkommen, aber andere — nun wir bezweifeln, daß sie vor der kritischen Prüfung bestehen.“

Die Arbeiterpartei legt keineswegs müßig die Hände in den Schoß. Ueber zwei täglich erscheinende Zeitungen verfügt sie bereits. Mit der Sammlung von einer halben Million Dollars als Betriebskapital für ein drittes Tagesblatt ist bereits begonnen. Das australische Proletariat ist sehr opferwillig, wenn es gilt, die Mittel für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung aufzubringen; es weiß, daß das Geld vorteilhaft angelegt ist.

Scharf wurde auf der jüngsten Konvention der Gewerkschaften von Queensland die Trennungslinie gezogen, welche die australische Arbeiterpartei von den bürgerlichen Parteien scheidet. Im ersten Artikel der zur Annahme gelangten Plattform wird ausdrücklich betont, daß der gewerkschaftliche und der politische Kampf zugleich geführt werden müssen. Es heißt da: „Wir verlangen, daß denjenigen, welche alle Reichtümer erzeugen, der volle Ertrag ihrer Arbeit zuteil wird. Zu diesem Behufe fordern wir die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und die Verteilung und den Austausch der Güter durch den Staat und die Selbstverwaltungskörper, deren industrieller und wirtschaftlicher Tätigkeitsbereich erweitert werden muß.“

Ehe die Plattform die Zustimmung der Konvention fand, hielt Bowman, Präsident des Gewerkschaftsverbandes, eine bemerkenswerte Rede, in welcher er u. a. ausführte:

„Im Vormarsch begriffen, werden wir von unseren Gegnern und ihrer Presse wegen unserer sozialistischen Anschauungen angegriffen. Als Führer der Arbeiterpartei von Queensland und als Präsident dieser bedeutungsvollen Tagung sehe ich keinen Augenblick an, meinen unerschütterlichen Glauben an die Grundsätze des Sozialismus zu bekennen. Ich hege die Hoffnung, daß jeder auf unserer Konvention anwesende Delegat der gleichen Ueberzeugung ist.“

Ich fühle mich glücklich, in Andrew Fisher gegenwärtig einen Ministerpräsidenten an der Spitze der Regierung des australischen Bundesstaates zu sehen, welcher sich voll Stolz als Sozialist und Befürworter der sozialistischen Prinzipien bekennet. (Anhaltende Hochrufe.)

Man darf nicht vergessen, daß unser Kampf sich weniger gegen die Einzelnen, als vielmehr gegen das System richtet, unter welchem Männer erstehen müßten, die keine Gelegenheit unbenutzt lassen, ihre weniger von dem Glück begünstigten Mitmenschen in die Sklavensesseln zu schmieden. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die sozialistische Bewegung nicht auf Queensland noch auf den australischen Kontinent beschränkt ist. Als ich während der letzten Wahlbewegung in den südlichen Staaten tätig war, nahm ich mit hohem Vergnügen wahr, daß jeder Redner der Arbeiterpartei mit demselben sozialistischen Geiste erfüllt war. Und das gleiche läßt sich von den ungezählten Männern und Frauen sagen, welche in allen Teilen der Welt mutig und selbstlos für die Verwirklichung desselben sozialistischen Programms eintreten. Heutzutage haben wir nichts mehr zu fürchten, als den Mangel an Verständnis für den Geist des Sozialismus. Daher ist es die heilige Pflicht unserer parlamentarischen Vertreter und der Delegaten, jede Gelegenheit zur Befestigung von Mißverständnissen zu benutzen. Jeder von uns sollte durch unsere Konvention angefeuert werden, künftig noch größeren Eifer für die Propaganda zu entwickeln, als er bisher tat.“

Wenn auch diese Ausherrungen zu optimistisch sind und die australische Arbeiterpartei im ganzen heute noch nur eine Partei der radikalen Sozialreform und nicht eine sozialdemokratische genannt werden kann, so zeigen sie doch, wie auch in Australien der Sozialismus im Vordringen begriffen ist.

Soziales.

Vom Recht der Innungen.

Welche Annahmen sich einzelne Innungsmeister den Arbeitern gegenüber erlauben zu dürfen glauben, zeigt folgender Vorfall: Der Maurer- und Zimmermeister Krause in Glogau hatte beim ihm beschäftigten Maurer Z. aus Neuß a. O. von seinem Wochenlohn 20 Pf. als Beitrag zur Herbergskommission abgezogen. Krause stützte sich dabei auf das Statut der Innung, welches die Erhebung eines solchen Beitrages der Mitgliedern zur Pflicht machte. Z. klagte beim Innungsschiedsgericht auf Zurückhaltung der 20 Pf., wurde aber abgewiesen und noch mit den Kosten des Verfahrens bestraft. Dieses Urteil socht Z. durch Klage beim Amtsgericht in Glogau an, indem er betonte, daß er weder Mitglied der Innung sei noch die Innung überhaupt eine Herberge besitze. Das Amtsgericht entschied, daß das Innungsstatut auf die nicht zur Innung gehörenden Maurer gar keine Anwendung finden könne, hob das Urteil des Innungsschiedsgerichts auf und verurteilte den Unternehmer zur Herausgabe der 20 Pf. und zur Zurückhaltung der Kosten an Z. Krause legte beim Landgericht Berufung gegen dieses Urteil ein, doch auch dieses entschied, die Herbergsordnung stehe im Widerspruch zur Gewerbeordnung und wies ihn ab.

Die Sachlage liegt hier so klar, daß man sich über die Ansichten des Unternehmers und des Innungsschiedsgerichts wundern muß.

Neue Gesichtspunkte zur kriminellen Behandlung Jugendlicher enthält der Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch der Schweiz. In ihm werden die Jugendlichen in drei Gruppen eingeteilt: in Kinder bis zum 14. Lebensjahr, Jugendliche bis zum 18. und Unmündige bis zum 20. Lebensjahr. Kinder können überhaupt nicht strafrechtlich verfolgt, sondern nur einer besonderen Erziehung oder der Schulbehörde zur Verstrafung überwiesen werden. Jugendliche sollen, wenn sittlich verwohlt oder verborben, einer Zwangserziehung- oder Korrekptionsanstalt überwiesen oder, wenn diese Vorrichtung nicht zutrifft, mit einem Beweis bestraft werden. In besonderen Fällen kann für sie auch eine abgeleitete Einschließung von drei Tagen bis zu höchstens zwei Monaten eintreten, die jedoch unter angemessener Beschäftigung und in einem Gebäude erfolgen muß, das nicht als Straf- oder Arbeitsanstalt für Erwachsene dient. Dem Unmündigen können bei seiner Verurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt und auch er muß von anderen Sträflingen sorgfältig getrennt werden.

Mit erfreulicher Konsequenz verfolgen diese Bestimmungen das wichtigste Ziel aller kriminellen Behandlung Jugendlicher, nämlich zu bessern statt zu strafen. Und die Praxis der deutschen Jugendgerichte und Jugendklubvereinigungen kann aus ihnen wertvolle Anregungen schöpfen.

Bündnispolitik oder Dienerpolitik?

Von Simon Kapfenstein.

Diener tragen in gemein ihrer Herren Erbrecht. — Man sollte fast glauben, daß die badischen Nationalliberalen der „Großblod“-Politik überdrüssig geworden seien, so unbarbarisch bösen sie ihre sozialdemokratischen Bundesgenossen. Oder sie müssen tief überzeugt sein, daß dort von der revolutionären Kraft der Sozialdemokratie auch gar nichts übrig geblieben und der früher so sehr gefürchtete Gegner, der nun „nicht mehr zurück kann“, ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Wäre das so richtig, wie es falsch ist, bedeutete es allerdings die zwingende Notwendigkeit für die deutsche Sozialdemokratie, sich von einer Parteigruppe zu trennen, die derart unwiderstehlich zu hinterlassen einer bürgerlichen Partei geworden wäre. Und welcher Partei? Wir erinnern uns, daß in früheren Jahren, als der Kampf gegen die badischen Budgetbewilliger und Hofgangwilligen (damals kam es noch nicht soweit) geführt wurde, noch nicht die Notwendigkeit vorgeschoben wurde, unter allen Umständen und mit dem Opfer alles Prinzipienballastes das Zentrum von der Füttertruppe zu verschleichen. Denn damals, in der Zeit des Kampfes um die Wahlreform, ging unsere badische Partei notgedrungen mit dem Zentrum zusammen gegen dieselbe national-liberale Partei, die unter Eisenlochs und nachher noch der direkten Wahl den entschiedensten Widerstand entgegengesetzte. Dieselbe national-liberale Partei, deren Regierung unter dem Ausnahmegesetz mit besonderer Brutalität den Vernichtungskampf gegen die rote Notte betrieb, hatte und nachher noch mit Hochverratsprozessen, Verbot der Gedenkfeier für 1849 und skrupelloser Mobilmachung der Bezirkämter und ihrer Amtsdresse in der gleichen Richtung weiter arbeitete. Es ist wohl kein Zufall, daß Genosse Adolph Ged., der diese staatsverhaltende Politik noch miterlebt und am eigenen Leibe verspürt hat, nicht über das Mißtrauen gegen die jetzigen „liberalen“ Schlafgenossen hinwegkommen kann. Und wie es gekommen ist, daß der Fuchs zum Wespenebener geworden ist, daß die badischen Nationalliberalen, die von dem Ansturm von rechts (Zentrum) und links, wo einstweilen noch die Sozialdemokratie steht, in die Ecke getrieben worden sind, ganz zuletzt ihr liberales Herz entbedt und sich zunächst mit den zahlenmäßig bedeutungslosen Linksliberalen, schließlich gar mit der Sozialdemokratie haben verbünden müssen, das liegt klar vor aller Augen. Wer sich noch erinnert, mit welcher Annäherung diese Nationalliberalen, als sie noch die Kleinrentner in der Kammer waren, dort ihr Spiel getrieben haben, wie die skrupellosen „patriotische“ Hege gerade im Lande des Zahner Hinkenden Voten und unter der Regie des Großherzogs Friedrich betrieben wurde, der weiß auch, daß es sich bei der jetzigen Zurückhaltung um keine innere Wandlung sondern um eine notgedrungenen Rücksichtnahme auf die geänderten Zeitverhältnisse handelt. Und daß diese Rücksichtnahme nie soweit geht, in das, was man so die nationalliberalen Prinzipien nennt, ernsthaft einzugreifen, das haben die Redmann und ihre Genossen in der „Kölnischen Zeitung“, der „Straßburger Post“ usw. deutlich genug gezeigt.

Stellen wir zunächst noch einmal fest, daß es sich in dem ganzen inneren Streite selbstverständlich nicht um den angeblichen Gegensatz zwischen „positivem Schaffen und über Regation“ handelt, wie gern behauptet wird. Unsere badischen Vorkämpfer erinnern sich wohl noch von früher aus ihrer eigenen Agitationsfähigkeit her, wie zahllos oft sie selbst den Nachweis für den schaffensfreudigen und schaffensfähigen Charakter der alten, noch nicht rosigelb abgestrichenen Sozialdemokratie geliefert haben. Daß seit J. B. Schweigers und Bedels Anfängen bis auf den heutigen Tag die Partei nicht nur indirekt durch Aufrüttelung der Gewissen und Steigerung der Arbeitermacht, sondern direkt durch eine Fülle praktischer und durchgearbeiteter Forderungen und Vorschläge gewirkt hat. Sie wissen wohl auch noch, daß in dieser Hinsicht kein Unterschied in der Gesamtpartei besteht, daß die radikalen Leipziger um kein Jota minder praktisch und erfolgreich — soweit die Befehle es möglich machen — gearbeitet haben als die Karlsruher. Wenn man freilich unter praktischer Arbeit, wie es längst geschehen ist, die Aufstellung „erkäufelter“ Forderungen versteht, d. h. solcher, die unsere Gegner zu erfüllen geneigt sind, dann wird die ganze Bewegung in die Schablone eingepreßt werden, die den jeweiligen maßgebenden bürgerlichen Kreisen gerade noch genehm ist. Dann kommen wir zu der Raumansichten Parole, daß Politik Mehrheitsbildung sein müsse, was natürlich nicht bedeutet (das wäre eine Selbstverständlichkeit), daß jede Partei selbst streben müsse, zur Mehrheit zu werden, sondern daß man zu jeder Zeit sich bemühen solle, bei irgend einer „regierungsfähigen“ Mehrheit mit dabei zu sein. Und da unsere bürgerlichen Klassen nun einmal ein viel ausgeprägteres Klassenbewußtsein besitzen, als es im allgemeinen in der Arbeiterchaft vorhanden ist, so bedeutet es, daß unsere organisierte Macht gerade gut genug ist, irgendwo angehängt und um der oder jener Augenblicksvorteile willen in den Dienst fremder Interessen gestellt zu werden. Am Ende führt das zum Mitdabeisinken in jeden Preis, zur Regierung um der Regierung willen, wie es uns die Briandische Politik, die heute ihre wärmsten Freunde auf der Rechten findet und schon von den ersten Radikalen wie Combes belächelt wird, deutlich zeigt. Es ist nebenbei kennzeichnend und kein Zufall, daß dieselben Genossen, die nicht genug Widerwillen gegen die gewöhnlich erstreckliche revolutionäre Phrase aufzubringen und mit jedem Schmod um die Wette unsere „Anentwegten und Dogmenfanatiker“ zu verurteilen wissen, sich so widerstandslos in den Vann der leeren bürgerlichen Agitationspropaganda begeben haben: von der komischen Geizgierigkeit des „Großblods“ an bis zu all den feinen und tiefen Wendungen, mit denen „Frankfurter Zeitung“, „Nisse“ und „Berl. Tagebl.“ ihre Leser nun seit 11/2 Jahrzehnten erbauen. Da sie im eigenen Lager spöttisch Anklage damit gefunden haben und die Liberalen, trotz aller Tropfen sozialen Eids und sonstiger Ingridenzen, fast jedesmal, wenns ernst geht, wieder zu reaktionären Bundesgenossen und reaktionären Methoden ihre Zuflucht nehmen, so muß es ihnen ein Trost sein, daß sie wenigstens in unserem Lager Gläubige gefunden haben, daß Genosse Dr. Quessel es gar schon als eine unserer Aufgaben erkannt hat, dem Liberalismus die ihm gebührende Stellung zu verschaffen — was mir eigentlich als die Aufgabe des Liberalismus erscheinen will, die er auch in England und Frankreich nicht übel erfüllt hat. Doch aber, weil unsere Liberalen von Geburt an mit Mißgunst erwidert behaftet sind, wir uns den gleichen Vorzug aneignen müssen, um ihrer Bundesgenossenschaft wert zu bleiben, will mir nicht ganz einleuchten.

Es ist auch nicht einmal so, daß man in der Partei der Bündnispolitik an sich Steine in den Weg gelegt hätte. So groß unsere Abneigung gegen die liberalen Parteien sein muß — recht kennzeichnend hat Genosse Koyke jetzt darauf hingewiesen, daß in keinem Lande der Textilarbeiterverband so viel Gemargelte zu unterstützen hat, wie im gelobten Mutterland des Liberalismus, dessen Fabrikanten natürlich fast ausnahmslos im liberalen Lager stehen —, so hat doch an sich niemand sich dagegen gewandt, daß unsere badischen Genossen mit den Nationalliberalen zusammengegangen sind, um dem Zentrum den Weg zur Macht zu versperren. Gewiß hat es auch nicht die Aufgabe des Liberalismus zu sein, daß die Sozialdemokratie die Oppositionspartei viel gefährlicher ist denn als Regierungspartei. Aber er wird auch zugeben, daß man mit gutem Gewissen es trotzdem als nächste und dringlichste Pflicht anerkennen kann, den berühmten geistig und sittlich läuternden Einfluß der Zentrumspassen in möglichst enge Grenzen zu bannen. Es wäre mehr als eine Waise wert, wenn es gelang, eine Radikalur an unserer radikalisierten Jugend-erziehung vorzunehmen. Leider ist gerade das unseren badischen Genossen nicht gelungen. Der Einfluß der Geistlichkeit auf die Jugend ist nach dem neuen badischen Schulgesetz nicht geringer als er schon vorher kraft der Einrichtung der Simultan Schule gewesen ist. Aber

in jedem Falle haben sich die badischen Genossen über irgend welche böswillige oder unverständliche Beurteilung ihrer Bündnispolitik innerhalb der Partei nicht zu beklagen gehabt. Man hat sich aufrichtig mit ihren Wahlerfolgen sowohl als mit der beginnenden Zurückdrängung der Zentrumsmacht gefreut. Man hat selbst die bescheidenen Erfolge ihrer Kammerfähigkeit (die man freilich höher taxierte, als sie sich nun, nach den nationalliberalen Renommistereien, darstellen) nicht hämisch bekräftigt, sondern gern, da nicht mehr erreichbar schien, hingegenommen. Heute freilich stellt es sich heraus, daß die politischen Akte, die ihnen zum Vorwurf gemacht werden, doch nicht so ohne Zusammenhang als häßliche Dekoration ein schönes Bauwerk verzieren, sondern daß die ganze Politik der Rücksichtnahme schon der parlamentarische Arbeit durchföhret und die kraftvolle Aktion unter den Massen gelähmt hat. Diese Aktion aber ist ein sehr wichtiges Mittel selbst der parlamentarischen Machterhaltung. Und in jedem Falle dient sie der Erziehung, der Aufrüttelung und Organisation der Massen, die uns schließlich wichtiger sein muß, als selbst die erfolgreichste, geschweige denn eine an Erfolgen mäßige parlamentarische Arbeit. Jedenfalls aber hat sich gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht jede Bündnispolitik verwirft.

Freilich muß sie eine Grundbedingung stellen: die Sozialdemokratie muß ein wirklicher Verbündeter mit voller Gleichberechtigung sein, kein Anhängel, für das fremder Wille die Bedingungen des Zusammenarbeitens eigenmächtig festlegt. Denken wir uns etwa folgenden Fall: Eine sozialdemokratische Fraktion erkläre einer bürgerlichen, die mit ihr Hand in Hand arbeiten will: „Ja, aber wir sind, was zu bedenken bleibt, keine monarchische Partei. Wir müssen verlangen, daß ihr unsere republikanischen Gefühle nicht durch Huldigungen vor dem Monarchen verletzt. Wir wollen diese Huldigungen nicht fördern. Aber wir müssen verlangen, daß ihr daran nicht teilnehmt.“ Das gäbe keinen schlechten Enttäuschungssturm über sozialdemokratische Annäherung. Und dabei hätte man von dem Gegner nicht etwa eine Huldigung vor unserem demokratischen Staatsideal, sondern einfach eine „Schonung unserer Gefühle“ durch Unterlassung entgegengerichteter Kundgebungen verlangt. Hier aber untersteht man sich, als Bedingung gemeinsamer Arbeit zu fordern, daß wir nicht etwa republikanische Kundgebungen unterlassen (die haben wir bisher, vielleicht allzu vorsichtig, stets vermieden), sondern daß wir uns positiv an entgegenstehenden monarchischen Demonstrationen beteiligen. Und noch schöner: unsere Genossen lassen sich diese Degradierung zu Bundesgenossen vierter Güte gefallen. Die Ausrede, daß die Geschäftsordnung das sogar zur Gewissenssache gemacht habe, ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Denn es hätte nichts gehindert, bereits vor Uebnahme der betreffenden Akten die Ablehnung höflicher Verpflichtungen zu erklären — nötigenfalls auf die Gefahr hin, auf diesen Anteil an der politischen Macht, die ja Genosse Koyke bereits in höherem Grade als in Preußen errungen glaubt, zu verzichten.

Daß man für die Budgetbewilligung diesmal nur Eintragsinteressen und die Abwehr kerischer Hofintrigen angeführt hat, ist verständlich, wenn es auch die Sache nicht besser macht. Jedenfalls ist der Gesichtspunkt, der vor neun Jahren in Frage kam, daß die Sozialdemokratie nicht dem Staate sein Funktionieren unmöglich machen, nicht der Lokomotive die Kohlen verweigern dürfe, nicht zu halten. Wir wollen gewiß auch, daß die Lokomotive fährt, aber „die ganze Richtung paßt uns nicht“. Wir wollen sie auf andere Gleise drängen und müssen ihr inzwischen den Brennstoff verweigern. Sind doch unter all den Kulturaufgaben, die da als außerhalb jeder Diskussion stehend (im Gegensatz zu den Stoffen der Hofhaltung, der Kirche u. a., deren Ansehbarkeit zugegeben wird) z. B. die Organe der inneren Verwaltung mit ihrer völlig bürokratisch-plutokratischen Organisation, die noch eben gerade der verständnisvolle Minister v. Bodman sehr pathetisch dem roten Zudrang verkleinern zu müssen glaubte. Dabei ist die Gerichtsorganisation, die heute als Werkzeug der Klassenherrschaft so ungeheuer viel Leid über das arme Volk verbreitet. Dabei sind Eisenbahnen und Schulen, deren Kulturwert wir gewiß selbst in ihrer heutigen Verfassung nicht verkennen, denen wir aber doch, solange sie so sehr allen Arbeiterinteressen wie den pädagogischen Forderungen entgegenstehende Einrichtungen der Klassenherrschaft sind, die Zustimmung in ihrer heutigen Form verweigern müssen. Wir Recht hat man schon betont, daß selbst eine bürgerliche Opposition, die ernst genommen sein will, ihren Gegnern das Budget verweigern müßte. Und nun erst wir, die das ganze System, in dessen Dienste alle heutigen Regierungen stehen müssen, von Grund aus verdammen. Das übrigens die badische Regierung, gegen die man in Baden nicht „demonstrieren“ wollte, in der Reichspolitik ihre Wege von denen der Reichsregierung getrennt? Hat sie gegen die Reichsfinanzreform, gegen die militärische Politik, gegen die Entrechtung der Arbeiter in den Klassenlosen Stellung genommen? Dessenfalls sicher nicht, jedenfalls überhaupt nicht. Wohl aber hat sie, getreu dem Berliner Vorbild, die indirekten Steuern vermehrt, hat die Entschädigung der dadurch brotlos werdenden Arbeiter, wie die der vom Reiche nicht mehr versorgten Tabakarbeiter von sich gewiesen. Und wie alle die Sünden heißen, die unsere Genossen von der badischen Opposition ja genügend ins Licht gesetzt haben.

Schließlich: war es wirklich notwendig, um gemäßigtere liberale Politik treiben zu helfen, den Nationalliberalen mit solcher Selbstverleugnung entgegenzukommen? Diese werden, abgesehen von einer Minderzahl von Kengstlingen, unbedingt lieber mit uns gehen als mit dem Zentrum. Denn dieses ist ein sehr anspruchsvoller Verbündeter. Nicht allein kräftliche und Schulzugehörnisse verlangt es, die ja — siehe Jedlich-Kompromiß — den echten Nationalliberalen nicht allzu teuer werden. Es will auch mit aus der Schäfelleiten. Nicht allein die Geistlichkeit weiß, daß das himmlische Rama mehr für die rote Masse der Gläubigen, für den Diener Gottes aber handfestere Nahrung nötig ist. Man kennt ja die Gleichförmigkeitsergen der katholischen Vorgewisse zur Genüge. In dieser Hinsicht sind die Sozialdemokraten, die keinen anderen Anspruch auf Parität machen als die Zulassung zu den vom Volke selbst zu vergebenden, d. h. zunächst unbefoldeten oder gering bezahlten Posten, entschieden begnener. Wenigstens zunächst noch. Daß sie nun zu dieser uneigennütigen Rolle, die den Liberalen alle Staatsämter überläßt und sich mit den ideoellen Vorteilen einer etwas volkstümlicheren Politik begnügt, auch noch die nationalliberale Livree tragen und Abgaben in Form grundsätzlicher Verzichte und Kundgebungen machen sollen und wollen, das ist ein eigener Humord. Sie haben den Dank erfahren in Form der nationalliberalen Führungsgewinne, die etwa lingen wie das des Freiherrn v. Richterhofen für die Frau des Gubernators Kasten: Fleißig und bescheiden! Die Wechselbarkeit in politischen Dingen galt aber bei uns nie als sozialdemokratische Tugend.

Ja bin allerdings der Ansicht, daß die Rärnberger Budget-Resolution nicht der Weisheit letzter Schluß ist. So gut sie den allgemeinen Grundfay der Budgetablehnung für einen bestimmten Fall durchbrochen hat, so gut kann ein Abweichungsgrund anderer Art vorkommen. Denken wir uns eine parlamentarische Regierung demokratischer Tendenz, die ohne unsere Hilfe einer reaktionären Mehrheit unterliegen müßte. In einem solchen Falle könnte es politische Pflicht werden, auch abgesehen von der Frage, ob das Staatsbudget selbst dadurch verschlimmert würde, unter ausdrücklicher Betonung unseres grundsätzlichen Gegensatzes zum bestehenden Staate, für diese Sachlage die Regierung durch Budgetannahme (falls die Reaktionsäre das Budget, als zu volkreundlich, ablehnten) zu stützen. Ob dieser Fall unter deutschen Verhältnissen je eintreten wird, steht dahin. Jedenfalls aber sollte man seiner Möglichkeit durch Annahme einer Fassung, wie Genosse Frohme sie in Rärnberg beantragt hatte, Rechnung tragen. Daß freilich jetzt in Baden, wo es weder ein parlamentarisches noch ein liberales Ministerium gibt, wo

man nicht den Gegensatz zum heutigen Staate betont, sondern gerade eine entsprechende Haltung als „Demonstration“ herabgesetzt hat, wo schließlich selbst die Bedingungen der abgelehnten Resolution Probleme nicht erfüllt worden sind, ein solcher Fall nicht in Frage steht, das liegt auf der Hand, von der Disziplinfrage gar nicht zu reden.

Da man die badische Taktik als richtunggebend für die Gesamtpartei hingestellt hat, so werden die badischen Genossen sich auch gefallen lassen müssen, daß die Gesamtpartei dazu Stellung nimmt. Und sofern diese noch nicht die politische Höhe des Oberheims erklommen hat, so werden sie sich auch dem Beschluß der Gesamtpartei zu fügen haben. Die deutsche Sozialdemokratie wird sich hüten, in ihren Reihen den Briandismus großzuziehen, sei es auch nur im badischen Duodezformat.

Soweit Genosse Kapfenstein. Zu seinen Bemerkungen über die Rärnberger Resolution möchten wir nur noch bemerken, daß uns für deutsche Verhältnisse, die ja hier allein in Frage kommen, die Rärnberger Resolution ausreichend erscheint.

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Hamburg, 18. August.

In der heutigen Vormittagsitzung wird die Debatte über den zweiten Teil des Geschäftsberichts noch eine Weile fortgesetzt. Es werden einige interne Angelegenheiten behandelt, worauf der Hauptreferent Zeitmann-Berlin bezüglich der Anregung, eine Krankenstatistik im Verbands einzuföhren, erklärt, daß der Vorstand dieser Anregung nicht ablehnend gegenüberstehe. Bei Neubred der Formulare könnte eine derartige Statistik eingeföhrt werden, die gewissenhaft auszuföhren Sache der Kolonialverwaltungen sein müsse. Die gestrigen Ausführungen Stühmers hinsichtlich der Agitation in der Wäschbranche beziehen sich nicht auf Berlin III, sondern auf Aue im Erzgebirge. In seinem Schlußwort sagt Redakteur Sabath Verückichtigung aller durchführbaren Anregungen zu und ermahnt die Kollegen um tatkräftige Unterstützung der Redaktion. Der Antialkoholbewegung stehe er durchaus nicht unsympathisch gegenüber, nur vermöge er kein kompetentes wissenschaftliches Urteil darüber zu fällen. Sollten Kollegen solche Artikel zu schreiben imstande sein, so würden diese Aufnahme im Organ finden. Der Raumangel führe dazu, daß viele Einwendungen zurückgestellt werden müßten. Sollte alles Brauchbare Aufnahme finden, dann müßte das Blatt räumlich bedeutend erweitert und eine zweite Kraft angestellt werden.

Der Gesamt-Geschäftsführung wurde einstimmig Decharge erteilt.

Es wurden diese Anträge angenommen: „Es ist in der Zukunft bei allen Lohnbewegungen in der Uniformbranche darauf Rücksicht zu nehmen, daß für einzelne Orte und angrenzende wirtschaftlich zugehörige oder gleichartige Gebiete die Tarife einheitlich werden.“

„Die Forderung nach Vertriebswerkstätten soll mehr in den Vordergrund gestellt werden.“

„Der Vorstand wird beauftragt, zwecks Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage baldigst mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Verbindung zu treten.“

„Um für die Zukunft eine erfolgreichere Agitation betreiben zu können, wolle der Verbandstag eine neue, zweckmäßigere Gewerbez. Bezirkserteilung treffen. Eventuell sind von der Hauptkassse belohnte Bezirksleiter anzustellen.“

„In Anbetracht dessen, daß die innere Festlegung der Organisationsform eine der wesentlichsten Vorbereitungen für deren Schlagfertigkeit ist, und in der Erkenntnis, daß hierzu eine gute und planmäßige Beitragsleistung ein wichtiges Mittel ist, verpflichtet der Verbandstag sämtliche Filialen, der Beitragsleistung die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, eine Steigerung der Beitragsleistung herbeizuföhren.“

„Die Preiskommission wird aufgehoben. Etwaige Beschwerden über die Preise sind dem Ausschuß zu unterbreiten, während die Prüfung der Kassengeschäfte von den Hauptkassenrevisoren vorzunehmen sind.“

Dem Vorstande zur Verückichtigung überwiesen werden die Anträge betr. die Einberufung einer Uniformschneider-Konferenz, welche die Richtlinien für den Einheitslohn sowie die Taktik bei zukünftigen Lohnbewegungen in der Uniformbranche festzulegen hat, betr. die Anstellung einer weiblichen Agitationskraft für das ganze Reich, betr. die Einberufung einer Wäschearbeiter-Konferenz, damit diese die Taktik sowie die Grundzüge zwecks Erlangung einheitlicher Tarifforderungen usw. aufstellen könne.

Ferner wird dem Vorstande eine Resolution zur Verückichtigung überwiesen, welche verlangt, daß, wie im Herbst 1909, eine allgemeine Agitationstour mit vorhergehender Flugblattverbreitung in die Wege geleitet werde.

Zur Statutenberatung liegen 92 Abänderungsanträge vor, von denen die meisten die erforderliche Unterstützung erhalten. In der Generaldebatte erklärte sich ein Berliner Delegierter gegen jede Änderung der Beiträge und Unterstützungsätze. Ein anderer Redner schließt sich dieser Ansicht an und betont, daß der Kampfscharakter der Organisation stets im Vordergrund bleiben müsse.

Aus der Partei.

Ein neues Standlächen.

Seit dem März dieses Jahres bemüht sich die Genossin Luxemburg, den „Vorwärts“ zu zwingen, von ihr Notiz zu nehmen.

Damals hielt sie den Moment für gekommen, den Massenstreik in Szene zu setzen. Die Zeit der Demonstrationen sei vorbei, die des Massenstreiks gekommen. Einen Artikel, in dem sie dies forderte, lehnten wir ab, weil wir den Moment für schlecht gewählt zu einem Massenstreik hielten. Als die Genossin Luxemburg dann eine Agitationstour unternahm, nahmen wir von ihr nicht mehr Notiz, als von anderen derartigen Touren überhaupt.

Die Polemik, die sich hierauf zwischen ihr und Genossen Kautsky über den Massenstreik entspann, hielten wir nicht für sehr aktuell, da niemand in der Partei sich um die Aufforderung der Genossin Luxemburg zum Massenstreik kümmerte. Wir nahmen daher von dieser Polemik erst später Notiz, und dabei kam es durch ein Versehen infolge des Wechsels der Redakteure während der Ferien dazu, daß ein Referat über einen Artikel der Genossin Luxemburg an unrichtiger Stelle abgedruckt wurde.

Den Schluß dieser Polemik benutzte die Genossin Luxemburg dazu, in alle Welt hinauszurufen, die preussische Wahlrechtsbewegung sei tot, deswegen tot, weil vom Parteivorstand gebremst worden sei. Eine leichtfertiger Behauptung ist nie aufgestellt worden, denn sie steht vollkommen im Widerspruch zu den Tatsachen. Auf Grund dieser erfundenen Behauptung erhob sie eine schwere Anklage nicht bloß gegen den Vorstand, sondern gegen alle Parteigenossen, die das angebliche Wrensen des Vorstandes ohne Protest aufgenommen hatten; gegen alle Parteigenossen, die die Massenstreikagitation der Genossin Luxemburg nicht unterstützten, also gegen die ungeheure Mehrheit der Partei.

Es war unser Recht und unsere Pflicht, diesen der Wahrheit völlig widersprechenden Anwurf gegen unsere Partei, diese Verleumdung unseres Kampfes zurückzuweisen.

Das sind die Tatsachen, durch die sich die Genossin Luxemburg berechtigt glaubt, in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Angriff gegen unser, wie sie sagt, „ohnmächtig gehäufiges Gekleber voller Verdrehungen“ loszulassen, der durch seine Nahtlosigkeit, Ueberhebung und Bosheit selbst uns übertrifft, die wir bei der Genossin Luxemburg an starken Tabak gewöhnt sind.

Sie scheint sich entschlossen zu sein, um jeden Preis einen Skandal zu entfesseln, um zu verhindern, daß die badische Angelegenheit zum Mittelpunkt des Parteitag wird und nicht sie selbst.

Sie gibt vor, eine sachliche Diskussion über die Taktik des Wahlrechtskampfes herbeiführen zu wollen. In Wahrheit steuert sie mit allen Mitteln auf das struppelloseste darauf hin, den Parteitag zu einem wüsten Skandaltag zu gestalten.

Damit will sie die Agitation zu den Reichstagswahlen einleiten, für die sie nur noch Verachtung übrig hat.

Aber sie hat zu früh losgeschlagen. Die Parteigenossen wissen jetzt, woran sie sind und werden dafür sorgen, daß der Skandal auf dem Parteitag seinen Wunden findet.

Erklärung.

In dem oben erwähnten Artikel der „Leipz. Volksztg.“ beruft sich Genossin Luxemburg zum Beweise dafür, daß im März dieses Jahres dem „Vorwärts“ die Erörterung des Massenstreiks von den Parteifinanzern verboten gewesen sei, auf folgende Stelle aus einem ihr von mir geschriebenen Privatbriefe:

Leider kann ich Ihre beiden Artikel nicht aufnehmen, da nach einer Vereinbarung zwischen Parteivorstand, geschäftsführendem Ausschuß der preussischen Landeskommission und Redaktion zunächst die Frage des Massenstreiks nicht im „Vorwärts“ erörtert werden soll.

Genossin Luxemburg folgert daraus, daß ein „Verbot“ oder ein „Beschluß“ der Parteifinanzern vorgelegen habe. Ganz abgesehen davon, daß eine „Vereinbarung“ kein „Verbot“ ist, kann ich der Genossin Luxemburg zu ihrer Verurteilung mitteilen, daß selbst das in meinem Brief gebrauchte Wort „Vereinbarung“ nicht so zu verstehen ist, als wäre dem „Vorwärts“ irgendwelcher Zwang auferlegt worden. In einigen Aussprachen zwischen Redaktionsmitgliedern, dem Parteivorstand und dem Ausschuß der preussischen Landeskommission über die Wahlrechtsbewegung kamen vielmehr die Beteiligten sämtlich völlig zwanglos zu der Uebereinstimmung, daß vorerst am besten eine Propagierung des Massenstreiks im „Vorwärts“ unterbleibe.

Das ist der Vorgang, den Genossin Luxemburg zu einer Art Gewaltaktion aufbaut!

Ueber die Unanständigkeit, aus Privatbriefen Mitteilungen zu veröffentlichen, die dem Adressaten im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit gemacht worden sind, will ich mit Genossin Luxemburg nicht rechten, da ihr meines Erachtens das Gefühl dafür fehlt.

Heinrich Cunow.

Die Organisation in Baden.

Zu dem am Sonnabend und Sonntag in Offenburg tagenden Landesparteitag hat der badische Landesvorstand seinen ein und ein halbes Jahr umfassenden Bericht herausgegeben.

Die Zahl der Mitglieder betrug insgesamt am Schluß des Berichtsjahres 14 643, gegen 13 787 im Jahre 1908, darunter waren damals 834, jetzt 455 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Kreisen betrug: 1. Kreis 829; 2. Kreis 401; 3. Kreis 431; 4. Kreis 414; 5. Kreis 584; 6. Kreis 278; 7. Kreis 437; 8. Kreis 400; 9. Kreis 2315; 10. Kreis 1720; 11. Kreis 5941; 12. Kreis 1060; 13. Kreis 811; 14. Kreis 41. Von den 455 weiblichen Mitgliedern entfielen auf den 11. Kreis (Mannheim) 233; auf den 10. Kreis (Karlsruhe) 106; auf den 5. Kreis (Freiburg) 50; auf den 9. Kreis (Pforzheim) 28; auf den 12. Kreis (Heidelberg) 21. Die anderen Kreise zählten weniger wie sieben und drei Kreise hatten überhaupt keine weiblichen Mitglieder zu verzeichnen.

Der Massenbericht des Landesvorstandes zeigt in diesem 1/2 Jahre eine Einnahme von 50 069 M., worunter sich ein Darlehen von 12 000 M. befindet. Die Mitgliederbeiträge brachten der Landesklasse 21 880 M., der Verlag der „Volksstimme“ leistete 1500 M. und die Landtagsfraktion 1000 M. Wahlschub. Unter den Ausgaben verdienen erwähnt zu werden 10 149 M. Zuschüsse an die Bezirkssekretariate und 21 274 M. Zuschüsse zur Landtagswahl.

Die Parteipresse besteht aus der „Mannheimer Volksstimme“ für den 11., 12., 13. und 14. Reichstagswahlkreis, dem „Volksfreund“ in Karlsruhe für die übrigen Kreise, mit Ausnahme vom Kreis Pforzheim, der in der „Freien Presse“ ein eigenes Blatt hat, wenn es auch nur vorerst Kopfbild des „Volksfreund“ ist. Außerdem erscheint in Lörrach als Kopfbild der Walese „Vorwärts“, zweimal wöchentlich die „Volkszeitung“.

Ueber die Bürgerauswahlgewahlen heißt es in dem Bericht, daß die Partei mit dem Resultat sehr wohl zufrieden sein könne.

Ein Teil der Vertreter in den Gemeindeparlamenten habe freilich nicht immer mit der nötigen Geschicklichkeit die Parteinteressen vertreten. Dieser Uebelstand, so heißt es, dürfte bei einigem guten Willen und gegenseitiger Verständigung bald behoben sein. Um dies zu erreichen und gegenseitige Aussprachen zu ermöglichen, sind nach Reichstagswahlkreisen abgegrenzt, periodisch Gemeindevertreterkonferenzen einzuberufen, in denen Vorträge über unsere Stellung zur Gemeindepolitik gehalten werden, an die sich dann ein Austausch der gemachten Erfahrungen anschließen kann.

Die Gesamtzahl der Bürgerauswahlgewählten beträgt im ganzen Lande 1200. Davon sind gewählt in der ersten Wählerklasse 16, in der zweiten 100 und in der dritten 1150 Vertreter. Auf den Reichstagswahlkreis Mannheim entfallen hiervon 356, auf Pforzheim 422, auf Karlsruhe 170, auf Heidelberg 63, auf Lörrach-Mühlheim 55. Die anderen Kreise haben weniger, der 14. Kreis hat überhaupt keinen Vertreter. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte beträgt in neun Reichstagswahlkreisen insgesamt 63.

Der Bericht schließt mit den Worten:

Wir stehen vor neuen Kämpfen, die unter allen Umständen mit einem Siege für die sozialdemokratische Partei beendet werden müssen. Die Partei muß bei den nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen zeigen, daß trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten der Geist des gemeinsamen Zusammenwirkens als das höchste Ziel betrachtet wird. Hier muß die schon so oft erprobte Geflossenheit den Gegnern Respekt einflößen und die Wählergäste des isolierten Kapitalismus und seiner Helfershelfer zusehen machen. Dies kann und muß geschehen, wenn jeder Einzelne seine Schuldigkeit tut!

Wohlan denn, bilden wir getrost in die Zukunft. Zeigen wir durch unsere Einigkeit, daß jeder Ansturm der Gegner wirkungslos an dem Felsen des Sozialismus abprallt.

Auf zum Kampf! Auf zu neuen Siegen!
Nach die Sozialdemokratie!

Die Frankfurter Genossen gegen die Budgetbewilligung.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen die Frankfurter Genossen am Dienstag Stellung zur Budgetbewilligung in Baden. Dr. Quard als Referent führte aus, daß man die Angelegenheit nicht nur vom Gesichtspunkt des Disziplinbruchs behandeln dürfe, sondern vom prinzipiellen Standpunkt aus. Da komme er zu dem Schluß, daß auch in den Bundesstaaten die Waffe der Budgetverweigerung angewandt werden muß als Antwort an das reaktionäre Preußen, das ja in den Bundesstaaten nur

Willen seiner absolutistischen Regierung hat. Die Badener Parlamentarier mögen in gutem Glauben gehandelt haben, ihre Taktik ist aber grundfalsch. In Zukunft müsse mehr Konner zwischen den norddeutschen Genossen und Süddeutschland hergestellt werden; der Parteivorstand habe sich mehr um diese Staaten zu kümmern und süddeutsche Genossen müssen mit in den Parteivorstand delegiert werden. Von einer Gewalttaktik in Magdeburg rate er ab, die Badenser müssen einsehen, daß ihre Taktik verfehlt war und in Zukunft anders handeln. Um sie das nicht, stellen sie sich selbst außerhalb der Partei. Genosse Heiden nahm sich der badischen Genossen an und meinte, daß man mit Resolutionen wie die Nürnberger nicht weit komme. Eine Taktik müsse nicht für alle Bundesstaaten. Der Erfolg sei der Stadtmesser der Taktik und dieser spreche für die badischen Genossen. Ganz so wie es Laack hingestellt habe, sehe es in den süddeutschen Staaten nun doch nicht aus, diese seien Preußen in vielen Beziehungen über. In Magdeburg müsse die Nürnberger Resolution aufgehoben werden. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen die Genossen Löwenstein, Dr. Sedel, Elbert und Schmid im Sinne des Referenten. Elbert meinte, nach allem was vorgefallen sei, könne man an den guten Glauben der badischen Genossen bald verzweifeln. Die Stegmüllererei müsse endlich aufhören. Lange nach Mitternacht fand die Versammlung erst ihr Ende mit der Annahme folgender Resolution des Genossen Quard:

Die Bewilligung des gesamten Staatsbudgets für 1910/12 mit seinen monarchischen, polizeilichen und kirchlichen Ausgaben durch unsere badische Landtagsfraktion ist als ein schwerer politischer Fehlschritt dieser Parteiorganisation zu bezeichnen, da wieder die badische Regierung, noch der badische Liberalismus der Arbeiterklasse des badischen Landes irgendwelche Zugeständnisse von politischer oder sozialer Erheblichkeit gemacht haben und auch gar nicht machen können oder wollen. Die bloße parlamentarische, und wahrscheinlich nur vorübergehende Matschung des Zentrums kann keine Entschädigung dafür sein, da sie in erster Linie dem Liberalismus nützt und Liberalismus wie Zentrum in ihrem zielbewußten Kampfe gegen die Arbeiterbewegung durchaus übereinstimmen.

Die badische Landtagsfraktion irrt auch, wenn sie meint, daß ihre praktische Mitarbeit im Landtage das Bekenntnis zu unseren revolutionären Zielen ausschliesse und zu Konsequenzen, wie die Budgetbewilligung, führen müsse. Gerade die Sozialdemokratie hat vielmehr als einzige Partei die Möglichkeit, reformistisch und revolutionär zugleich auch im Parlament zu wirken. Sie kämpft durchaus ehrlich für möglichst hohe Abschlagszahlungen an das verfallende Volk bei jeder Gesetzgebungsmaterie, und sie betont ebenso ehrlich und konsequent, wie weit jene Abschlagszahlungen heute den kulturellen Bedürfnissen der mit Kopf und Hand arbeitenden Volksmassen zurückbleiben müssen, so lange das Lohnsystem und infolgedessen die politische Klassenherrschaft bestehen.

Die Hofgänger der badischen Landtagsfraktion vollends ist eine, weder die badischen Genossen, noch den badischen Landesfürsten, der sie anheimt, ehrende Bezeichnung, die nicht einmal in der bürgerlichen Geschäftsordnung des badischen Landtages eine Entschädigung findet.

Die Genossen gerade der kleineren und schwächeren Staaten des Deutschen Reiches haben vielmehr doppelte Ursache, dem übermächtigen preussischen Junker- und Scharfmachtum gegenüber nicht auf ständige parlamentarische Augenblickserfolge, sondern allein auf die geschlossene Kampffront der deutschen Sozialdemokratie zu vertrauen, die selbst nach zahlreichen bürgerlichen Bekenntnissen der einzige dauerhafte Schutz Nord- und Süddeutschlands gegen die preussische Verjunkerung und für unsere kulturelle Zukunft ist.

Dem bevorstehenden deutschen Parteitag wird daher erwartet, daß er die irrenden badischen Genossen mit dauerndem Erfolg in die durch den unermüdlichen Klassenkampf gegebene, einheitliche Schlußlinie des kämpfenden Proletariats zurückföhrt und sie von ihren verhängnisvollen Fehlschritten überzeugt, so daß sie wieder als disziplinierte Schar in Reich und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse von wirtschaftlicher und geistiger Knechtschaft mitkämpfen.

Die Breslauer Genossen zur Budgetbewilligung.

In zwei Versammlungen behandelten die Breslauer Genossen die badische Angelegenheit. Es sprachen in mehr oder minder scharfer Weise gegen den Disziplinbruch beziehungsweise gegen die Budgetbewilligung die Genossen Reulrich, Littra, Heymann, Stöhr, Wiener, Seibold, Albert, Schüller, Scholia, Ritter, Schüb und Böbe.

Genosse Böbe führte aus, daß der Disziplinbruch der Badenser noch augenfälliger und deshalb unangenehmer gewesen wäre, wenn ein Teil der Fraktion für und ein Teil gegen das Budget gestimmt hätte. Schon um das zu verhindern, müssen die Beschlüsse der Parteitage hochgehalten werden, wenn es auch richtig sei, daß früher schon Disziplinbrüche vorgekommen sind, zum Beispiel in Leipzig. Die Hofgänger erscheinen dem Redner überhaupt unentschuldigbar, als einzige republikanische Partei in Deutschland sollen wir schon um unseres guten Ansehens willen solche Dinge unterlassen. In der Budgetfrage an sich, losgelöst von den einmal gültigen Beschlüssen, steht Redner auf dem Standpunkt, daß die Ablehnung eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist. Nur haben die Badenser diesmal sehr wenig triftige Gründe für die Budgetbewilligung vorbringen können. Schon wenn die Nürnberger Resolution das Stimmen fürs Budget unter gewissen Umständen zuläßt, nimmt sie der Sache ihren prinzipiellen Charakter. Immerhin sei für eine oppositionelle Partei die Abstimmung gegen das Budget von einer hohen demonstrativen Bedeutung. Wir sollten es immer den Landesorganisationen überlassen, zu entscheiden, ob sie den demonstrativen Wert der Ablehnung oder den taktischen Wert einer ausnahmsweisen Zustimmung höher einschätzen. Redner bewirft die in gefühligem Tone abgefaßte Hamburger Resolution. Wir sollen nicht immer einen Galgen aufstellen mit der Drohung: Hier werden die Sünder aufgehängt! Schließlich, wenn es mit der Ausschließerei einmal anfängt, dann hört es nicht mehr auf. Und wenn wir noch so viel Sünder ausschließen, im übrig bleibenden Rumpfe werden sich immer Gegensätze bilden, das liegt in der natürlichen Entwicklung. Redner ist der Ueberzeugung, daß die Nürnberger Resolution in zehn Jahren nicht mehr existieren wird, im gegenwärtigen Augenblick aber ist nicht zu verlangen, daß sich die große Mehrheit der Rinderheit unterordnet. Er empfiehlt deshalb eine Resolution, die das Nachgeben beiden Seiten nahelegt:

Die Versammlung bedauert den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion, der geeignet ist, die Schlagkraft unserer Partei zu schwächen, sie verurteilt die Hofgänger als unvereinbar mit unseren republikanischen Anschauungen und hofft, daß der Magdeburger Parteitag Mittel und Wege finden wird, um die einheitliche Kampffront der deutschen Sozialdemokratie für die Zukunft zu sichern.

Nach der eingehenden Diskussion, in der das Verhalten der Badenser zwar scharf verurteilt wurde, kam es zur Abstimmung. Es lagen vier Resolutionen vor. Die meisten Stimmen — 99 — erhielt die Hamburger Resolution, die am allerstärksten gegen die Badenler und ihre revisionistische Politik Stellung nimmt; für die Resolution Böbe stimmten 84, für eine stärkere Alberts 80 und für die Berliner 18 Genossen. Der Antrag, keine Resolution anzunehmen, erhielt 17 Stimmen.

Brandenburger Kreisconferenzen.

Die Kreisconferenz der Ohrignitz, die in Prignitz stattfand, war von 13 Delegierten aus vier Orten besetzt. Außer den Vorstandsmitgliedern waren noch anwesend Genosse Lautant von der Agitationskommission, A. Schmidt vom Provinzialsekretariat, Katho vom 6. Wahlkreis und der Kandidat des Reiches Genosse Henschold. — Zu dem Bericht, der vervielfältigt

vorlag, gaben noch eingehende Erläuterungen der Kreisvorsitzende, Genosse Striebing, und der Kassierer, Genosse Wehland. Danach beträgt die Mitgliederzahl in dem rein ländlichen Kreis jetzt 120. Der Kalender wurde in 8000 Exemplaren (und außerdem 12 400 Flugblätter) im Kreise verbreitet und zwar zum erstenmal ohne Mittels auswärtiger Genossen. Das Parteiblatt wird in 60 Exemplaren gelesen. Einnahme und Ausgabe schließen mit 1144,23 M. ab. Der Terrorismus und die Gewaltverhaftung wird in diesem Junkerlordorado in Reinkultur geübt. Bei der überall geübten Saalabtreiberi konnten oft nicht einmal Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden, wo dies aber möglich, mußten hohe Mietpreise für die Grundstücke gezahlt werden. Ingesamt konnten deshalb nur zwölf öffentliche Versammlungen im Kreise abgehalten werden.

Ueber den bevorstehenden Reichstagswahlkampf referierte Genosse Henschold unter Berücksichtigung der derzeitigen politischen Situation, wobei auch der Badener Disziplinbruch scharf kritisiert wurde. Nach allgemeinem zustimmender Debatte schloß sich die Kreisconferenz einmütig der Berliner Resolution an. — Genosse Lautant referierte über Agitation und Organisation. Nach eingehender Debatte und Erledigung einiger Anträge, wurde einmütig wieder Prignitz als Sitz des Kreisverbandes bestimmt. Gewählt wurden: Striebing als 1. Vorsitzender, Bartels als 2. Vorsitzender, Jaum als Kassierer, Wehland als Schriftführer. Die Auskunftsleistung wurde wieder Gen. Bartels übertragen.

Als Delegierter zum Parteitage wurde Gen. Henschold gewählt, zur Provinzialconferenz wurden Striebing, Prignitz und Meyer-Wittstock delegiert. Erjajmann ist Blum-Regenburg.

Reichstagskandidatur.

Für den vierten hannob. Wahlkreis, Osnabrück, wurde von der Kreisgeneralversammlung der Genosse Arbeitersekretär Vesper als Kandidat aufgestellt.

Der Eintritt in ein Koalitionsministerium.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Man hat mich auf einen Artikel im Augustheft der „Sozialistischen Monatshefte“ aufmerksam gemacht; in diesem Artikel — „Internationale Beschlüsse und ihr Anspruch“ — wird folgende Behauptung aufgestellt:

„Man weiß, daß in der dänischen Sozialdemokratie die Absicht bestand, falls die vor kurzem dort vorgenommene allgemeine Wahl zum Folkething eine Mehrheit von entschiedenen Linkradikalen und Sozialdemokratie ergäbe, in die Bildung eines Koalitionsministeriums aus Sozialisten und jener Partei einzuwillingen.“

Diese Behauptung ist durchaus falsch. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie in Dänemark einen Kongreßbeschluß von 1908, in dem es heißt:

„So lange die Partei nicht die absolute Majorität im Folkething besitzt, weist die Sozialdemokratie einen jeden Gedanken auf die Teilnahme an einem Ministerium zurück.“

Auf dem Kongreß im April 1910, wo die bei der damals bevorstehenden Wahl zum Folkething einzuschlagende Wahltaktik behandelt wurde, kam die Frage betreffend die Uebernahme der Regierung zur Sprache und es wurde hierbei unterstrichen, daß der Beschluß von 1908 selbstverständlich auch weiterhin geltendes Gesetz sei, und von keinem Delegierten zum Kongreß oder überhaupt von Seiten der Partei wurden Äußerungen gebraucht, welche der Behauptung in den „Sozialistischen Monatsheften“, innerhalb der dänischen Sozialdemokratie habe die Absicht bestanden, in ein Koalitionsministerium einzutreten, eine Verächtigung geben könnten.

Kopenhagen, den 17. August 1910.

L. Staining,

Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Verbandes in Dänemark.

Aus Industrie und Handel.

Werkzeugproduktion.

Die Herstellung von Kriegsmaterial aus Flußeisen und Flußstahl hat in Deutschland während der letzten zwei Jahrzehnte einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre ist die Herstellung von Kriegsmaterial aller Art auf reichlich das Dreifache gebracht worden, und der Wert der hergestellten Geschütze, Geschosse usw. ist noch viel stärker in die Höhe gegangen. Während im Jahre 1889 die Herstellung von Kriegsmaterial aller Art aus Flußeisen und Flußstahl erst 11 900 Tonnen betrug mit einem Wert von 14,63 Millionen Mark, stellte sich die Menge des im Jahre 1908 erzeugten Kriegsmaterials auf 25 800 Tonnen, der Wert auf 7,13 Millionen Mark. Dabei befand sich die Herstellung von Kriegsmaterial im Jahre 1908 in einer rückläufigen Kurve, nachdem sie in den Jahren 1906 und 1907 äußerst kräftig ausgedehnt worden war. Im Jahre 1906 betrug die Produktion 46 400 Tonnen im Werte von 61,75 Millionen Mark, im Jahre 1907 46 800 Tonnen im Werte von 65,64 Millionen Mark. Vergleicht man die Produktionsmenge von 1906 mit der von 1889, so ergibt sich eine Steigerung der Menge um nahezu das Vierfache, eine Steigerung des Wertes um 350 Proz. Die Zunahme ist demnach hier bei der Menge größer gewesen.

Für Nord- und Zerstörungswerkzeuge, sowie für Liebesgaben hat das Vaterland Geld in Fülle und Fülle, Witwen und Waisen aber müssen hungern und darben, weil kein Geld da ist.

Der Dortmunder Bankrott

Aus der letzten Gläubigerversammlung ist noch folgendes mitzuteilen: Die Passiva einschließlich der Privatschulden Ohms und seiner Verpflichtungen aus Bürgschaften, die aus Konsortialverträgen herrühren, sowie der Regressforderungen betragen etwa 20 000 000 M. Die Aktiva stellen sich auf 160 000 M., so daß voraussichtlich nicht einmal eine Dividende von 1 Proz. in der Masse liegen würde. Die noch minderjährigen Kinder Ohms verfügen über ein Vermögen von über 600 000 M. Hierunter befindet sich ein Vorkauf von 88 000 M. Ferner besitzt die elfjährige Tochter Schmutzgenstände im Werte von über 60 000 M. und zwar ein Smaragd-Kollier von 20 000 M. und ein Perlen-Kollier von 82 000 M. Der Konkursverwalter wird alle Vermögensstücke der Ander anfechten, um sie in die Masse zu ziehen.

Aus den bisherigen Verhandlungen ergaben sich für Ohm Akzept-Verpflichtungen von weit über 6 000 000 M., von denen ein großer Teil schon seit 8 1/2 Jahren läuft.

Bei der Wahl des Gläubigerausschusses protestierte der im Auftrage der Staatsanwaltschaft in der Untersuchungssache gegen Ohm tätige Bücherrevisor Schröder-Dortmund gegen die Wahl eines Vertreters der Berliner Handels-Gesellschaft unter der Motivierung, daß gegen die Handels-Gesellschaft sehr schwere Vorwürfe erhoben wurden, die noch Gegenstand der Untersuchung seien. Die Versammlung sah infolgedessen von der Wahl eines Herrn der B. H. G. ab.

Vorbereitungen.

Je umfangreicher der Staatsbetrieb, um so mehr wird er auch das Objekt moderner Plünderer. Der allgemeine Steuerfidel reizt zu Attentaten, die oft Riesenerlöse einbringen, ohne strafbar zu sein. Nun bereiten sich auch die Mineralöl-Raffinerien, die Eisenbahnachsendl herzustellen, auf einen gründlichen Fischzug vor. Der „Hannov. Cour.“ meldet: Sämtliche Raffinerien haben sich verpflichtet, den gesamten, zur Herstellung von Eisenbahnachsendl benötigten Bedarf an Rohöl ausschließlich von den Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerken oder den Mineralölwerken F. Saigge u. Co. zu beziehen. Die Gründung des Kartells geschieht kurz vor dem Zeitpunkt, zu welchem die Eisenbahnverwaltung den Bedarf an Eisenbahnachsendl in öffentlicher Verdingung auszuschreiben beabsichtigt. Der preussische Staat wird also gezwungen sein, in Zukunft wieder sehr hohe Preise für das Achsendl anzulegen, wenn er nicht andere Mittel und Wege findet, seinen Bedarf billiger einzudecken. Auch das deutsche Rohölgewerbe wird durch das Abkommen stark geschädigt, weil die Gewinner in Zukunft nicht in der Lage sind, ihr Rohöl an die Raffinerien unmittelbar zu verkaufen, sondern ganz auf Gnade und Ungnade den Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerken und ihren verbündeten Freunden, den Mineralölwerken F. Saigge u. Co., ausgeliefert sind.

Das Südbahnproblem in Oesterreich.

In einem Artikel der Zeitschrift „Kampf“ beschäftigt sich Reichsratsabgeordneter Genosse Dr. Ellenbogen-Wien mit der Südbahn, der größten Privatunternehmung im Lande. Trotz aller möglichen Ersparnismaßnahmen und Steuerbegünstigungen hat das Unternehmen 1909 bei einem Umsatz von 300 Millionen einen Defizit von 7,3 Millionen. Der Staat konfessionierte 1886 ein Konsortium der Rothschilds zum Bau und Betrieb der Lombardisch-italienischen Bahn, und er verkaufte an Rothschild dazu 52,8 Meilen betriebfertiger Bahn, die 53 Millionen Gulden gekostet hatten, für — 35 Millionen. Da von dem Gesellschaftskapital von 120 Millionen Gulden erst 30 Proz. = 36 Millionen eingezahlt waren, gab man 1888 schon 31,5 Millionen Obligationen mit einem Begebungserlös von 45 Proz. aus. Man hielt die Aktienzahlung zurück, um den Gewinn nicht zu sehr verteilen zu müssen und verdiente natürlich mächtig an den so sehr billig verkauften Obligationen, deren Verzinsung statt 8 Proz. an die 8 Proz. betrug. Solche Obligationen mühten natürlich ein vorzügliches Spekulationspapier werden und solche Prospektus lödte das Kapital an. Nun verflopfte der Finanzminister Druck weitere Emissionen, die 138 Millionen gekostet hatten, für 100 Millionen. Die Zahlungsbedingungen sind derart, daß die Südbahn darauf noch heute 18 Millionen Kronen schuldet! Jahrzehntelang blieb die Wiesenfeld unverzinst — der geldbedürftige Staat mußte den Banken noch Staatsanleihen verzinsen! Die blühende Schwindelhölle schwand aber bald, statt der großartigen Dividenden war 1884 das Defizit da. Wieder gab man Obligationen zu — 47,4 Proz. aus, 1885 schloß mit 39 Millionen Gulden ab. Nun gab man Bonds einer schwebenden Schuld aus, deren wirkliche Verzinsung 10,6 Proz. betrug, konvertierte sie dann wieder in Obligationen um... Diese Geschäfte trugen den Rothschilds die Kleinigkeit von 153,3 Millionen Gulden ein! Dabei waren die Baukosten auch noch merklich hoch. So wurde stets fortgemittelt, das Viktrauen der Aktionäre durch neue Bauten und — neue Obligationen bestärkt; die Dividende sank immer weiter, seit 1900 ist sie null. In der Südbahn sind nominal 2.819.000.000 Frank investiert, wofür sie in Wahrheit bloß 1.590.000.000 Frank erhielt — der Disagioverlust ist also 1.229.000.000 Frank! — die Bahn hat doppelt so viel zu verzinsen, als sie bekam! Die 80 Millionen Verzinsung des Disagios ist das gehrende Uebel am Ratz des Unternehmens.

Zu dem Uebel der Südbahn trug auch der nach dem Verlust Lombardo-Venetiens an Italien von der italienischen Regierung durch alle möglichen Schikanen erzwungene, sehr nachteilige Verkauf der italienischen Linien bei (1875). Bis 1909 erhält die Südbahn von Italien eine jährliche Rente von 31.500.000 Lire, bis 1908 18,8 Millionen Lire. Ferner kam die Südbahn nach 1899 auf das Gebiet der zwei selbständigen Staaten Oesterreich und Ungarn zu liegen. Auch durch die Währungsreform von 1892 erlitt die Bahn einen großen Schaden. Der letzte Stoß war die Eröffnung der neuen Alpenbahn, die natürlich der bis dahin von der Südbahn monopolisierten Verbindung mit Triest arge Konkurrenz machen bezw. den süddeutsch-adriatischen Verkehr gänzlich von ihr ablenken haben. Auch der türkische Boykott österreichischer Waren, die Aufhäufung großer Kohlenvorräte anlässlich der Kriegsgefahr, die Fahrkartensteuer mit ihrer Reduzierung des Personenverkehrs, all das hat die Bahn weiter geschädigt.

Von den vielen Sanierungsmöglichkeiten scheint Ellenbogen nur die Verstaatlichung ernstlich Erwägung wert; sie würde aber fordern, daß die Prioritäre erhebliche Opfer durch Reduzierung des Obligationenwertes bringen. Ellenbogen meint, Frankreich müßte hier im Interesse seiner Südbahngläubiger Ungarns Zustimmung zur Verstaatlichung zur Vorbedingung der Zulassung der neuen ungarischen Anleihe auf dem französischen Markt machen.

Das ganze Problem ist für die österreichische Volkswirtschaft sehr wichtig, und es ist zudem aktuell, weil der Südbahn nur

bis Ende 1910 die Erhöhung ihrer ohnehin hohen Tarife gestaffelt wurde und die Abgeordneten der an der Südbahn gelegenen Gebiete der Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß der Zustand nicht verlängert werden dürfe.

Vermischtes.

Das Massensterben im Zarenreich.

Nach den offiziellen Mitteilungen hat die Choleraepidemie in Rußland grauenhafte Dimensionen angenommen. Das Bulletin Nr. 12 der Antiseptikkommission, dessen Angaben natürlich bei weitem nicht vollständig sind, gibt die Zahl der vom 1. Januar bis 17. Juli an der Cholera Erkrankten mit 57.720 an, von denen 25.584 gestorben sind. Wenn in Betracht gezogen wird, daß in der letzten Woche der Berichtsperiode allein 15.244 Personen erkrankt und inzwischen keine eingreifenden Mittel gegen die Cholera getroffen worden sind, so geht man nicht fehl, wenn man die Zahl der Erkrankungen im laufenden Jahre auf 90.000 schätzt. Aber selbst die offiziellen Zahlen stellen eine furchtbare Anklage gegen das herrschende zaristische Regime dar, dessen Bureaucratie sich auch in diesem Falle als durchaus unfähig und korrupt erweist.

So sind im Kubangebiet in der Berichtszeit erkrankt 12.168 Personen und gestorben 6310, im Dongebiete erkrankt 9686 und gestorben 448 usw. Die hier angegebene Sterblichkeitsziffer von 50 Proz. ist überhaupt in den Choleraherden die minimalste. In einigen Bezirken des Kubangebietes (Kawkasch, Gysch, Rabinok-Bezirk) erreicht die Sterblichkeit die Höhe von 60 bis 65 Proz., d. h. eine solche Höhe, wie nur in sehr entfernten Zeiten, wo man überhaupt nicht wußte, mit welchen Mitteln der Cholera entgegenzutreten sei.

Die „konstitutionelle“ Regierung Nikolaus II. hat aber auch alles mögliche getan, damit das Volk etwa in derselben Weise die Seuche „bedämpfe“, wie zur Zeit Michael Romanow oder Iwan des Schrecklichen. In Not und Unwissenheit zurückgehalten, von wütenden Popen und Volkserbändlern aufgehetzt, voll Mißtrauen gegen alles, was von den „Herren“ kommt, begeht das Bauerntum vielerorts Ausschreitungen gegen die Aerzte und das ärztliche Hilfspersonal, die an einigen Stellen schon gezwungen sind, mit militärischer Bedeckung im Krankheitsbezirk umherzureisen.

Wie auf allen Gebieten, hat auch hier der wohnsinnige Oblestet Satrap Tolmatshov den Rekord der Administratorenverblödung geschlagen. Nachdem er zuerst verboten, über die Cholera in den Zeitungen zu schreiben und dann Repressivmaßnahmen gegen die jüdischen Korzte ergriff, hat er nun mit der Geistesfreiheit Vereinbarungen getroffen, eine Reihe von Kreuzzügen durch die Stadt zu veranstalten und den Himmel um Befreiung von der Pest und der Cholera anzufluchen. Sie schlugen uns mit ihren Kanonen und wir sie mit unseren Gebeten! Spöttelte General Dragomirov während des russisch-japanischen Krieges. Diefelbe Taktik haben General Tolmatshov und Konsorten im Kampfe gegen die inneren Schwierigkeiten beibehalten.

Verstümmelter Dampfer.

Der Segler „Santa Francisca“, der am 2. August von Marseille mit der Bestimmung nach Caen abgegangen war, ist spurlos verschwunden. Der Segler wurde zum letzten Male am 5. August im Golf von Cabalar gesehen, wo er an der Küste infolge starker Havarien, die durch das schlechte Wetter hervorgerufen waren, Anker warf. Man nimmt an, daß das Schiff auf den Felsen in der Nähe von Kap Camarat gestrandet und mit Mann und Maus untergegangen ist. Die ganze Besatzung soll verloren sein.

Im Aeroplan über Wien.

Am Donnerstagmorgen hatten die Frühhauffeher der Stadt Wien das interessante Schauspiel eines Aeroplanfluges über der Stadt. Der österreichische Flieger Warchalowsky war mit seinem Apparat um 6 Uhr 20 Minuten von dem Flugfelde Wiener Neustadt aufgestiegen und nahm die Richtung nach Wien. Dort umflog er mehrere Male den Stefansturm. Um 6 Uhr 50 Minuten traf Warchalowsky von seinem Ausflug auf dem Flugplatz wieder ein, wo er mit seinem Aeroplan glatt landete. Mit dem Fluge hat Warchalowsky die in Oesterreich bisher beste Leistung durchgeführt.

Die Gefahren der Polarforschung.

Nach einem Telegramm des dänischen Vizekonsuls in Tromsø an das dänische Ministerium des Aeuheren berichtete die Eismeer-

jacht „Laura“ bei ihrer Rückkehr von Ostgrönland, daß das Expeditionsschiff „Alabama“ des dänischen Forschungsfreisenden Mikfelsen im Laufe des Winters gesunken ist. Die Mannschaft hat sich zu retten vermocht und auf der Shannon-Insel überwintert. Sie wird entweder vom Kalesunder Motorboot, das in Germaniahafen liegt, oder von der hiesigen Eismeerjacht „Minerva“, die sich am 8. August vor der Shannon-Insel befunden hat, abgeholt werden.

Verkehrsunfälle.

Auf der Straße nach Leberfeld in Lothringen versagte an einem Vergabhang die Dremborrichtung eines Automobils. Das Fahrzeug sauste den Berg hinab und stürzte schließlich vollständig zertrümmert in einen Graben. Der Chauffeur, der von dem Gefährt absprang, wurde erheblich verletzt, desgleichen vier Damen, welche sich in dem Automobil befanden. Der Begleiter der Damen blieb unverletzt.

In der Nähe von Lauffac im französischen Departement Aveyron stürzte ein Fuhrwerk, dessen Pferde vor einem Automobil scheuten, in einen Abgrund. Fünf Insassen wurden schwer verletzt.

Kleine Notizen.

Bergmannslos. Auf der Höhe König Ludwig in Redlingshausen erfolgte eine Schlagwetterexplosion. Ein Arbeiter wurde tödlich, drei schwer verletzt.

Beim Wettrennen gestürzt. Auf dem Offizierrennen im Sennelager (Westfalen) ist der Rittmeister Papen vom 5. Ulanenregiment tödlich verunglückt. Er stürzte mit seinem Pferde und erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch.

Dem Richter überliefert. In Münster in Westf. ist gestern morgen der Stallschweizer Stephan Jungmann aus Holland hingerichtet worden, der wegen der Ermordung der Dienstmagd Amtermann vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war.

Drei Frauen erstickt. Infolge eines auf der Treppe des Hauses Mühlengrund 2 in Königshergl. Fr. in der Mittwochnacht ausgebrochenen Feuers sind drei im Dachgeschoss des Hauses wohnende alte Frauen erstickt. 15 andere Bewohner der oberen Stockwerke konnten gerettet werden oder sprangen selbst aus den Fenstern auf den Hof. Hierbei erlitt eine Frau schwere Verletzungen.

Die Stiefmutter erstickt. In Oelsch in Pommern hat in der Nacht zum Donnerstag der 42 Jahre alte Weber Robert Werbetz seine 77 Jahre alte Stiefmutter mit einem Weile erschlagen und ist darauf gestürzt. Die Tat soll auf Familienzwistigkeiten zurückzuführen sein.

Durch eine Feuerbrunst sind gestern früh in Eibenstock im Königreich Sachsen elf Wohnhäuser eingedäschert worden. Ein Feuerwehmann erlitt bei den Löscharbeiten schwere Verletzungen.

Som Zuge gerammt. In der Nähe von Forest in Belgien wurde eine Frau mit ihrem Kinde beim Ueberfahren eines Bahnüberganges von einem heranbrausenden Zuge erfasst und gerammt.

Cholera in Italien. In der Provinz Apulien fordert die Cholera zahlreiche Opfer. Nach den vorliegenden Meldungen sind an der Seuche bisher 50 Personen gestorben. Auch in den Distrikten Bari und Foggia sind mehrere Choleraerkrankungen zu verzeichnen.

Ein Großfeuer hat das Fabriksviertel von Jersey City im Staate New York zerstört. Der Schaden wird auf etwa 2 Millionen Dollars geschätzt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 47. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Bismarck und Cabour. — Japanisch-amerikanische Probleme. Von S. Katsuyama (Toho). — Zur Genossenschaftsfrage. Von Helma Steinbach. — Ein nationalökonomischer Vorschlag. Von S. Redem. — Ein Niesenkampf auf den deutschen Schiffswerften. Von Gustav Becker (Berlin). — Löhne, Kranenfeld und Preissteigerung. Von J. Fröhlich. — Zur Nahrungskette. Von Rosa Kurumburg. — Schlußwort. Von H. Kautsky. — Literarische Rundschau: Giles H. Die Elektrizität als Triebkraft in der Großindustrie und die Frage der Kraftversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von Richard Wolff. — Feiertagskalendarium.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Von der Verlagsanstalt: Bedel, Aus meinem Leben sind soeben die Schlushefte 12 bis 14 zur Ausgabe gelangt.

Preis der von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte 10 Pf. Kalibrierte Köpfe. Glossen zum Fall Klentz. Von H. D. Weber. 50 Pf. Weber-Haus, Berlin NW. 39. Hierer Jahresbericht des Parteisekretariats Jena für die Wahlkreise Weimar III, Neuh Jüngere und ältere Linie. Vom 1. April 1909 bis 30. Juni 1910.

GEGRÜNDET 1867



Kein Kaufzwang!

Um Besichtigung der Waren wird gebeten!

Grosser Saison-Räumungs-Verkauf

Um mit den Vorräten der diesjährigen Sommer-Saison zu räumen, haben wir grosse Bestände von Schuhwaren aus unsern sämtlichen Geschäften herausgezogen und stellen diese grossen Vorräte im Hauptgeschäft, Jerusalemer Str. 38-39, zum Verkauf. Es bietet sich daher für jedermann eine wirklich günstige Gelegenheit, moderne erstklassige Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder aus durchweg bewährten Qualitäten ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu enorm billigen Preisen zu erwerben.

Der Verkauf beginnt am Montag, den 22. August und findet nur Jerusalemer Strasse 38-39 statt

Man beachte das Sonntags-Inserat!

95

Jandorf's

95

Woche

Spittelmarkt Bolle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Heute Freitag und morgen sonnabend

Fortsetzung und Schlussverkaufstage

Man verlange bei Einkäufen Rabattmarken — Beachten Sie unsere Schaufenster

Theater und Vergnügungen

Freitag, 19. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Königl. Opern-Theater.
Pignon.

Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Simon und Delila.
Kammerstücke. Liebeswälder.

Leffing. Das Konzert.

Berliner. Lulu.

Romische Oper. Tiesland.

Kleines. Nur ein Traum.

Neues. Kasernenluft.

Reffend. Im Taubenschlag.

Neues Schauspielhaus. Raffes.

Weska. Die geschiedene Frau.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Schiller u. Sauer. Theater.)
Die Heiner Nisch.

Schiller. Charlottenburg. Die zärtlichen Verwandten. In Zivil.

Berliner Volksooper. Der Flieger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Luffen. Auf der Goldwage.

Geibel. Dem gehört Helene?
Der Stuh auf der Reboute. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.

Herrnfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei daselbe tun.

Role. Ein seltsamer Fall.

Tranon. Pariser Witwen.

Hollis Gayrice. Die böse 18. — Die feische Leichte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Polat. Lebenswellen.

Pahlmann. Im Ohr und Nede.
(Anfang 1/2 Uhr.)

Metropol. Hallo!! — Die große Revue.

Wpols. Spezialitäten.

Vonage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Prater. Schützenlied.

Schweizer-Garten. Spezialitäten.

Elternlos.

Max Allen. Spezialitäten.

Volks-garten. Spezialitäten. Die Jagd nach dem Schwiegersohn.

Urania. Taubenschlag 48/49.
Abends 8 Uhr: Streifzüge durch Norwegen.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonnabend 8 Uhr: Zantris der Narr.
Sonntag 8 Uhr: Das Konzert.
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 R. 2c.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Täglich:

Kasernenluft.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Volksooper.
Heute 1/2 Uhr:
Castspiel des Neuen Schauspielhauses:
Der Flieger.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akt. von A. R. Blüner u. A. Bedantsch. Musik v. Franz Lehar.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr: Auf der Goldwage.
Schausp. in 5 Akt. v. Stahl u. Ritterfeldt.
Sonnabend 8 Uhr: Der Graf von Monte Christo.
Sonntag 8 Uhr: Der Graf von Monte Christo. 8 Uhr letzte Sonntag: Aufführung: Auf der Goldwage.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Prof. Bjarno Smith aus Bergen:
Streifzüge durch Norwegen.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Anststellungshalle am Zoo.
Täglich 6—11 Uhr:
Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4—7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen Bulldog-Tingeltangel.
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-Programm.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schalts.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr die kolossal-Attraktionen.
5 Schönheiten :: 5
Tänzerinnen Korinnas.
Schimpanse — Orang-Utan als Landeabnehmer.
Lilly Walter Schreiber, der größte kleinste Varietés-Stern.
Juliettes Seelöwen.
Demokritos, die letzte Neusch. u. das weitere Sensationprogramm.

Reichshallen-Theater.
Von nun an, täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
montags 8 Uhr
sonntags 7 Uhr

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Die kleinen Nieu.
Romische Oper in 3 Akten von Resfager. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Der Frolschütz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die kleinen Nieu.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Undine.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Postillon von Lonjumeau.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Taubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe Vorstellung.
Sommer-Preise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Hohe Frankfurter Str. 132.
Ein seltsamer Fall.
Vant. Schauspiel in 4 Akten von Morion und Gumbier.
Anfang 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-vorstellung, Spezialitäten. (Neues Programm.) Anfang 4 1/2 Uhr.

Karl Haverland-Theater präz. 7 1/2 u. 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Premiere
Sonnabend, den 20. August.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Lustspiel in 3 Akte, von R. Benedig.
Hierauf: In Zivil.
Schwan in 1 Akt v. Gustav Rabelburg. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: In Zivil.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: In Zivil.

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und Wenn zwei daselbe tun mit Anton und Donat Herrfeld.
Billettoverlet. 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Walhalla Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth.Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Erol in seinen 36 Verwandlungen 30 und die übrigen Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
Polzmothstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schindlerhauer.
Im herrlichen Rotengarten (bei ungünstiger Witterung im Theaterfaal).
Les Fleurs. Hand- u. Kopfsquidbrist.
Kin? des Teufels Büchel.
The Willahus, Champion-Rat-akt.
Ritwoods: Freitanz.
Anfang montags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 5

Tranon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Pariser Witwen.

WINTERGARTEN
Das Eröffnungs-Programm.
Paul Cinquevalli,
der Meister aller Jongleure.
Mizzi Wirth, bestbek. Operettenstar.
Rajah, aegyptische Tänzerin.
The eagle and the girl, mystischer Illusionsakt.
Pauline u. Doley, kom. Radfahrer.
Morris u. Leona, amerik. Tänzerpaar.
Dorothy Toye, amerikan. Stimmphänomen.
Bert Levy, Zeichner eigen. Genres.
Collins u. Hart, Excentr.-Parodist.
Archie L. Goodale, Evolutionen im Riesenreifen.
The 12 Sunshine girls, englisches Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Biograph.

BBB
Brunnenstraße 16.
Das größte Kino-Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Greterjan, Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur mont. gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wech. Progr. Jed. Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf. N. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: Freikonzert.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Wenn schön — im Garten!
Wenn Regen — im Saal!
Täglich:
Konzert. Neue Spezialitäten.
1/2 Uhr:
Um 8 Uhr und Liebe.
Anf. 1/2 Uhr, Sonnt. 1/4 Uhr. Ball.
Entree 20—50 Pf., Sonnt. 30—100 Pf.
Kinder halbe Preise.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang montags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Wolmann.
Bodstr. 8, Behm u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert-, Theater- und Spezialitäten-Vorst. Das neue Riesen-Augustprogramm. Neu: Der Fingerring. od.: Die Jagd u. d. Schwieger-sohn. Pöffe m. Gel. u. Tanz in 5 Bild. Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—5 Uhr 1 R., 1/2 u. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Douert. 6 R.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich: Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
3. Sept.: Gr. Kinderfreudenfest.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Freitag, den 19. August, 1/2 Uhr:
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von H. Bilfen.
Das neue erklaff. Augustprogramm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Beginn der Winterfession 1910/11: Montag, den 5. September.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich abends 1/2 10 Uhr:
Elternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Vorher: Spezialitäten.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:

Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gräventz, Kapellmeister: Max Wollheim.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 5 Uhr.

Spree-Garten Treptow.
Erstkl. Konzert-Etablissement.
An der Oberspree.
(Gegenüber der Stenowarts.)
Heute Freitag:
Großes

Militär-Konzert
Kap. d. 1. Garde-Ulanen-Reg. Kgl. Obermusikmeister Löser.
Anfang 7 Uhr. Entree 15 Pf.

Sport-Restaurant Treptow
empfehl. Parkrestaurant mit Bühne und großen Nebensälen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Annehmlicher Familienaufenthalt.
Sonnabende noch frei!!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen. Translatour- und Militär-Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.
das achte Weltwunder.
Neu! Tanagra,
Eintrittspreis 50 Pf.
Sonnabend, den 20. August
Elitetag
Jubiläums-Fest
anlässlich des
100.
Abends soll Bestehen des Luna-Parks.
Monster-Konzert
150 Musiker
(5 Kapellen)
Dauervorstellungen im Tanagra-Theater.
Brillant-Feuerwerk.
Konfettischlacht Luftschlangen
Reederei Kahnt & Hertzler
Tel. Amt VII, Rr. 2002.
Auf die festlichen Wunsch!
Am Sonntag, den 21. August er. :
Abfahrt von der Kaiserbrücke 7 1/2 Uhr morgens.
Fahrpreis hin und zurück 2,00 R.
nach Teupitz, Tornows Idyll.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Die ordentliche Generalversammlung findet statt: Sonntag, den 21. August, mittags 12 Uhr, in Kellers Festsaal (Inh. Greyer), Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung:

- 1. Vorstands-, Kassen- und Revisionsberichte.
2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers, der Revisoren und der weiblichen Vorstandsbeisitzer, sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktionäre des Verbandes.
3. Anträge der Kreiswahlvereine.
4. Partei- und Verbandsangelegenheiten.
Der Verband der Legitimationskarten sowie der Jahresberichte ist erfolgt

Der Zentralvorstand.

Anträge.

- 1. Kreis. Den Monatsbeitrag der männlichen Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine in Groß-Berlin von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen.
Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow. An Stelle des bisherigen Monatsbeitrages von 30 Pf. resp. 20 Pf. wird fernerhin ein Wochenbeitrag in Höhe von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder erhoben.
1. Kreis. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Zentralvorstandes ist von 5 auf 8 Mitglieder zu erhöhen.
4. Kreis. Nicht erwerbstätige Frauen, welche Mitglieder der Wahlvereine sind, sind während der Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit ihres Mannes von der Beitragspflicht befreit.
Kreiswahlverein Niederbarnim. Erlaß der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitglied des Wahlvereins ist.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 20. August, abends pünktlich 8 1/2 Uhr findet in dem Lokale von A. Deter, Bahnhofsstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Jeserich-Mariendorf: Der Parteitag in Magdeburg. Gäste willkommen.

Wilhelmshagen. Heute Freitag, abends 7 Uhr Handzettelverbreitung von den Bekannten Bezirkslokale aus.

Nieder-Schönhausen. Die geplante Besichtigung der „Vorwärts“-Druckerei am Sonnabend, den 20. August kann umstandshalber nicht stattfinden.

Neuenhagen, Petershagen, Friedersdorf, Bruchmühle, Eggersdorf. Am Sonntag früh findet eine Handzettelverbreitung zur öffentlichen Versammlung in Petershagen statt. Das Material ist bei den Bezirksführern je 1 fch o n abzuholen. Der Bezirksleiter.

Oranienburg. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Mitgliederversammlung wegen des am Sonntag, den 21. August, stattfindenden Gewerkschaftstages am Mittwoch, den 24. August, abends 8 Uhr, im Lokal Waldhaus, Sandhausen, stattfindet. Die Mitglieder werden wegen der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ersucht, recht rege für starken Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Berliner Nachrichten.

Ich bin, was ich lese!

„Warum kaufen Sie solchen Schund,“ fragte ich kürzlich meinen Zimmernachbar; „für dasselbe Geld würden Sie schon eine literarisch wertvolle Lektüre aus irgend einer billigen Volksausgabe erhalten.“ „Ach, was,“ lautete die Antwort; „ich will ja bloß was zu lesen haben, wenn ich mit der Stadtbahn fahre oder wenn ich in der Elektrischen sitze. Und da ist es ganz gleichgültig, was man liest!“ Aus der Innentasche seines Jacketts hatte er eines jener grausigen Produkte gezogen, die man zu Dutzenden in den Schaufenstern kleinerer Geschäfte ausgelegt findet und die in jedem geistig entwickelten Menschen schon beim bloßen Anblick gräßliche Empfindungen auslösen.

Jeden Tag ein Exemplar a 20 Pf. kauft der erwähnte Mann, der, nebenbei bemerkt, schon dicht beim Schwanenalter angelangt ist und von dem man sehr wohl annehmen kann, daß er den kritischen Moment, in dem manchen Leuten noch der Verstand kommen soll, erfassen wird.

Aber gerade hier kommen wir auf den Punkt zu sprechen, der bei all den Klagen über die jugendvergiftende Schundliteratur wenig oder gar nicht beachtet wird: nämlich, daß sich die Kundschaft derartiger Geschäfte durchaus nicht ausschließlich aus den Reiben der Schulfinder und halbwüchsigen Durstigen rekrutiert. Nein, Tausende von Erwachsenen aus dem Volke kaufen und verschlingen diese blutrünstigen Mordgeschichten mit brennender Eier. Wie der Trinker die Röhre mit Feuerwasser spült, um seine armselige, triste Lage zu verbessern, so lesen sich jene in eine wilde, berauschte Verbrechenphantasie, wo der schamloseste Phantasie keinerlei Grenzen gesetzt sind, wo man als geriebener Filou die gemalsten „Dinge drehen“ und zugleich sein eigener, erfolgreicher Detektiv sein kann. Solche Leute sind für ernste Denkarbeit unüberwindlich verloren. Die soziale Stimme, der Verzweiflungsschrei der zertretenen Armut, das Brausen der Titanenkämpfe, die die Fundamente des Wirtschaftslebens erschüttern, der trugige Massengefang des revolutionären Proletariats, alles, alles schallt ungehört an den Ohren solcher Zeitgenossen vorüber.

Was kümmert es sie, wenn rings um sie Kapital und Arbeit entscheidende Kämpfe führen, wenn andere für Menschenrechte und Volkswohl, Existenz und persönliche Freiheit aufs Spiel setzen? Ihr eigenes Ich gilt ihnen als der Mittelpunkt aller Erdendinge, das Los anderer Menschen kann ihnen keinerlei Stoff zu Betrachtungen bieten. Sie rechnen auf ihre eigene Schlaueit oder auf den Zufall, der es ausgerechnet mit ihrer wertigen Person gut melnen wird.

Eine reiche Heirat, eine Erbschaft, ein Lotteriegewinn, das sind für sie Glücksleitern, Rettungsanker, hierauf konzentriert sich ihr ganzes Sinnen und Trachten. Die Vorbildungen zu einer bezartigen Lebensauffassung sind ein robustes Gewissen, ein skrupelloser Charakter und eine imponierende Rücksichtslosigkeit. Wer, der im täglichen Leben steht,

hat sie noch nicht angetroffen, diese schönen Seelen? Diese Leute sind auch todsicher Leser der Sensations- und Skandalpresse, die ihr Publikum vornehmlich mit Ehebruchaffären bekannter Personen und mit panemend ausgeputzten Berichten über Morde und dergleichen füttert. Solche Blätter ziehen ihre Leser nicht zu sich herauf, sondern steigen zu ihnen hinab, passen sich in Stoff und Schreibweise ihrem entarteten Geschmack an. Zwischen ihnen besteht eine Art Wechselwirkung. Blicke diese Geistesverblöding nur auf die oberen Schichten beschränkt, so könnte sich die große ringende Masse des Volkes noch damit abfinden. Leider aber fädert dieses Gift in tausend Kanälen in die Tiefe des Volkes und legt sich wie der Pesthauch auf seine Opfer. Wer ihm verfallen ist, ist oft schwer in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu bringen. Es bedarf einer unermüdlichen Arbeit, ihm mit Nachdruck begreiflich zu machen, daß es schändlich und des Menschen unwürdig ist, politische Freiheit und eine Verbesserung seiner Lebenslage in Kauf zu nehmen, ohne seine Person in den Kampf hierfür gestellt zu haben.

Polizeihilfe gegen Fortbildungsschüler.

Die Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule gilt nicht nur für den stundenplanmäßigen Unterricht, sondern auch für etwaige Nachbleibstunden. Wer den Unterricht aus nicht zureichendem Grunde verläßt, dem kann durch polizeiliches Strafmandat eine Geld- oder Haftstrafe auferlegt werden. In derselben Weise können auch andere Verstöße gegen die Schulordnung geahndet werden, z. B. grobe Störungen des Unterrichts oder Unbotmäßigkeit gegen den Lehrer. Um aber die jungen Leute möglichst vor solchen Strafen und im besonderen vor dem Gefängnis zu bewahren, soll die Fortbildungsschule bei geringeren Verfehlungen zunächst es mit dem Strafmittel des in der Schule abzuhaltenden Arrestes, der sogenannten Nachbleibstunden, versuchen. Erst dann, wenn ein Schüler sich der Verhütung des Arrestes entzieht, soll — so bestimmt ein Erlaß des Handelsministers — er der Polizei angezeigt und zur Bestrafung überwiehen werden.

Es gibt nun noch ein Verfahren, durch das dieses äußerste Verhätet werden kann. In einem uns bekannt gewordenen Fall ist es einem Fortbildungsschüler passiert, daß er zur Verhütung der ihm von der Schule auferlegten Nachbleibstunde durch die Polizei aus seiner Wohnung abgeholt und der Schule zugeführt wurde. Ein Lehrling M., Schüler der VI. Pflicht-Fortbildungsschule, war einige Male zu spät zum Unterricht gekommen oder ihm auch ganz fern geblieben. M. sagt aus, die Verpätungen und Versäumnisse seien hauptsächlich daraus zurückzuführen gewesen, daß man ihn von seiner Arbeitsstelle nicht rechtzeitig entlassen habe. Es scheint, daß der Fortbildungsschulleiter Direktor Schulze anderer Ansicht war. Dem Lehrling wurde eine Arreststrafe von drei Stunden zufließt, die an einem festgesetzten Sonntag in der Zeit von 1—4 Uhr verbüßt werden sollte. M. wurde aber durch seine Mutter daran gehindert, sich zur Verbüßung zu stellen. Die Mutter meinte, daß man ihm nicht die Sonntagsruhe zu kürzen brauche, sondern ihn den Arrest an einem Wochentage verbüßen lassen könne. Mehrere Wochen gingen so hin, ohne daß M. seine Nachbleibstunden abholte. Da kam am Sonntag dieser Woche vormittags um 11 Uhr plötzlich ein Kriminalschuttmann zu ihm in die Wohnung und führte in Abwesenheit der Mutter den jungen Mann zur nächsten Polizeiwache. Der Beamte gestattete ihm zwar, seine Hauskleidung mit einem besseren Anzug zu vertauschen. M. mußte aber, da seine Stiefeln beim Schuhmacher waren, in Filz-pantoffeln zur Wache gehen. Mittags holte dann der Beamte selber die Stiefel vom Schuhmacher, und nun wurde M., nachdem er bis 1/2 Uhr auf der Wache zugebracht hatte, nach der Fortbildungsschule in der Georgenkirchstraße gebracht. Der „Schwänger“ traf dort um 1 Uhr ein und mußte seine 3 Stunden abfügen, so daß er erst um 4 Uhr wieder frei war und den Heimweg nach seiner ziemlich entfernt liegenden Wohnung antreten konnte.

Wir wissen nicht, ob dieses Verfahren, einen Fortbildungsschüler durch Polizei dem Schulhause zuführen zu lassen, sich gleichfalls auf eine Ministerialverfügung stützt. Die Schüler der Pflicht-Fortbildungsschule stehen — so hat ein Reichsgerichtsurteil entschieden — noch unter derselben Schulacht, wie die Volksschulfinder. Danach könnte es allerdings als konsequent erscheinen, wenn die Pflicht-Fortbildungsschule ohne weiteres ebenso, wie die Volksschule es tut, die „Schwänger“ durch Polizei heranziehen ließe. Wenn aber dieses Verfahren für zulässig gehalten und angewendet wird, dann sollte die Fortbildungsschule sich wenigstens darum kümmern, in welcher Weise die Polizei den ihr erteilten Auftrag ausführt. Die Schule darf es nicht dazu kommen lassen, daß ein junger Mann vormittags um 11 Uhr aus seiner Wohnung weggeführt und nach Ablieferung an die Schule dort bis 4 Uhr nachmittags festgehalten wird, sodah er ohne Mittagessen und ohne die Möglichkeit, irgend etwas zu genießen, ausdauern muß. Es wird noch zu untersuchen sein, wer es verschuldet hat, daß gegen M. so rigoros vorgegangen wurde.

Die Hochbaudeputation genehmigte in ihrer Sitzung vom 17. August unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau u. a. den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindepflichtschule mit Strohenreinigungsdapot an der Dundersstraße nördlich der Ringbahn (Kostenüberschlag 998 000 M.), die Vorentwürfe zur Errichtung eines Personalwohngebäudes und eines Apothekengebäudes für das städtische Krankenhaus Am Urban (Kostenüberschlag 144 600 M. und 137 700 M.) und den Entwurf und Kostenanschlag (33 500 M.) zum Neubau eines Stalles für Versuchstiere beim Krankenhaus Moabit. — Das Strohenreinigungsdapot in der Diefelmeyerstraße soll zu Erweiterungsbauten der vierten Realschule umgebaut werden. Entwurf zum Umbau und Kostenanschlag (15 000 M.) fanden ebenfalls Genehmigung.

Von einem Autosombud totgefahren. Ein schwerer Unfall, der einem jungen Manne das Leben kostete, ereignete sich gestern vormittags in der Friedrichstraße, unweit des Velle-Alliancedayes. Vor dem Hause Nr. 5 wollte der 18jährige Arbeiter Hermann Scharff aus der Friedrichstraße 244 noch in letzter Minute vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 96 E das Gleise kreuzen. Er kam aber nicht mehr schnell genug über die Gleise hinweg und wurde von dem Straßenbahnwagen umgestoßen. Am gleichen Augenblick kam ein Autosombud mit der Linie 4A an. Scharff wurde von dem Autosombud überfahren und durch den Stoß unter die Räder des schweren Omnibusses und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt.

Brandstiftung und Selbstmord verübte vorgestern abend der Arbeiter Blaffer in seiner Wohnung in der Frankfurterstr. 12. Nach einem Streit mit seiner Ehefrau, in dessen Verlauf die letztere mit den Kindern die Wohnung verließ, zerstückte Blaffer die Möbel und füllte sie dann im Korridor auf. Hierauf steckte er die Reste der Einrichtung an. Hausbewohner bemerkten die Gefahr und alarmierten die Feuerwehr. Diese war schnell zur Stelle. Sie drang in die verschlossene Wohnung ein und löschte die Flammen, die infolge der großen Verqualmung noch keine große Ausdehnung erlangt hatten. Bei der Durchsuchung der Wohnung fand man den Wohnungsinhaber an einem Nagel erhängt vor. Es wurden sofort Wiederbelebungsbemühungen angestellt, die aber erfolglos waren. Ein Arzt stellte den Tod fest. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Zum Knabenmord im Grunewald. Der von seinem Vater ermordete Knabe Sämole wurde im Leichenhause zu Schildhorn durch den Kreisarzt obduziert. Zu der Obduktion wurde auch der Vater aus dem Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnis vorgeführt.

Eine Revolverklopferei spielte sich in Pehendorf ab. Im Verlauf eines Streites schoß der in der Gladenstraße 2/3 wohnhafte 18jährige Glockengießer Collier, der mit der Tochter eines Arbeiters ein Liebesverhältnis unterhielt, auf den Vater dieses Mädchens, als er ihm Vorhaltungen machte. Der Schuß verfehlte aber sein Ziel. Als dann andere Personen zu Hilfe eilten, feuerte Collier noch eine zweite Kugel ab, die einen unbeteiligten Knaben, den 14-jährigen Malerlehrling Richter in die rechte Wade traf. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen, aber vorläufig wieder entlassen. Collier entstammt einer achtbaren Familie.

Ueber einen Mißstand im Zoologischen Garten besagte sich ein Leser unseres Blattes in einer an uns gerichteten Zuschrift, der wir in der Nummer vom 11. August Raum gaben. Es wurde in derselben hingewiesen, daß am letzten billigen Sonntag bei der Fütterung der Raubtiere das Raubtierhaus überfüllt gewesen sei und ein gefährdender Zustand geherrscht habe. Die Direktion des Zoologischen Gartens teilt uns hierzu mit, daß an dem fraglichen Sonntag vier Aufseher, wie immer an solchen Tagen, um die Fütterungszeit zur Stelle waren, um den Verkehr zu regeln. Ein gefährdender Zustand habe jedoch nicht geherrscht. Sie schließt ihr Schreiben mit der Mahnung, daß auch das Publikum nicht, wie dies oft geschieht, so rücksichtslos vorwärts drängen möge, nur dann könnten unliebsame Vorkommnisse verhütet werden.

In der Frauen-Erholungsstätte zu Pankow-Schönholz sind in diesem Sommer verhältnismäßig Einrichtungen getroffen worden, um gesundheitlich gefährdeten Frauen und Mädchen, welche während des Tages an ihrer Arbeitsstelle ihrem Verufe nachgehen, während der Nacht Kuraufenthalt nach amerikanischem Vorbild zu gewähren. Die Arbeiterinnen bekommen für 50 Pf. ein warmes Essen und halten dann in offener Liegehalle die Nachtruhe. Bisher sind zehn Schlafplätze eingerichtet, 21 Patientinnen haben 700 Nächte im Freien verbracht. Der gesamte Aufenthalt (warmes Abendbrot, Nachtlager, Frühstück) stellt sich auf eine Mark.

Daß die Verleihung der Rettungsmedaille für Mähne-Lebendretter nicht immer so schnell geht, wie wir am Dienstag mitteilten, ja manchmal ganz ausbleibt, beweist die Zuschrift eines Lebendretters, der allerdings in der Wahl seiner Eltern nicht so vorsichtig war wie die Tochter eines preussischen Generals. Der Betroffene hatte unter schwierigen Verhältnissen im vorigen Jahre den Sohn eines Anwohners der Wigowstraße aus dem Kanal am Schöneberger Ufer gerettet und sich hierbei noch völlig die Sachen ruinert. Der Vater des geretteten Knaben kam an anderen Tage zu dem Lebendretter und überreichte ihm zunächst ein paar Mark, damit dieser sich eine neue Hose kaufen könne. Zugleich versprach er, dafür zu sorgen, daß er die für seine brave Tat übliche Rettungsmedaille erhalten solle. Der Lebendretter hat bis heute noch keine Medaille erhalten.

Verschwindene Kinder. Der elfjährige Schüler Walter Segeth, Jordaner Straße 23, ist seit Dienstag verschwunden. Er ging an diesem Tage wie gewöhnlich zur Schule, ist aber weder dort eingetroffen, noch nach Hause zurückgekehrt. Der Knabe trug einen dunkelblauen Anzug, kurze Hosen, weiße, Jodett, schwarze Strümpfe und Sandalen, Röhre mit Taschenmesser und braunen Ledertornister. Die Eltern des Knaben vermuten, daß sich derselbe in den Laubengängen bei Weigensee aufhält.

Gleichfalls am Dienstag, und zwar mittags, verschwunden ist der 2 1/2 Jahre alte Knabe Herbert Dempel, der bei seinen Eltern, Luisenauer 7, wohnte. Derselbe ist kräftig entwickelt, hat dunkles Haar (Pommes), blaue Augen, trägt marineblaue Höschen, weißen Lederhöschen, weiße, blaue gestreifte Höschen (Kennisstoff), weißen Kattunstrümpfen, blaue Matrosenmütze, braune Sandalen. Nachricht erbitten die Eltern eventuell durch das nächste Polizeirevier.

Aus der Spree gelandet wurde vorgestern nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr vor dem Hause Burgstraße 26 die Leiche eines unbekanntes Mannes von etwa 45—50 Jahren. Der Gekreuzte scheint dem Arbeiterstande angehört zu haben. Er ist mittelgroß, hat starkes, dunkelblondes Haar und einen schon etwas ergrauten rötlich blonden Schurrebart mit fliegenden und trug einen schwarzen Rod, dunkle Weste und Höschen, einen weißen Umlegekragen mit schwarzem Schläps und schwarze Schnürschuhe. Seine schwarzen Strümpfe, die etwas zerfressen sind, sind E. K. gezeichnet in verschlungenen Buchstaben, die aufgenäht sind.

Im Landwehrkanal am Raybächer, in unmittelbarer Nähe der Thielensbrücke, wurde gestern vormittags eine auf der Oberfläche treibende weibliche Leiche aus dem Wasser gezogen. Näheres konnte über die Tote noch nicht ermittelt werden.

Der Wintergarten hat am Mittwoch nach einer Sommerpause seine Pforten wieder geöffnet. Zwar füllte die „Creme“ Berlins noch nicht völlig die Logen und Terrassen des Hauses, doch konnte man immerhin von einem guten Besuch sprechen. Und die bereits tagelang vorher gemachten Ankündigungen der Direktion eines illustrierten Programms wurden durch die Darbietungen vollauf bestätigt. Das Programm weist Attraktionen auf, die als Neuheit bezeichnet werden müssen. Aus der Fülle des Gebotenen seien die Tänze Morris und Leonas erwähnt. Ein wildes Tanzduett dieses Paares, stark an Apachen erinnernd, fand lebhaften Beifall. Morris selbst führte geradezu künstlerische Niggertänze auf. Eine dramatische Tanzszene bot Rajah, die „ägyptische Tänzerin“, deren haarendere Bewegungen ihres Körpers durch die künstlerisch dekorative Wirkung noch verschönt wurden. Von zwerchfellerschütternder Wirkung waren die beiden Fedensstücke Collins und Part. Ihnen leuchtet der Humor aus kleinen Zügen, was gerade als so angenehm empfunden wird. Nicht unerwähnt seien der gumnastische Akt Archie L. Goodale in einem Riesentrisen, die glänzenden Darbietungen des Jongleurs Paul Cinquevalli sowie der tomischen Radfahrer Paulston and Doley, die gesanglichen Leistungen Dorothy Jones, eines amerikanischen Stimmphänomens, und die Tanzlieder der bekannten Sourette Raggi Birch. Das treffliche Programm beschließt eine reizende Aufführung der zwölf englischen Tänzerinnen, Sunshine Girls.

Auf der Treptow-Sternwarte findet am Sonntag, den 21. August, nachmittags 5 Uhr, ein Vortrag über „Astronomie mit kleinen Fernrohren“ statt. Abends 7 Uhr spricht Dir. Dr. Archenhold über: „Das Geheimnis des Weltbaues“ und am Montag, den 22. August, abends 9 Uhr, über: „Noten aus dem fernsten Weltall“. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt abendlich der Mond und ein sehr interessanter Stern in der Andromeda gezeigt. Den Besuchern stehen zur Beobachtung beliebiger anderer Objekte kleinere Fernrohre zur freien Verfügung.

Feuerwehrbericht. Wegen eines gefährlichen Brandes wurde in der letzten Nacht der 16. Zug nach der Fennstraße 22/20 alarmiert. Dort standen auf dem Kohlenbahnhof Wedding Puffkuchenstapel in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben und Umstapeln gelang es, den Brand zu lokalisieren. Derselbe Zug mußte vor dem Hause Panstraße 1a ein Verkehrshindernis beseitigen. Am Grünen Weg 83 brannte Stroh in einem Pferdebestall und Dierkestraße 60 ein Schornstein. Außerdem hatte die Feuerwehr in der Grenadierstraße und an anderen Stellen zu tun.

Die Neue freie Volkshöhle tritt im kommenden Monat in ihr 21. Spieljahr mit folgenden Aufführungen ein: „Die Sühnen der Gesellschaft“ von Ibsen, „Gaiwan“ von Eduard Stauden, „Judith“ von Hebbel, „Tartuff“ von Molière, „Julda, Der ideale Gatte“ von Wilde, „Egmont“, „Neue Jugend“ von Lor Groberg, „Pariser Leben“ von Offenbach, „Die Glocken von Cornville“ von Rob. Planquette, „Der Troubadour“. — Die Nachmittagsabteilungen sind bereits alle, die neuen Abendabteilungen schon zur Hälfte gefüllt. Für die noch offenen und die gemischten Abteilungen nehmen noch alle 82 Plätze, sowie die Geschäftsstelle, Köpferstr. 68, Anmeldungen entgegen.

In der Gottsche-Oper im Schillertheater O geht als letzte Neuheit am Freitag Messagers feintomische Oper „Die kleine Richu“ in Szene.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die hiesigen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Bandes berieten am 16. d. M. in einer Versammlung über den Zusammenschluß der Vorortzweige mit Berlin. In dieser Angelegenheit hielt der Vorstand Herr Stuchte ein kurzes Referat, in dem er die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses auseinandersetzte. Die Mitglieder lehnten jedoch den Zusammenschluß ab mit dem Hinweis, daß sie ihre Selbständigkeit und die geringen Vorteile, die ihnen die eigene Zunftstelle noch bietet, nicht aufgeben wollten. Auch der Bevollmächtigte von Berlin und Leipzig vom Hauptvorstand vermochten nicht die Mitglieder zu einem Zusammenschluß zu bewegen. Die Abstimmung ergab 204 Stimmen gegen und 64 Stimmen für den Zusammenschluß. Mitin ist ein Zusammenschluß der Zunftstelle Rixdorf mit Berlin vorläufig gescheitert.

Charlottenburg.

Ein größerer Fabrikbrand alarmierte gestern nacht die Charlottenburger Feuerwehr. Im Hause Guttenbergstr. 8 brannte ein größerer Kessel mit Wasser, der sich in den Räumen der Deutschen Jerefinwerke befindet und zum Kochen von Rabeiwachs benutzt wird. Da der Feuerherd sich unter dem Kessel befand, vermochte die Wehr die Ursache des Brandes nicht sofort zu entdecken, zumal die enorme Rauchentwicklung die Arbeiten sehr erschwerte. Unter großen Mühen mußte der 500 Kilogramm fassende Kessel abgefüllt und entfernt werden. Erst nach dieser Arbeit stieg man auf das Feuer, das bereits auf die Dampfwärmerlei von Lowinsky übergesprungen war. Erst nach dreistündiger Tätigkeit konnte die Gewalt des Brandes gebrochen werden. Der Brandschaden ist durch Versicherung gedeckt, die Betriebe erleiden keine Unterbrechung.

Röpenitz.

Im hiesigen Krankenhaus verbrannt ist vorgestern ein zehnjähriges Mädchen. Das Kind rief während der Nacht ein Nachtlicht an, wobei die Betten in Brand gerieten. Es erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß jede Rettung ausgeschlossen war.

Zeltow.

Die gegenwärtige politische Lage beleuchtete Genosse Kubig in der am Dienstag stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gespendet. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse B. Kehler. In der Diskussion wies Genosse B. Bonow darauf hin, daß die Beitragssteigerung im Kreise um 10 Pf. angenommen sei, er könne sich jedoch mit der Erhöhung nicht einverstanden erklären. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung wurden der Vorsitzende B. Bonow und J. Vieles gewählt. Zur Aufnahme meldeten sich 2 Genossen.

Weißensee.

Der Zusammenschluß aller am Orte bestehenden Arbeiter-Vereine ist nunmehr erfolgt. Die Abendstunden des neuen Vereins, der den Namen „Männerchor Weißensee“ führt, finden jeden Freitagabend von 9 bis 11 Uhr in Restaurant „Prälatten“, Lehderstr. 123 statt. Alle stimmbegabten Genossen werden gebeten, den Verein in seinem Bestreben, auf dem Gebiete des Männergesanges mustergültiges zu leisten, durch regen Beitritt zu unterstützen.

Birkenwerder.

Gerüchte von einem Morde waren gestern früh in Birkenwerder verbreitet. In der Nähe der dortigen Bahnstation fanden Passanten den Mumpf einer männlichen Leiche, von der die Hülle abgetrennt waren. Anfangs glaubte man, daß es sich um ein Verbrechen handele. Die eingeleiteten Ermittlungen ergaben jedoch, daß es sich um zweifelhaft um einen Selbstmord handelte. Der Unbekannte hatte sein Jodett ausgezogen und sich dann vor einen brandausendenden Zug geworfen; er wurde überfahren und der Körper furchtbar verstümmelt. Der Leiche, dessen Hemd mit H. R. gezeichnet war, ist ein junger Mann von etwa 19-20 Jahren; er trug einen graufarbenen Anzug und eisenschlägige Schuhschäfte, hatte dunkelblonde Haare und ein ovales Gesicht. Ein Gebiß fand man in der Tasche seines Jodetts. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Spandau.

Der Konsumverein „Merkur“ hielt am Mittwoch im Lokale Gottwald, Schönwalder Straße 80, seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Notwendigkeit der vollständigen Sonntagsruhe wurden die Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrats entgegengenommen. Die Berichte zeigten ein ständiges Wachsen des Vereins, besonders im letzten Vierteljahr. Im letzten Dreivierteljahr ist die Mitgliederzahl um 100 Proz. gestiegen; im gleichen Maße ist auch der Umsatz gewachsen. Zu einer teilweise sehr erregten Debatte kam es anlässlich des Antrages der Verwaltung auf Anstellung eines Geschäftsführers, der nach vielem für und wider angenommen wurde. Genosse Hornig wurde dann fast einstimmig zum Geschäftsführer gewählt. Von den neu zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden die Genossen Rebling und Krause wieder und der Genosse Nischky neu gewählt.

Aus der Frauenbewegung.

Brustkinder und Flaschenkinder.

Eine Arbeit von Marie Baum bietet wertvolles Material über die Sterblichkeit und Lebensbedingungen der Säuglinge im Kreise Neuh sowie in den Stadtkreisen M.-Glabbach und Neuhdt und in dem Landkreis Glabbach. Danach ergeben sich folgende Sterblichkeitsziffern:

	Kinder überhaupt	Brustkinder	Flaschenkinder
Stadt Neuh	20,1 Proz.	11,4 Proz.	39,6 Proz.
Landg. Neuh	15,0	7,2	30,8
Stadt M.-Glabbach	14,9	8,7	28,4
Landg. M.-Glabbach	17,8	6,5	34,7
Neuhdt	13,0	6,2	26,4

Die Ergebnisse zeigen, in welcher ungünstigen Weise die Flaschenfütterung gegenüber der Brustfütterung auf die Lebenskraft des Kindes einwirkt. Je ausgedehnter die Brustfütterung, je niedriger die Sterblichkeitsziffer. Daher auch die Stillprämien. Aber diese entlocken

der verdorbenen Brust auch keinen Tropfen Milch. Da in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hauptsächlich die Arbeiterfrauen mitarbeiten müssen, hat auch deren Wachstum unter diesem Uebelstand am meisten zu leiden. In M.-Glabbach und Neuhdt wurden mittels Flasche genährt, wenn die Mutter erwerbstätig war, von hundert ehelichen Säuglingen 63 Kinder, wenn sie nicht erwerbstätig war, dagegen nur 34 Kinder. Im Landkreis M.-Glabbach wurden von den von der Statistik erfassten 218 Flaschenkindern 17 Proz. deshalb nicht von der Mutter gefüttert, weil diese aus beruflichen Gründen daran gehindert war; im Stadtkreis M.-Glabbach waren es von 139 Flaschenkindern 17 Proz., in Neuhdt von 65 Kindern 18 Proz. und in Neuh von 61 Kindern 7 Proz. Noch häufiger als Fütterung der Mutter aber ist das Verfügen der Milch Ursache der Flaschenfütterung.

Selbstredend müssen die unehelichen Kinder zumeist unter der Mißgunst der Verhältnisse leiden.

Jugendveranstaltungen.

Zahneberg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hofmann, Vorderbergstraße: Vortrag des Genossen Schent, Redner Wahl des Ausschusses.

Wilmersdorf. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen treffen sich zwecks gemeinsamer Besuche am Sonntagmittag 3 Uhr bei Selte, Brandenburgische Str. 100. Bei ungünstiger Witterung finden im Jugendheim Gesellschaftsspiele statt.

Freie Jugendorganisation Tegeln. Am Sonnabend, den 20. August, findet eine Nachtpartie statt. Abmarsch abends um 1/2 9 Uhr vom Bahnhofsplatz über Hennigsdorf — Wilmersdorf — Borsdorf — Zehlendorf — Dramenburg. Rückfahrt 1/2 5 Uhr morgens. Fahrgeld 40 Pf.

Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgegend. Sonnabend, den 20. August, abends 8 Uhr, findet bei Wahrensdorf, Groß-Lichterfelde, Wälsdorf, 2. eine Bezirksversammlung statt, in der Kollege E. Benzel einen Vortrag über das Thema „Was will die freie Jugendorganisation“ hält. — Sonntag, den 21. August: Schützlerpartei nach dem Kaiser-Bühnen-Turm-Schloßhorn. Abmarsch für Steglitz, Friedenau, Groß-Lichterfelde und Zehlendorf um 9 Uhr vom Bahnhof Steglitz, für Zehlendorf um 9 Uhr vom Bahnhofsplatz Zehlendorf. Treffpunkt der sämtlichen Abteilungen um 11 Uhr bei Baulsdorf. — Jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 1/2 8 Uhr ab Spielen auf den Kaufen Bergen, Bergstraße, Ecke Bismarckstraße. Kollegen und Kollegen! Sorgt für eine zahlreiche Beteiligung. Auch die erwerbsfähige Arbeiterschaft wird gebeten, ihre Söhne und Töchter, sowie jugendliche Bekannte zum Besuch unserer Veranstaltungen anzuhelfen.

Boghojen - Stammelsburg - Stralau. Die jugendlichen sowie die Mitglieder des Arbeiter-Jugendheims werden ersucht, sich an dem vom Jugendauschusse Groß-Berlin zum Sonntag, den 21. August, arrangierten Wasserausflug nach Sabowa-Verderbruch nebst Angehörigen polkzählig zu beteiligen. Treffpunkt vormittags 9 Uhr im Jugendheim, Alt-Borsdorf 56, vorn 1 Tr. Abmarsch 9 Uhr 30 Min. Der Rückmarsch erfolgt abends 6 Uhr. Der Jugendauschusse.

Gerichts-Zeitung.

Polizeieifer am Tage des Wahlrechtsparadises.

Als am 6. März die Polizei Berlins in Erwartung des Wahlrechtsparadises den ganzen Südosten in der Stadt gegen den Treptower Park abgesperrt hatte, wurde in der Schleifenschen Straße unter anderem auch ein Schlosser Müller verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, daß er die Sistierung eines anderen Mannes mit „Pfu“-Rufen begleitet habe. Müller bekam ein Strafmandat wegen großen Unfugs, beantragte aber richterliche Entscheidung und wurde vor dem Schöffengericht freigesprochen. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde als möglich angesehen, daß M. sich nicht an den Pfu-Rufen der Menge beteiligt und die Polizei ihn irrtümlich herangegriffen habe. Die Staatsanwaltschaft war anderer Meinung und legte Verurteilung ein, und so hatte am Donnerstag das Landgericht I durch die Ferienstrafkammer 40 zu entscheiden. Die Beweisaufnahme ergab kein anderes Bild als in der Verhandlung vor der ersten Instanz. Schumann Bandelow und Schumann Schulz beauftragten wieder mit unerfüllter Bestimmtheit, M. habe mit gerufen, das hätten sie genau gehört und auch gesehen. Bandelow behauptete sogar, ihm sei bei den Rufen M.'s fast der Speichel ins Gesicht geflogen. Demgegenüber beauftragte die von der Verteidigung geladenen Zeugen Pulownik, Müller, Rügge, Beholz, Brud, der Angeklagte habe nicht gerufen. Einige dieser Zeugen versicherten übereinstimmend, sie hätten es hören und auch sehen müssen, wenn der nicht bei ihnen stehende M. sich an den Pfu-Rufen beteiligt hätte. Bandelow habe, als die Pfu-Rufe hinter ihm erschallen, sich umgedreht, sei zurückgekommen und habe M., der im Gesicht seiner Anschul ruhig stehen geblieben sei, herangegriffen. Der Angeklagte legte eine Versicherung seines Arbeitgebers darüber vor, daß er an jenem Sonntag gegen Abend eine schleimige Arbeit hatte ausführen sollen. Er befand sich gerade auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte, als er dem Polizeieifer zum Opfer fiel. Indes, der Staatsanwalt hielt es für zweifellos, daß die Schumannausagen vollen Glauben verdienen. Im Hinblick auf die damals in Berlin herrschende Stimmung sei es ja selbstverständlich, daß die dem Arbeiterstande angehörenden Entlastungszeugen, wenn sie auch nicht wesentlich die Unwahrheit sagen wollten, doch den Angeklagten in ihrem Sinne beurteilten und seine Sache glänzender darstellten. M. sei mit fünf Tagen Haft zu bestrafen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld erwiderte, den Angriffen des Staatsanwalts gegen die Entlastungszeugen wolle er nicht die Behauptung entgegenstellen, daß die Schulleute vor Gericht an ihren Bekundungen festhalten, weil sie sie einmal in der Anzeige so gemacht haben. Bezweifeln müsse man aber doch, daß in jener erregten Situation die Schulleute so sicher zu beobachten vermocht hätten. M. sei freizusprechen. Wolle aber das Gericht ihn für schuldig halten, so sei gegenüber dem noch unbescholtenen Manne eine Haftstrafe zu hart. Der Angeklagte selber erklärte, daß er, wenn er mitgerufen hätte, es für ehrlös halten würde, hier nicht offen die Wahrheit zu bekennen und die Folgen zu tragen. Das Gericht sah im Gegenfatz zu der ersten Instanz, ihn als überführt an. Den Schulleuten sei zu glauben, daß sie sicher beobachtet und den Nichtigkeiten geglaubt hätten. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe; wegen M.s Unbescholtenheit wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen.

Gleichfalls am 6. März hatte in der Friedrichstraße nahe dem Stadtbahnhof ein Arbeiter Jzmeier, mit einer Gruppe von Wahlrechtsparadiserern heimkehrend, in ein Wahlrechtshoch eingestiegen. Er wurde festgenommen, bekam ein Strafmandat wegen großen Unfugs, erhob Widerspruch und ergielte vor dem Schöffengericht Freisprechung, weil das Wahlrechtshoch nicht als großer Unfug angesehen wurde. Auch hier legte die Staatsanwaltschaft Verurteilung ein, über die am Donnerstag dieselbe Ferien-Strafkammer 40 des Landgerichts I entschied. Schumann Bartel, der Jzmeier festgenommen hatte, hatte „den Einbruch empfangen“, daß J. ein Anführer sei und selber das Wahlrechtshoch angebracht habe. Eine Störung sei dadurch infolge entstanden, als Passanten aufmerksam wurden und stehen blieben. Ein Diensthmann Kleinke unterstützte die Schumannausagen, daß J. zuerst Hoch gerufen habe. Dagegen beauftragte die von der Verteidigung geladenen Zeugen Progenow und Kreuter, das Hoch habe ein anderer ausgebracht. J. habe nur eingestimmt. Kreuter sagte, während des Hochs sei dem Schumann die Beobachtung durch einen vorbeifahrenden Omnibus beeinträchtigt worden. Er habe dann aber Jzmeier herangegriffen, weil der ihm der Rache war. Obwohl diese beiden Zeugen versicherten, nicht neben J. gegangen zu sein, meinte der Staatsanwalt wieder, sie würden wohl nicht so genau wie der Schumann beobachtet haben, und er beantragte drei Tage Haft. Der Verteidiger Rechts-

anwalt Dr. Kurt Rosenfeld wies hin auf die bekannte Kammergerichtsentscheidung, daß ein Wahlrechtshoch an sich noch kein großer Unfug ist. Von einer Störung könne doch keine Rede sein, wenn bei dem Hoch Passanten stehen bleiben, sonst müsse ja auch jedes andere Hoch als großer Unfug angesehen werden. J. sei freizusprechen. Dieser Auffassung schloß das Gericht sich an. Es erkannte auf Freisprechung, weil nicht erwiesen sei, daß J. mit seinem Wahlrechtshoch die öffentliche Ordnung gestört habe.

Ein Salzsäureattentat einer geschiedenen Frau gegen ihren früheren Chemann

lag einer Anklage wegen qualifizierter Körperverletzung zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geier die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde die Frau Margarete Hase vorgeführt. Die Beweisaufnahme entrollte ein recht trübes Ehebild. Der Sattlermeister Hase ging vor mehreren Jahren, nachdem er schon vorher zweimal verheiratet gewesen war, in Stettin mit der jetzigen Angeklagten eine Ehe ein, obwohl ihm bekannt war, daß diese unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden hatte und auch schon wegen Körperverletzung mit einem Jahre Gefängnis verurteilt war. Die Ehe war von Anfang an nicht glücklich und bestand dadurch einen unfürsorglichen Mann, der H. dahinter kam, daß es seine Frau, den Gewohnheiten ihres früheren Lebenswandels entsprechend, mit der ehelichen Treue nicht genau nahm. Es kam zu einem Ehescheidungsprozeß, bei welchem die Frau als Klägerin auftrat, während der Mann die Widerklage wegen jenes Ehebruchs erhob. Nachdem dieser Prozeß schon mehrere Instanzen durchlaufen war, kam eine Versöhnung der beiden Eheleute zustande. Die Frau zog ihre Klage zurück, während der Chemann trotz seines Versprechens die Widerklage weitergehen ließ. Diese Tatsache brachte die infolge ihrer früheren Ausschweifungen stark nervös-hysterische Frau in eine maßlose Erregung. Sie legte gegen ein Erkenntnis des Oberlandesgerichts Stettin Revision beim Reichsgericht ein. Dieses machte die Entscheidung von einem Eide des Ehemannes Hase abhängig, ob dieser nach seiner Ausföhnung noch zu seiner Frau in ehelichen Verkehr getreten sei oder nicht. Hase leistete den Eid, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Die Ehe wurde daraufhin geschieden. Nach einem bekannten Sprichwort bildet auch diese Scheidung keinen Hindernisgrund, daß H. zu seiner Ehefrau, die inzwischen nach der Paulstraße 84 in Berlin verzogen war, auch fernerhin in nähere Beziehungen trat. Die Angeklagte drang immer wieder in ihren geschiedenen Chemann, sie wieder zu heiraten. Als sich dieser jedoch abnehmend verhielt, sah sie die Angeklagte ihren Racheplan. Sie faufte sich in einer in Alt-Roabit gelegenen Drogerie ein größeres Quantum Salzsäure. Als sie dann abends von ihrem geschiedenen Chemann wieder aufgelacht wurde, entfernte sie sich ein Augenblick und schüttete die Salzsäure in einen Topf, um besser gießen zu können. Da sich H. auf ihre nochmalige Frage wieder weigerte, sie zum zweiten Male zu heiraten, goß sie ihm die ätzende Säure in das Gesicht. Die Folgen waren überaus schreckliche. Außer furchtbaren Brandwunden, welche die Säure hervorrief, wurden beide Augen des H. völlig zerstört, so daß er vollkommen erblindet ist. Nach ihrer entsetzlichen Tat stellte sich die Angeklagte auf dem Polizeirevier in der Flemingstraße. Einem Schutzmann gegenüber, der sie festnahm, äußerte sie auf eine Bemerkung, daß H. das Augenlicht verlieren würde, daß sie sich hierüber freuen, auch wenn sie fünf Jahre bekomme. — Staatsanwalt Dr. Ludwig beantragte mit Rücksicht auf die schweren Folgen der Tat der Angeklagten vier Jahre Zuchthaus. Das Urteil war erheblich milder und lautete auf nur 2 1/2 Jahre Gefängnis.

Verfammlungen.

Tarifverhandlungen der Kobentischer. Nach dem allgemeinen Tarifvertrag für die Holzindustrie soll für die Badentischerer Berlin ein besonderer Ordinaris geschaffen werden, und zwar auf Wunsch der Unternehmer, die für diese Branche offenbar weniger günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt wissen wollen als die allgemein geltenden. In einem derartig gestalteten Brandentaris haben die Arbeitnehmer natürlich kein Interesse, und sie wollen sich stattdessen lieber mit dem allgemeinen Tarif begnügen. Es haben nun bereits zweimal Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, aber ohne daß irgendeine Einigung zustande gekommen wäre. Die Arbeitgeber wollten den Tarif, den sie im Jahre 1907 aufgestellt haben, zur Grundlage der Verhandlungen machen. Dieser Tarif hat aber, wie auch das Einigungsamt erklärte, nie Gültigkeit gehabt. Auch in der zweiten Sitzung, die am Donnerstag voriger Woche stattfand, zeigten die Arbeitgeber sehr wenig oder gar kein Entgegenkommen. Am Dienstag fand nun im Englischen Garten eine zahlreich besuchte Branchen-Versammlung der Loden- und Kontoristischer statt, in der Horn über die Verhandlungen berichtete. Das Angebot der Unternehmer lag der Versammlung gedruckt vor. Es enthält folgende Bestimmungen:

1. Der Einstellungslohn beträgt mindestens 55 Pfg. pro Stunde. Kann ein Arbeiter entsprechend seinen Leistungen einen höheren Lohn beanspruchen, so ist derselbe nach 6 Tagen zu vereinbaren. Bei den so vereinbarten höheren Löhnen findet Nachzahlung für die vorgeleistete Arbeitszeit statt.
2. Hiernach erklärten die Arbeitgeber, daß der Einstellungslohn nur für die nichteingearbeiteten, zugerechnen und aus anderen Branchen herüberkommenden Arbeiter gelten soll.
3. Bei Arbeiten außerhalb des Betriebes beginnt und endet die Arbeitszeit wie im Betrieb; für jede Fahrt nach und von den Vororten wird der Lohnbetrag für eine halbe Stunde vergütet.
4. Bei Montagarbeiten innerhalb Berlins und des Vorortbereichs, sofern die Arbeitsstelle von der Werkstat 1 Kilometer und mehr entfernt ist, wird neben der Vergütung des Jahrgeldes pro Stunde 10 Pfg. Montagzuschlag gezahlt. Auch Nachtquartier genommen werden, so wird dafür 2 Mk. extra vergütet.
5. Bei Arbeiten in Orten über den Vorortbereich hinaus und bei Bezug von Nachtquartier wird pro Tag 1,75 Mk. und pro Nacht 1,75 Mk. einschließlich des Sonntags vergütet. Bei Arbeiten bis zur Dauer von nicht mehr als 3 Tagen beträgt die Vergütung 2 Mk. pro Tag und 2 Mk. pro Nacht.
6. Die Fahrt nach auswärts muß zu jeder Zeit ausgeführt werden. Diefelbe wird, wenn während der üblichen Arbeitszeit geleistet, in Lohn gezahlt. Auch außer der Nachtfahrt nach Nachtquartier bezogen werden, so erhöht sich die Entschädigung für diese Nacht um 1 Mk.

Diese Vorschläge bleiben weit hinter dem zurück, was die Arbeitnehmer verlangen. Gefordert werden unter anderem als Einstellungslohn 60 Pfg., als Montagzuschlag 12 Pfg., samt einer besonderen Vergütung für besonders schmutzige Arbeit sowie bei Umzügen, und ebenso eine angemessene Entschädigung für Nachtfahrten. Was diesen Punkt anbetrifft, so äußerten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen, wenn man die Nacht über im Eisenbahnwagen sitze, sei das gerade so, als wenn man im Gette liege, eine Ansicht, die selbstverständlich von keinem Arbeiter geteilt wird, der dergleichen Fahrten zu unternehmen hat.

In der Versammlung trat eine lebhafte Entrüstung über das Verhalten der Arbeitgeber zu Tage. Ihre Vorschläge wurden nach kurzer Diskussion einstimmig abgelehnt. — Eine weitere Verhandlung mit den Unternehmern soll am Freitag stattfinden.

Kunstlicher Marktbericht der Köpferstr. 68. Die Marktbesuche der Köpferstr. 68 sind sehr lebhaft abgelaufen. Preise für Schweinefleisch anzusehen, sonst ungewöhlicher. Wild: Fuhre reichlich, Gehalt etwas lebhafter, Preise gedrückt. Gellage: Fuhre reichlich, Gehalt rau, Preise nicht beständig. Fische: Fuhre etwas reichlicher, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise anziehend. Gewürze, Obst und Süßfrüchte: Fuhre genügend, Gehalt schlappend, Preise wenig verändert.

Deutscher Arbeiter-Kongressband. Drucksache Berlin. Heute abend im Generalkongresssaal, Engelstraße 15, Saal 8: Jahreshauptversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nötig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkammer findet Vindenztraße Nr. 69, vorn der Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 1 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Ehrenkammer vor.

N. 32. Es handelt sich anscheinend um eine Gründung der „Guttemper“. Näher bekannt ist uns der Verein jedoch nicht. — **Denner, Elmshorn.** Sehen Sie sich mit der Berliner Engros-Blumendörfer, Kommissionsärzter Otto Friedrich Dasté, Berlin, Große Princesstr. 5, in Verbindung. — **N. 3. 1001.** 1. 9,40 M. 2. 5-7 Stunden. — **N. 71.** Berlin W., Kurfürststr. 160, Schöneberg, Oberstr. 9, Zweigstelle Freilingerstr. 20. — **Zwei Streitende Mantelkäufer.** Rein. — **N. 35.** Der Antrag ist an das Vollzeitsprechidium in Schöneberg — auch wenn Wilmsdorf in Frage kommt — zu richten. Dort erhalten Sie auch Auskunft über die in Frage kommenden Vorschriften. — **Paoli 40.** 1. Eine Bestrafung wegen Ehebruch kann nur erfolgen, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe rechtskräftig geschieden ist und der unschuldige Teil binnen 3 Monaten Strafantrag stellt. 2. Die Frage läßt sich im Briefkasten nicht beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde. 3. Rindbestrafung einen Tag Gefängnis. — **N. 15.** Der Vorstand, auf Antrag das Vormundschaftsgericht, bestimmt den Aufenthalt. Gewalttätige Fortnahme ist unzulässig. — **N. 7.** 1. Am Rudolf-Wirchows-Krankenhaus. 2. Das ist möglich. Es besteht dort eine Stiftung für Arbeitslose. 3. An den Verwaltungsdirektor Geheimen Regierungsrat Dr. Dähmiller. — **N. 2. 99.** 1. Leber nicht. 2. Rein. 3. Das mit Rechtskrafttest verordnete Scheidungs-urteil und eine Befreiung des Vormundschaftsgerichts darüber, daß die Auseinandersetzung mit dem Kinde stattgefunden hat. — **N. 3. 88.** 1. Ja. Die Klage muß gegen die Frau und gegen den Besitzer des Hauses gerichtet werden. Sie können schon jetzt das Sparguthaben sperren lassen. 2. Landgericht. 3. Falls Berufungsurteil ergeht, etwa 80 M., sonst etwa das Doppelte, wobei die Kosten eines etwaigen gegnerischen Anwalts nicht mitgerechnet sind. 4. Ja. — **N. 3. 20.** Wenn keine bestimmte Reichsbauer verabredet ist, so können Sie allmonatlich spätestens

am 15. zum 1. künftigen Monats kündigen. — **N. 11. Ja.** — **N. 8.** Steuerfreiheit ist nicht eingetreten. — **N. 71. Rein.** — **N. 2. 100.** Es ist empfehlenswert, weiter zu leben und zwar mindestens 20 Wochen einer beliebigen Lohnklasse innerhalb längstens zweier Jahre. In diesem Zeitraum muß die Karte jedesmal umgetauscht werden. Dadurch behält Ihre Frau die ihr auf Grund des Anwartsengesetzes zustehenden Rechte. — **N. 20. G. Galt.** Sie können durch Erklärung dem Standesbeamten gegenüber dem Kinde Ihren Namen geben. Die laufenden Unterhaltungsverpflichtungen sind im Vierteljahresratzen von dem Gelde zu decken. — **N. 100.** Fragen Sie bei der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer, Schillingstr. 4, an. — **N. 2. 6.** Es kann binnen drei Monaten nach rechtskräftiger Scheidung der Ehe Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I gestellt werden und zwar vor dem unschuldigen Teil, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden worden ist.

Frage 67. Ihre Schwester hält für die Waise, wenn sie — aus Ihrem Schreiben ist das nicht ersichtlich — die Unterzeichnung ihres Namens unter dem Mietvertrag genehmigt hat. — **Schiebungen.** 1. Die Lohnklasse, für die Waisen zu leben sind, richtet sich nach dem durchschnittlichen Tageslohn des Berufs, den Sie aus dem Statut der Krankenkasse ziehen. 2. Das ist nicht wahrscheinlich, immerhin möglich. Deshalb erheben Sie Einspruch. 3. Rein. — **N. 111.** 1. Ja. Die Ansprüche, die vor dem 1. Januar 1906 entstanden sind, sind verjährt. 2. Ein Gesetz nicht, wohl aber polizeiliche Verfügungen zur Regelung des Verkehrs, die sich darauf beziehen können. — **N. 2. 50.** 1. Wenn die Waise nach Monaten bemessen ist, ist die Kündigung vom 15. zum 1. zulässig. Wenn Ihnen nicht die Benutzungsmöglichkeit in diesem Monat entzogen wird, haben Sie für denselben auch noch Rechte zu zahlen. 2. Wenn rechtzeitig gekündigt ist: Rein. (sonst Anspruch auf Benutzung während eines weiteren Monats). — **N. 16.** Ist bei Ihrer Freipropose ein Beschluß des Gerichts, in dem die Entschädigungspflicht des Staates festgelegt ist, nicht ergangen, so läßt sich nichts mehr tun. — **N. 18.** Sie können Anzeige wegen Betrug erhalten und Rückzahlung der geleisteten Auszahlung, für den Fall der Weigerung im Klagenwege, fordern. — **N. 10.** Das gibt es nicht. — **N. 3. 29.** Das ist abhängig von der für den Verein geltenden Geschäftsordnung. — **N. 30.** Vom 27. August 1911 ab hat der Vorstand Anspruch auf Auszahlung des Gehalts. — **N. 100.** Es liegt anscheinend ein rechtskräftiges Urteil vor, mit dem Sie sich befassen müssen. — **N. 54.** 1. 2. und 4. Rein. 3. und 4. Unseres Erachtens ja. Die Steuerbehörde billigt diese Klage nur in ganz besonders gereizten Fällen zu. 5. Beiträge zur Krankenkasse sind abzugsfähig. — **G. G. Sorge.** Erziehungsanstalt „Urban“ in Zehlendorf (Hannoverbahn), geleitet vom Pastor Blas-

Witterungsbericht vom 18. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe am 1. Aug. 1910	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometer-höhe am 1. Aug. 1910	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C		
Stolte	761	SSO	3	bedeckt	18	Japaranda	752	W	2	bedeckt	19
Damburg	761	SSO	3	bedeckt	17	Bretschburg	754	O	1	Regen	12
Berlin	762	SSO	2	bedeckt	17	Setz	763	SSO	2	halb bb.	14
Frankfurt	764	SSO	2	Dunst	16	Berren	755	SSO	1	bedeckt	14
München	765	SSO	2	halb bb.	18	Paris	765	SSO	1	bedeckt	18
Wien	765	S	1	halb bb.	17						

Wetterprognose für Freitag, den 19. August 1910.
Teilweise aufklarend; vereinzelt geringe Regenfälle; mäßig warm; westliche bis nordwestliche Winde.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 8.	am 18. 8.	Wasserstand	am 17. 8.	am 18. 8.
Remel, Mühl	181	0	Saale, Großh.	105	-5
Regel, Austerburg	88	-10	Saale, Sandau	76	-4
Reichel, Horn	220	-30	Saale, Ratzenow	63	0
Ober, Rathor	162	-18	Spre, Spremberg	140	-4
Krofen	169	-14	Westm	142	+1
Reinhardt	200	-17	Weser, Müden	47	-4
Wartde, Schrumm	-9	-1	Weser, Ründen	38	-6
Landberg	-30	0	Weser, Rajimilantbau	562	-12
Rege, Gordanum	-18	0	Raub	381	-19
Eibe, Leimert	-20	-17	Röhr	293	-10
Dresden	-124	+8	Redar, Heilbronn	85	+5
Barby	140	-14	Ratn, Berthelm	151	-3
Magdeburg	128	-10	Roßel, Trier	62	-11

+) + bedeutet Fluß, — Fall. *) Untersee.

Robert Romeis
zu seinem heutigen Belegste.
Drei Genossen des 905. Bezirks des vierten Reichstagswahlkreises.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
G. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 18. August verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
August Prenzel
(Berl. Nr. 62).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 15. d. Mts. mein lieber Mann, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Schlosser
Karl Voigt
Kolonellstraße 73, im Alter von 82 Jahren durch Sturz vom Dach verstorben ist.
Um stillen Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen
Selma Voigt nebst Kind,
Albert Voigt,
Gustav Schulz und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Paulus-Kirchhofes, Pflanzenseestraße aus statt.

Am 17. August cr. verschied nach langem, schwerem Leiden in der Mitte seiner Jahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder, Onkel, Schwager und Neffe, der Tapezierer
Hermann Poenicke
im 25. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau Agnes Poenicke geb. Bartsch nebst Kind.
Otto Poenicke und Frau.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle der St. Georgen-Gemeinde, Randdörfer Allee 21/23, aus statt.
4115

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 17. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied
Hermann Poenicke.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle der St. Georgen-Gemeinde, Randdörfer Allee 21/23, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse
der Tapezierer.
Berlin III.
Am 17. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied
H. Poenicke.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung siehe oben.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Max Richter
am 18. August im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.
71/5 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Mechaniker
Emil Werner
nach schwerem Leiden am 17. d. Mts. im 24. Lebensjahre verstorben ist.
Die trauernden Eltern und Brant.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Stephanus-Kirchhofes, Rordend, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Krankenbesuchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Richard Fritsche
lagen wie allen unseren tiefgefühlten Dank.
Witwe Anna Fritsche nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Brant
Margarete Dankhoff
sage ich allen Freunden und Bekannten hiermit meinen innigsten Dank.
Paul Wendel.

Danksagung.
Aus Anlaß meines 25-jährigen Dienstjubiläums bei der Dreistrassenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe am 16. August 1910 sind mir von meinem Vorstande, sowie von fast sämtlichen Berufsständen und Korporationen, lieben Kollegen und treuen Freunden von nah und fern großartige Ovationen und Ehrungen nebst kostbarem Blumenschmuck erwiesen worden, so daß ich persönlich nicht imstande bin, mich bei jedem Einzelnen bedanken zu können.
Ich sage deshalb an dieser Stelle meinen herzlichsten, nachdrücklichsten Dank für alle mir in so großer Weise bewiesene Achtung und Liebe.
Louis Henning,
Kassant.

Maßanzüge
sehr elegant, 32-85 M., fertige Anzüge 8,25 an. Tuche sehr große Auswahl. Kosten engl. Stoffe u. Ausgewählte billig. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Kottbusdamm 16-17 (Hohf.) Vorzeiger d. Internats erhält 5% Rabatt.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weiter v. Berlin gelegene Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung, langj. Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Bf. Mahlsdorf im Pavillon. 4351*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Offertiere in nur feinsten, schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette Gänse 0,65.
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, Gänse, Fette Suppenhühner, junge Brathühner.
F. Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Tischler-Verein
(E. H. 80.)
Sonnabend, 20. August, abds. 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung.
Zahlen der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder.
198/20 Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Goldbarität“.
Touren
zum Sonntag, 21. August.
1. Abt.: 5 Uhr: Teubitz. 1 Uhr: Richterhorn. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: Sonnabend 8 Uhr: Belgisch-Biesenburg. Sonntag 1 Uhr: Fischelwerder. Start: Fontane-Promenade 18.
3. Abt.: 5 Uhr: Berlinsee. 1 Uhr: Goringsee. Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 7 und 1 Uhr: Straußberg (Gungliger Wolf). Start: Rühlener Platz.
5. Abt.: 2 Uhr: Familientour nach Fischgarten. Start: Elysiun.
6. Abt.: 6 Uhr: Wals b. Gradowsee (Waldschlösschen). 1 Uhr: Waldmannslust (Schweizerhändchen). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Dranienburg-Sandhausen (Schumann). 2 Uhr: Birkenmeider (Paradiesgarten). Start: Kölliner Straße 8.
8. Abt.: 6 und 12 Uhr: Dranienburg-Sandhausen (Baldhaus). Start: Baldstr. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Seintwinkel. Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 7 Uhr: Dranienburg-Sandhausen (Baldhaus). 1 Uhr: Glenside a. Nordbahn. Start: Weberstraße 6. 12/1
Donnerstag, 25. August, ab. 8 1/2 Uhr: Samariterkündigung bei Seemann, Neue Friedrichstr. 1.

Robert Schmidts Restaurant
u. Festsaal
Frucht-Strasse 36a.
Empfehle den verehrlichen Vereinen und Genossenschaften meine Räume. Sonnabend und Sonntag noch frei.

Wichtig für Cigaretten-Raucher!
Schützen Sie sich vor wertlosen Nachahmungen, indem Sie ausdrücklich

Salem Aleikum Cigaretten

Fabrik-Ansicht verlangen und genau die Firma auf jeder Cigarette beachten.

Orient. Tab.- & Cigart.-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz Dresden.

Preise: Nr. 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 Pfg. das Stück.

Geblendet der Feind, gewonnen die Schlacht, Und dies allein hat „Humor“ vollbracht.



Humor
putzt alle Metalle
sauber und geruchlos.

Zu haben in Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.



JOSETTI JUNO
Cigaretten sind unter allen 2 Pfg. Marken ein besonderer Typ.
Sie sind es deswegen, weil ihre Qualitäten ganz aus dem Rahmen der meisten Durchschnitts-Fabrikate fallen, die sie in allen Eigenschaften erstklassiger Cigaretten weit überragen.
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitestr. 2. Col III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 21. August 1910, vorm. präz. 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundscheifer
in den Musikerkälen (gr. Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Max Grünwald über „Landwirtschaft und Industrie“. 2. Diskussion 3. Branchenangelegenheiten.
Mit Rücksicht auf den Vortragenden bitten wir die Kollegen, zur festgesetzten Zeit anwesend zu sein.
Die Kollegen der A. E. G. Turbinenfabrik werden besonders ersucht, vollständig zu erscheinen.

Sonntag, den 21. August 1910, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Fahrstuhlmonteure und Helfer von Berlin und Umgebung
im Lokal von Röber, Elisabethstr. 14.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Durchführung des Tarifs. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich.
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Maschinen-, Heizer-, Dynamo-, Akkumulatoren-Wärter, Abschmierer und Kohlenarbeiter der Zentralen und Unterstationen der S. E.-W.

Sonntag, den 21. August 1910, vormittags 9 Uhr:
Versammlung

der
Maschinen-, Heizer-, Dynamo-, Akkumulatoren-Wärter, Abschmierer und Kohlenarbeiter der Zentralen und Unterstationen der S. E.-W.
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:
Endgültige Beschlussfassung über die an die Direktion seitens des Arbeiter-Ausschusses einzureichenden Forderungen.

Kollegen! Seid, das Ihr gewillt seid, Euer wirtschaftliche Lage auch in den Zentralen der S. E.-W. zu verbessern, zeigt der Direktion durch zahlreiches Versammlungsbefuch Euer einmütiges Zusammenstehen mit Euren Arbeiter-Ausschuss.
145/15
Der Einberufer.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampfpartien. 258*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Deute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 22. August 1910, abends 5 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Mitglieder-Versammlung des Bezirks Osten II
bei Missin, Memeler Straße.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Bezirk Südost I.
Montag, den 22. August 1910, abends 5 1/2 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Mitglieder-Versammlung
in den Rannyn-Festsaal, Rannynstraße 6.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Unsere gegenwärtige Situation. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Kommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 22. August 1910, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshause (Saal IV), Engelauer 15.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Musikinstrumenten-Industrie und wie können wir dieselben verbessern. Referent: Kollege F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Die Anwesenheit sämtlicher Verbandsmitglieder aus der Musikinstrumenten-Branchen ist dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Branchenleitung.

„Silesia-Bad“
Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Möbel, Spiegel, Kastanien-Allee
Julius Krause No. 40.
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Teilzahlung gestattet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Bureau: Engelauer 14/15. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 2382 u. 4747.

Achtung! Kollkutscher, Begleiter, Stallente Achtung!
u. Bodnarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!
Sonntag, den 21. August, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über die Tarifverhandlung mit den Spekleuren. 2. Diskussion und Beschlussfassung.

Versammlung der Mitfahrer
an den Speditionsbetrieben findet um 10 Uhr im Arbeitsnachweisraum, Engelauer 15, Hof Amt 3 Tr., mit derselben Tagesordnung statt.
Kein Kollege darf fehlen! Das Verbandsbuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzulegen. Beiträge können in der Versammlung bezahlt und neue Mitglieder aufgenommen werden.
Die Bezirksleitung.

Erfrische Dich
durch Limonaden, die mittels Reichel's Limonaden-Sirup-Extrakte leicht bereitet sind. Diese enthalten das volle, edle Fruchtaroma und ergibt jede Flasche bei überaus einfacher Zubereitung 5 Pfund feinsten Limonaden-Sirup, dessen reiner, wiesiger Fruchtgeschmack und Süßigkeit überaus ist. Ein Hund stellt sich für und fertig nur auf etwa 25 Pfennig, wodurch es jeder Familie möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Puddings und Pflaumen zu genießen. Die beliebtesten sind Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Waldmeister (Waldweiche), Limetta, Vemon Squash, Ananas etc.
Originalflasche 75 Pf. Ueberzeugungshalber zur Probe 1/2 Flasche 40 Pf.
Vor unangenehmen Nachahmungen wird dringend gewarnt. Man nehme ausschließlich die echten „Marke Reichel“ von Otto Reichel, Berlin SO., denn diese ist einzig und altbewährt.
Niederlagen in den bekannten, meist durch meine Schilder kenntl. Drogerien etc., wo „Original-Reichel-Essenzen“ erhältlich. Wenn nicht zu haben, Versand ab Jabit.
Losers dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen zu bevorzugen sind.

Elfe-Cigaretten
Für Fabrikanten, Restaurateure und Nahrungsmittelgeschäfte, Köche.
Anweisungen zur Herstellung und Verwendung eines Nahrungsmittels aus Bierhefe nach meinem von Geheimrat Delbrück auf dem internationalen Kongress zu Brüssel empfohlenen Verfahren gegen mäßiges Honorar. Geeignet für seine Küche und Massenverbrauch. Klein- und Großbetrieb.
K. Kleinschmidt, Berlin-Wilmersdorf, Stübinger Str. 4A.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
4,25 prachtvolle Betten, 7,00 damige Samendebetten, 10,00 ganzer Stand, rotbraun gestreift, einzig nur in der billigen Betten-Fabrik Brinzenstraße 85. 92/1*
Landsbett, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißlich, 15,00, große Sofen 90 Pfennig, Damastbezüge 3,00, Steppdecken, Brinzenstraße 85.
Bauerndoppelbett, Unterbett, zwei Kissen 24,00. Betten + Pfandbezüge Brinzenstraße 85. Annoncenvorleger vergütet. 93/3
Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des blauschwarzen, Gemüses- und Obstgartens von Max Heuböcker. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Bornstr. 69.
Pflanzlehre des Rebber, Rüstler-Platz 7, (postbillig) Bestenverkauf, Gartenverkauf, Bienenverkauf, Ueberverkauf, Federverkauf, Schmuckfäden, Goldfäden, Silberfäden, verfallene Wälder. 2492R
Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz. 894R
Taschenbücher mit handgezierter Papp 1,15, Deckenbänder 1,15, Normalmische, Arbeiterdecken (sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes) Buchfabrik Salomonstr. 21, Alexanderplatz.
Teppiche! (sehrbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichger Bräun, Godelsches Markt 4, Bahndorf Berka. (Keller des Bornstr.) Sonntag geöffnet!
Bronzegefäße, Gasungampfen, komplette Gas- und Wasserleitungen. Baumann, Alte Jakobstraße 125. 1146R*
4,50 Teppiche, Vorlezer 3,75, Tischdecken 5,-, Gardinen, Laten, Bezüge nur in der Dranien-Fabrik Brinzenstraße 85a. 91/19*
4,25 prachtvolle Betten, 7,00 damige Betten, 10,00 ganzer Stand, rotbraun gestreift, einzig nur in der Dranien-Fabrik Brinzenstraße 85a. Fahrgehalt wird vergütet. 91/20*Zambouriermaschinen Hofmeier, alleiniger Fabrikant Bestmann, Köpenickerstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 325R*
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Wiese, Berlin, Druck u. Verlag: Compars

Verchiedenes.
Die Beleidigung gegen Frau Martha Schiller nehme ich hiermit zurück und halte dieselbe für eine ehrenhafte Person. F. Rehr, Großlawerstraße 5.
Die Beleidigung gegen Frau Eleber nehme ich zurück. E. Schindler, Kochmannstraße 24. 715
Ruhkloster von Frau Rosalia Schlademeyer, Kurstraße 8, III.
Varentauswart Genl. Wilmersdorfstr. 94a.
Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze Nieper, Adreinerstraße 20a (gegenüber Rantenschiffstraße). 905R*
Waschanstalt Heinrich Robelt, Adreinerstr. 21, wäscht allerlei Bettwäsche, Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher 0,10. Lieferung und Abholung Montags.
Waschanstalt Frau Buchholz, Adreinerstr. 21, wäscht alle vier Handtücher, Leibwäsche, drei Taschentücher, vier Taschentücher 0,10. Abholung Montags. 1170R
Waschanstalt Paul Antonius, Adreinerstr. 21, wäscht alle vier Handtücher, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung täglich. 1183R
Jahrespreis Herold, Wasserstraße 97 (Hofenhalter), vergütet „Bornstr.“-Latern bei Jahrespreis 5 Prozent und Fahrgehalt.
Achtung! Kein Laden, nur Privatwohnung. Wache auf meine neu eingerichtete Reparaturwerkstätte für Uhren, Goldwaren und Optik aufmerksam. Paul Baedts, Uhrmacher, Charlottenburg, Godelsches Markt 47, Gartenhaus IV. 748
Gehilfenstelle. Sonnabend 8 Uhr mit und ohne Kasse, Vereinsmitgliedern, Hochzeiten, zu vergeben Schöndorferstraße 28. 713R

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Dinerzimmer, Schlafzimmer, welche gewesen, verfallen, postbillig, Kleiderlager, 5 Etagen. Möbelpfeiler. Neue Röhre, 5/8, Federbetten, Teilschlafstellen. Sonntag geöffnet. 282/9*

Musik.
Klavierverkauf. Ermäßigter Schneidmehde. Monatspreis 3,00, Klavierladen frei. 20 Klavier. Musikakademie Dranienstraße 147, Markt-Platz. 92/13*
Piano, gut erhalten, 150,-, sofort veräußert Goldammerstraße 27b, Kochstr. 1180R*

Vermietungen.
Wohnungen.
Prachtwohnungen Soldnerstr. 32. Vorderwohnungen. 1. Etage und Küche, Balkon, große Schlafkammer. SO. 36, Bildenbrückstr. 34

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle bei Schulz, Ballfabrikstraße 52. 742

Mietsgesuche.
Zwei junge Leute suchen ein einfaches, helles, möbliertes Zimmer, Nähe Ostbahnhof oder Treptower Bahnhof. Offerten erbeten Oppmann, Adreinerstr. 11. 1181R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler, tüchtige, sofort bei dauernder Stellung verlangt bei 40 Mark Wochenlohn. F. Holz, Dranienstraße 10/11. 92/14*
Geldvermittler, selbständige, verlangt Braunes, Alexandrinenstraße 118. 381R*
Fahrgasmacher verlangt Kenauf, Straße 20. 713R
Fahrgasmacher auf glatte und belegte Reifen verlangt Augustin, Brunnenstraße 84. 1188R
Marmorarbeiter für Hausmaschine und Carbonadium-Scheibe stellt ein Sasse, Steglitz, Schildowstraße 30. 714R